

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmentpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der Illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Poststempel vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 18698.
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabend).

Insetrate kosten die gespaltenen Petitionen über deren Raum 25 Pf., bei Blattpreis 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 2.50 M. pro Tausend für die Gesamtausgabe, bei Teilausgabe 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 6 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

In Südkamerun wurden bei der Strafexpedition gegen die Maika sieben ihrer Häuptlinge gehängt.

12 000 französische Dachdecker haben die Arbeit niedergelegt.

In dem Orte San Pietro Vernotico in Süditalien wurden bei einer Demonstration zwei Demonstranten von Karabinieri getötet und mehrere schwer verletzt.

Am Sonntag fand in Budapest eine Demonstration von etwa 12 000 Personen gegen den Mietwucher statt.

Das englisch-deutsche Kapital und das Flottenabkommen.

Leipzig, 2. August.

Seit zwei Jahren äußert die englische Regierung ihre Bereitschaft zu einem Abkommen mit Deutschland, das dem Flottenwettstreit Einhalt gebieten würde. Die englische Regierung unternahm diplomatische Schritte, um Deutschland für dieses Abkommen zu gewinnen. Nachdem das nicht gelungen war, übte sie einen Druck auf Deutschland aus, indem sie versuchte, Österreich von dessen Seite abzudrängen, um so von der geschwächten deutschen Regierung die Einwilligung zu dem Abkommen zu erlangen. Wie sehr auch das deutsche Proletariat für die Einschränkung der Flottenrüstungen eintritt, so hat es doch alle Ursache, bei dieser seiner Forderung weit von der englischen Regierung abzurücken und sich zu hüten, die „friedliebende“ englische der streitlustigen deutschen gegenüberzustellen. Denn welche Ziele verfolgt die englische Regierung mit ihrem Streben nach einem Flottenabkommen? Das wird sofort klar, wenn wir nur einen Blick auf die Lage Englands werfen. Die Bemühungen nach einem zoll- und wehrpolitischen Zusammenschluß des englischen Westreichs haben bisher kein Resultat gezeitigt. Auf handelspolitischem Gebiete zeigt Kanada, wie richtig die Meinung war, daß die industrielle Entwicklung der weißen Kolonien ihren Drang zur Selbständigkeit verstößt. Denn während die Landwirte der Kolonien in England den Markt für ihre Produkte sehen, erblicken die Industriellen in ihm ihre Konkurrenten, gegen den sie sich durch eine selbständige Handelspolitik schützen wollen. Auf marxistischem Gebiete zeigt die im vorigen Jahre abgehaltene Reichskonferenz und die als ihre Folge sich entwickelnden Ereignisse, daß, wenn die englische Flotte einmal nicht mehr ausreichen wird zum Schutz der Kolonien und diese für sich selbst sorgen müssen, sie auch über ihre Flotte selbst verfügen werden wollen. Und

das um so mehr, je größer die dafür aufgewendeten Opfer sein werden. Während es also mit der imperialistischen Neugestaltung Englands noch gute Wege hat, wählt die Gefahr in den direkt an das Mutterland angeschlossenen Kolonien: in Indien und Ägypten; es steigt sich ferner die Unruhe im ganzen Orient, weshalb bereit zu sein für jeden kapitalistischen Staat von der größten Bedeutung ist. Und in dieser Situation ist England mit seiner Flottenmacht an die Nordsee gebunden. Obwohl seine Flottenausgaben vom Jahre 1898 bis 1907 von 400 auf 600 Millionen Mark gestiegen sind und in immer schnellerem Tempo wachsen, obwohl es eine Finanzkrise durchzufechten hat, die zu tiefen inneren Erschütterungen führt, ist es nicht imstande, eine entsprechende Flotte gleichzeitig in der Nordsee, im Mittelmeer und im Stillen Ozean zu halten. Diese Situation wird aber um so gefährlicher, da der Bau der österreichischen und der zukünftige Bau der türkischen Dreadnoughts im Mittelmeer und der Weiterbau der japanischen Flotte im Stillen Ozean die Verhältnisse zu ungünstigen Englands verschieben wird. In dieser Situation sieht England in dem Flottenabkommen mit Deutschland ein Erleichterungsmittel. Es soll nach seiner Ansicht so beschaffen sein, daß es die bisherige Übermacht Englands auf dem Meer garantiert, indem es das Prinzip anerkennt, daß Englands Flotte den Flotten zweier anderer Mächte überlegen bleibt. Es soll England von der deutschen Sorge befreien, damit es für den imperialistischen Zusammenschluß seines Reichs, für die Unterdrückung der indischen und ägyptischen Volksbewegung, eventuell auch für imperialistische Raubzüge in Arabien freie Hände hat. Und was wird dafür dem deutschen Kapital als Gegenleistung geboten? Indem es das Wachstum seiner Flotte dem englischen Ruhebedürfnis anpaßt, soll es Freiheit für seine Expansion, die je nach den Umständen friedlich oder räuberisch sein kann, bekommen. Wie wir sehen, würde es sich bei einem solchen Flottenabkommen leinesfalls um eine Ausschaltung oder auch nur um eine Begrenzung der von uns bekämpften imperialistischen Politik handeln, es würde nur eine Verständigung bedeuten, die die beiden kapitalistischen Räuber vor einem Zusammenstoß schützt. Und wenn die Hände des deutschen Kapitalismus so wütend gegen die Verständigungspropaganda der Handelskreise auftreten, so nicht etwa deswegen, weil es ihnen die Möglichkeit der imperialistischen Expansion versperren, sondern weil sie ihnen nur das Feld dazu eingerichtet würden. Die Lage ähnelt der zweier großer konkurrierender Trusts, die sich gegenseitig auf den Märkten bekämpfen, bevor sie teilen. Das deutsche Finanzkapital, das die schwere Industrie kommandiert, erwartet von den englischen Schwierigkeiten und dem Wachstum der deutschen Flotte eine weitere Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten Deutschlands, und darum will es jetzt von seinem Abkommen etwas hören. Die Handelskreise, die sich um die Linksliberalen

gruppieren, verstehen, daß das weitere Wachstum der Flotte eine solche Belastung der Volksmassen herbeiführen wird, daß nicht nur das Proletariat, sondern auch das Kleinbürgertum rebellisch werden muß, und sie wissen, daß von der steigenden Welle des Unwillens immer zuerst die Mittelparteien weggeschüttet werden. Eine solche politische Niederlage würde aber die zeitweilige Einbuße eines Teils der politischen Macht bedeuten, die sie besitzen, und darum sind sie für ein deutsch-englisches Flottenabkommen, obwohl sie zugleich Anhänger der imperialistischen Expansion Deutschlands sind. Sie wollen also die eine oder die andre Möglichkeit dieser Expansion opfern, um ihren Einfluß auf den Staat nicht verlieren zu müssen. Daß der Imperialismus überhaupt eine Auslieferung des Staates an die krasseste Reaktion ist, zu dieser Einsicht sind sie nicht fähig.

Das ist, kurz gezeichnet, die Position des englischen und deutschen Kapitals in der Flottenabkommenfrage. Beide Faktoren kommen zusammen auf der imperialistischen Basis, die wir grundsätzlich bekämpfen. Das Flottenabkommen würde vielleicht eine momentane Minderung der Rüstungen herbeiführen, aber es würde gewiß das Tempo der imperialistischen Aktion beider Staaten vergrößern. Es würde vielleicht eine Minderung der Steuerlast in England und Deutschland herbeiführen, aber gewiß den Druck in Indien und Ägypten, die Abenteuerlust der deutschen Kapitalisten, die von der Angst vor einem Konflikt mit England gehemmt wird, vergrößern.

Dieser Inhalt eines Flottenabkommens zwischen dem deutschen und englischen Kapital ist nicht geeignet, einen besonderen Enthusiasmus bei dem deutschen Proletariat, das grundsätzlich den Imperialismus bekämpft, zu entfachen. Das einzige, was stark für ein solches Abkommen spricht, ist, daß es die Steuerlast eventuell mindern und die Gefahr eines deutsch-englischen Kriegs eindämmen könnte. Aber diese Bedeutung des Flottenabkommens erscheint sehr fragwürdig, wenn wir die Bedingungen seiner Ausführung näher betrachten.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der Vorstand des Agitationsbereichs Breslau veröffentlicht in unserem schlesischen Parteorgan, der Volkswacht, seinen Tätigkeitsbericht über die Zeit vom 1. Januar 1910 bis zum 30. Juni 1910. Wir entnehmen dem umfangreichen Bericht die folgenden Angaben, die ein anschauliches Bild der überaus regen und fruchtbaren Agitationsarbeit unserer Breslauer Genossen geben. Der Bericht umfaßt am Schluß des Geschäftsjahrs die Wahlkreise: Guhrau-Steinau-Wohlau, Militsch-Trebnitz, Oels-Groß-Wartenberg, Prieg-Namslau, Ohlau-Nimptsch-Strehlen, Breslau-Ost und West, Breslau(Land)-Neumarkt, Neustadt, Ralsenburg-Grottkau, Neisse und Pleiße-Goldberg-Haynau. Die übrigen drei oberlausitzischen Kreise Spremberg-Rosenberg, Oppeln und Leobs-

Seit einem Jahrtausend ist dieser Boden ein heiliger. Seit einem Jahrtausend sitzen da die Hierarchen mit Insul und Krummstab. Das geistliche Element ist in die Bevölkerung übergegangen. Es liegt wie stilles und weltfernes Entzagen, wie Weihrauch und ehemaler Glockenschall auf diesen Mauern.

Kleine Gruppen von jungen Theologen in ihren schwarzen Soutanen sieht man ab und zu durch die Gassen wandeln. Manche darunter blau und kränlich; zumeist jedoch gesundes Tiroler Bauernblut mit vollen derben Gesichtern. Hier und da kommt ein Offizier oder ein paar Soldaten des Weges. Bürger und Handwerker schlendern ihren einsörmigen Gang. Niemand hat Eile.

Zu den öden ruhigen Gassen taugen die stillen Menschen. Wenn man den lachenden Frühling draußen sieht, dann stimmt diese Ruhe wehmütig. Der Süden, der seine Arme so mächtig gegen die alte Bischofsstadt reckt und sie gern ganz in seinen Zauber ziehen möchte, steht in einem Jahrtausend geheiligten Ruhe dieses Bodens, den er vergebens mit seinen Lockungen überhäumender Lebenslust, jauchzender Fröhlichkeit und üppig sprühender Wonne umwirbt.

Die Mittagssonne, welche um diese Jahreszeit schon eine beträchtliche Stärke besaß, brütete über dem Tal und der Stadt. Sie machte, daß die Menschen müde und matt wurden und noch schwerfälliger und gedrückter ihren Beschäftigungen nachgingen, als in der älteren Jahreszeit.

Die Stadtgasse erschien wie ausgestorben. Nur selten ging jemand durch die kühlen Lauben. Die Leute, die unter den Lauben ihre Geschäfte hatten, zogen es vor, in ihren kühlen, angenehmen Gewölben zu sitzen. Draußen unter den Lauben war ja doch kein Leben, und was vorüberging, konnte man durch die Scheiben der Glasfürsten ebenso beobachten, wie vor der Tür. Eigentlich noch viel besser. Denn da drinnen konnte man bequem sitzen und ungehört seine Bemerkungen über den lieben Nachsten machen.

Oben an der Ecke der Laubengasse, wo die Monika Camperle ihr kleines Ladele hatte, war es heute auch ungewöhnlich still. Die Monika stand nicht wie in früheren Jahren vor der Tür und lugte nach Gesellschaft aus. Sie saß heute ganz allein in ihrem Ladele. Rückwärts, wo das alte lederebezogene Sofa stand und das Fenster mit der Aussicht auf die schmutziggraue Mauer des Nachbarhauses war.

Die Monika hatte sich einen Stuhl zum Fenster gerückt und die Augenbrillen aufgesetzt. Sie war eifrig mit Fleißarbeit beschäftigt. Ein großer Pack Fleißwäsche war vor ihr auf dem Tisch aufgestapelt. Weiße und farbige, Leibwäsche und Soden. Monika Camperle strickte und stoppte bei dem spärlichen Licht, das durch das trübe Fenster einfiel, fleißig darauf los. In dem eisernen Ofen brannte ein kleines Feuer. Auf der Herdplatte des Ofens brodelte und kochte in einem schweren gußeisernen Topf die Suppe und das Rindsfleisch für Mittag. Unterdessen strickte und stoppte die Monika für ihren Mann, den Briefträger Loisl, mit dem sie seit einem halben Jahr nun doch verheiratet war.

Heimlich fünf Jahre hatte es gebraucht, bis der Loisl das Herz der alten Monika erobert hatte. Das heißt, ihr Herz hatte er ja schon lange besessen, aber ihr Widerstand gegen eine Heirat war ein zäher gewesen.

„Hör' mir auf damit!“ pflegte sie den Loisl barsch anzufahren, wenn er ihr in aller Ergebenheit wieder einmal einen Heiratsantrag machte. „I kenn' eink Mannleut!“ Es is dauer wa der andre. Koaner is a Haar besser! Ich bittest und tuest, und bald wir nachher verheiratet wär'n, nachher lehrst den Herrn außer I kenn' ent!“ rief sie. Dabei stand sie dicht vor ihm hin und hieb zur Bekräftigung ihrer Worte auf die Ladenbuden hinein.

Aber der Loisl ließ sich nicht entmutigen. Seit der Zeit, wo ihm die Frau Gögele einmal unter vier Augen erzählte hatte, die Monika müsse reich sein und könne jeden Tag an ihren Zinsen leben, seit der Zeit ließ

Seuilleton.

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

Nachdruck verboten.

Elftes Kapitel.

Der Frühling war wieder einmal in das Eisachtal gezogen. Jener an der Pforte des Südens ganz eigenartig schöne Frühling, der die Pracht des Süßlandes nur ahnen läßt und sich von der Macht des Nordens noch nicht ganz losgerungen hat.

Die Gipfel der Berge waren noch bis tief herab verlehnt. Drunten im Tal aber blühte und grünte und proklame es überall. Die blau-roten Blüten der Pfirsichbäume und das zarte Weiß der Mandeln leuchteten aus dem satten, frischen Grün der Wiesen und Felder. An Halden und Hängen rankte der Wein. Und darüber flutete die Sonne sommerwarm von einem wolkenlos blauen Himmel.

Mitten in dieser blühenden Pracht lag die alte Bischofsstadt mit ihrem spitzen weißen Pfarrturm, den schwarzen Kuppeln des Domes, der ersten Front der fürstbischoflichen Residenz, den paar modernen Villenbauten und dem Gewirr der alten grauen Gassen feierlich in einem starren Schweigen, als ob es ewiger Sonntag wäre.

Eine gewisse stille Feierlichkeit herrschte stets im Innern des alten Brüxen, wenn es rundherum auch noch so düstet und blüht und leuchtet. Die Lebenslust der Natur scheint vor diesen dümmigeren Gassen ihu halt zu machen. Man trifft keine lustig schwatzenden Menschen auf der Straße. Laute Heiterkeit hat offenbar hier keinen Raum. Es ist, als ob die ganze Stadt im Bann ihres mächtigen Domes läunde.

schüte, die bisher zum Bezirk gehörten, werden seit dem 1. Januar 1910 von dem österrisch-schlesischen Agitationsbezirk mit bearbeitet. Die politischen Ereignisse der Berichtszeit, besonders die Reichsfinanzreform und der preußische Wahlrechtskampf, nahmen die Kräfte der Organisation auf äußerste Anspannung. Da in den ländlichen Wahlkreisen die mündliche Auflösungsarbeit auf vielfach unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, mußte sie auf schriftlichem Wege betrieben werden. 16 verschiedene Flugblätter und Agitationsschriften fanden Verbreitung, und zwar wurden insgesamt in Breslau 505 000, im übrigen Bezirk 306 000 Flugblätter, 34 000 Broschüren und 85 000 Kalender gratis verteilt. Außerdem trug das monatlich erscheinende Agitationsschrift Der Landbote für Schlesien und Posen Aufklärung in die weitesten Kreise der Landbevölkerung, wo es in den kleinen Wirtschaften und bei den Arbeitern ein gern gelesener Gast, bei den Gegnern aber ein wütend beschworener Feind ist. Diese suchen sich mit massenhaften Anzeigen und Auflagen gegen die Bedeutung seines Vordringens zu erwähnen. Versammlungen wurden mehr als 100 im Bezirk abgehalten, die sehr gut besucht waren; auch Straßendemonstrationen fanden in zahlreichen Orten aus Anlaß des Wahlrechtskampfes statt.

Der Erfolg der geleisteten Arbeit zeigte sich vor allem bei den Kommunalwahlkämpfen. Im November 1910 beteiligten sich unter Genossen in den Städten Haynau, Strehlen und Ohlau zum wiederholten Male, in Brieg, Neustadt, Goldberg und Dombrowski zum erstenmal an den Stadtverordnetenwahlen. Die abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen stiegen von 191 auf 1205, die Zahl der Mandate von 0 auf 10. Dazu kamen noch in Breslau 8 Stadtverordnete. In Brieg und Haynau waren die Spießbücher über die sozialdemokratischen Wahlfälle so wütend, daß sie die Mandate unter den skandalösen Umständen für ungültig erklärt. Damit blieben sie freilich sich selbst nur den allerschlechtesten Dienst erwiesen haben. Ebenso glänzend wie in den Städten schnitten die Genossen auch bei den Wahlen in zahlreichen Dorfgemeinden ab. In vierzig Landgemeinden beteiligten sie sich an den Wahlen. In 31 Gemeinden eroberten wir 41 Mandate. Bischof befaßt die Partei in 18 Landgemeinden 37 Vertreter. Insgesamt hat also die Partei im Bezirk am Schluß des Berichtsjahrs in 49 Landgemeinden 78 Gemeindevorsteher.

Auch die Frauenbewegung wurde durch 38 Versammlungen, die die Genossin Seelinger-Saalfeld abhielt, kräftig gefördert. Es wurden dadurch mehr als 800 neue Mitgliederinnen gewonnen. Die Gefäße im Kriegsjahr stieg im Kreise Gubrau-Strelitz-Wohlau von 0 auf 40, in Mittels-Trebnitz von 82 auf 217, in Ols-Groß-Wartenberg von 10 auf 158, in Brieg-Naundau von 358 auf 404, in Ohlau-Strehlen-Klimptsch von 387 auf 488, in Neustadt von 120 auf 107, in Neisse fiel sie infolge eines Streits von 100 auf 101, in Liegnitz-Haynau-Goldberg dagegen stieg sie ebenfalls von 1184 auf 1784, in Breslau-Land von 2757 auf 5811 und in Breslau-Stadt selbst von 6426 auf 8173. Im gleichen Verhältnis stieg auch die Abonnentenzahl der Parteipresse.

Ein besonders umfangreiches Kapitel bildet im Bericht die Schilderung der polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen, die das schlesische Unterborodino geradezu verächtigt gemacht haben. Es wird darüber ausgeschaut: "Fast jede Versammlung unter freiem Himmel mußte trotz des 'überzulalen' Vereinsgesetzes erst mühsam erkämpft werden. Ohne Angabe von Gründen, 'weil Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sei', verbieten Amtsvertreter und Polizeiverwaltungen die Versammlungen. Wieder andre antworten überhaupt nicht. Recht bunt wird das Bild, wenn solche Gesetzesverleger dann gezwungen werden, Gründe anzugeben. Sehr beliebt ist jetzt die schöne Ausrede, daß die Bevölkerung sehr erregt erbittert ist. Deshalb aber die Bevölkerung erbittert ist, verschweigen die Herren wohlwollend. Sonst müßten sie, wenn sie die Wahrheit sagen, angeben, daß die Bevölkerung tatsächlich und zwar über die neuen Steuern sehr erbittert ist. Andre entdecken wieder irgendeinen Graben in der Nähe des Versammlungsortes, wenn es auch nur eine kleine Furche ohne Wasser ist. Andre beschützen wieder eine Anstellung, weil vor Monaten in einem meilenweit entfernt liegenden Dorfe ein Kind an Cholera erkrankt war. Auch der Notlauf bei Schweinen hat schon einmal herhalten müssen. Beschwerden oder Klagen gegen diese Ungefährlichkeiten helfen selten. Erst wartet so ein Landrat monatelang, bis er aus dem Vade zurückkommt, dann hängt er an zu überlegen, und endlich wird die Beschwerde zurückgewiesen. Und so geht es weiter. 'Immer hübsch langsam und sachte, weil es die Geschäftslage so verlangt.' Das ist echte preußische Verwaltungskunst... Ebenso geht es den Genossen, die die Flugblätter hinaustragen. Die Gendarmen überbieben sich im Einfangen solcher 'Verbrecher'. Die Flugblätter wegnahmen, ja sie sogar zu zerreißen und die Genossen selbst zu verhaften, kommt häufig vor. Auch da helfen Beschwerden nicht

allzuviel, da dem Beamten das Bewußtsein einer strafbaren Handlungswise gefehlt hat. Strafmandate folgen trotzdem immer noch nach. Alle möglichen Paragraphen werden herangezogen, um eine Bestrafung zu rechtfertigen. Die Polizeiverwaltung in Trebnitz schlägt Anfang Juni dieses Jahres an acht Genossen Strafmandate, weil sie gegen nicht weniger denn neun Paragraphen von fünf Landes- und Reichsgesetzen verstochen haben sollten."

Der Sozialdemokratische Verein in Niel hatte am 1. Juli 1910 428 männliche und 107 weibliche, am 1. Juli 1910 4055 männliche und 572 weibliche Mitglieder. Die tatsächliche Zahl der organisierten Genossen und Genossinnen in Niel ist aber bedeutend größer. Die Städte Gaarden, Ellerbel und Winterbel haben noch aus der Zeit vor der Eingemeindung ihre selbständige politische Organisation. Der Sozialdemokratische Verein in Gaarden zählte am 1. Juli 1910 1485 männliche und 200 weibliche, der für Ellerbel 338 männliche und 50 weibliche, der für Winterbel 658 männliche und 121 weibliche Mitglieder. In Wirklichkeit sind also in Niel (sämtlich 200 000 Einwohner) 7146 männliche und 1049 weibliche Mitglieder der Parteidorganisation vorhanden. Der Sozialdemokratische Verein in Niel (ohne die Organisation in Gaarden, Ellerbel und Winterbel) vereinahmte im Berichtsjahr 20 908,25 M. und gab aus 27 510,57 M.

Über die Entwicklung der Partei im Süden mecklenburgischen Wahlkreises berichtete in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Rostock Genosse Werner. Trotz erheblicher Mitgliederverluste durch die Krise und die Auswanderung gelang es, den Mitgliedsstand aus dem Niveau des Vorjahrs (2080) zu erhalten. Allein in der Stadt Rostock wurden 300 Mitglieder neu genommen. Eine starke Steigerung erfuhr die Zahl der weiblichen Mitglieder, die allein in Rostock von 50 im Jahre 1909 auf 250 stieg. Infolge der vom letzten Parteitag angenommenen Beitragsverhöhung erhält das Kassenwerk einen erfreulichen Aufschwung. Die Einnahmen betrugen 6640,50 M. gegen 5022,24 M. im Vorjahr, die Ausgaben 5141,27 M. gegen 3015,08 M. im Jahre 1909. Der Kassenbestand stieg von 1107,16 M. auf 2412,74 M. Die Zahl der Abstimmenden des Wahlvereins ist um eine gestiegen. Die Zahl der Leser des Parteiblattes, der Mecklenburgischen Volkszeitung, hat sich im Kreise um 200 vermehrt, bei den ungünstigen Verhältnissen ein schöner Erfolg.

Die Sozialdemokratie in Dänemark. Der Genosse Hansen, Leiter des großen Volkshauses in Kopenhagen, hat den Vertreter der Partei Humanität eine Reihe Tatsachen mitgeteilt, die angeblich des bevorstehenden Internationalen Kongresses von Interesse sind. Er betonte, daß die Delegierten dort einen wütenden Empfang finden würden. Als Vorsitz hat man das größte der Stadt gewählt, den Rundpalast, der einen riesigen Saal und reichliche sonstige Räume bietet. Dabei haben die Arbeiter selbst vier Volkshäuser, deren größtes 800 000 Kronen (Kr. = 112 Pf.) gekostet hat und Raum für 40 gleichzeitige Versammlungen und Sitzungen bietet. Über die Stärke der Bewegung berichtete Hansen, daß eine ständige Steigerung stattfinde, trotzdem man schon fast das Rekrutierungsgebiet erschöpft habe. Dänemark habe mit 90 Prozent der Organisationsfähigen in seinen Verbänden den stärksten Prozentsatz aller Länder erreicht. Bei den Buchdruckern und einigen andern gibt es heute keinen Unorganisierten mehr! Kopenhagen allein zählt auf 540 000 Einwohner fast 100 000 Gewerkschafter! In seiner Stadtverordnetenversammlung sind unter 42 Mitgliedern 20 Sozialdemokraten, und 5 Radikale stimmen fast immer mit ihnen. Am Magistrat sind unter 9 Mitgliedern 4 Genossen. Das Volkstheater zählt 24 unter 114, das Landstheater, trotz der Begünstigung der höchstebesteuerten, 4 unter 66. Die letzten Volkstheaterswahlen ergaben zwar keinen Gewinn an Mandaten, aber eine Zunahme der Stimmen von 92 000 auf 100 000 in einem Jahre.

Niedrigstagsabstimmungen. Für den 11. badischen Reichstagswahlkreis Mannheim Stadt und Land wurde der Genosse Dr. Krantz wieder aufgestellt. Die Nominierung erfolgte in der am 31. Juli in Mannheim stattgefundenen Wahlkreiskonferenz einstimmig. — Für Heidelberg kandidiert Genosse Georg Pfeiffle wieder.

Eingelaufene Schriften.

Der Sozialismus und die soziale Revolution. Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 08, Heft 4 der Broschürenreihe Parrot's. Der Klassenkampf des Proletariats. Preis 25 Pf. Zur Charakterisierung des Inhalts geben wir folgende Kapitelüberschriften wieder:

Der kapitalistische Staat. Die Herausbildung des kapitalistischen Großstaats. Der Staatsbedarf und die Pro-

bektion. Der Großstaat und der Kapitalmarkt. Der Staat als Geschäftsmann. Bankpolitik und Staatspolitik. Die Verstaatlichungen. Der kapitalistische Weltkrieg — Interessenkämpfe und politische Parteien. Die kapitalistischen Interessenvertretungen. Die moderne Bourgeoisie. Der politische Einfluß der Börse. Die Konsumenekämpfe. Die Expropriation des Unternehmers. Der Rentnerstaat. Die Börse und die Agrarier. Die Lebensmittelkrise und die Landwirtschaft. Die Bauerninteressen und das moderne Bauerntum. Lösegeld an die Kapitalistenklasse. — Das Proletariat und die Staatsgewalt. Massenbedürfnisse und Massenkultur. Das Proletariat und die Bourgeoisie. Die Vergesellschaftung des Produktes in ihrem wirtschaftlichen und politischen Inhalt. Die Verstaatlichung der Bänke. Die soziale Revolution eine politische Machfrage. Die Illusionen vom leichten Kampf. Kein Gegensatz zwischen dem Minimum- und dem Maximumprogramm. Der Kampf mit kombinierten Waffen. Die wirtschaftlichen Folgen des Massenstreiks. Politische Garantie und Dekonstitution des Staates. Börsepanik und ein Chaos politischer Kämpfe. Das Ausland und der Massenstreik. Die Gewaltpolitik des Staates. Die Armeen und die Massenbewegung. Die Widerstandskraft des Proletariats. Kampftaktik und Kampfstrategien. Nicht revolutionäre Zuspieler, sondern soziale Erweiterung der Kämpfe. Europa und die kapitalistischen Weltkämpfe. Die proletarische Entwicklung und die soziale Revolution.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolportiere.

Vom Wahre Jakob ist soeben die 16. Nummer des 27. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 22 des 20. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf des Parteivorstandes zum Parteitag. — Eine Schilderung — Fortschrittlisches und Realitäres vom badischen Volksschulgefege. Von r. e. — Wohnungsnöt und Wohnungsausgabe. Von Gertrud Hanna. (Schluß) — Johann Gottfried Seume. II. Von Dr. W. Haasestein. — Der Lohnkampf in der Altenberger Bleistiftindustrie. Von g. h. — Auf der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Genossinnen des zwölften Wahlkreises Leipzig-Stadt. — Förderung der Bildungsbestrebungen in Niedersachsen. — Fritz Waßle +. — Politische Mundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Mundschau. — Arbeiterinnen als Vorkämpferinnen der Organisation. Von h. sch. — Der Fabrikarbeiterverbund als politischer Verein. Von h. sch. — Anschluß des Schirmmacherverbundes an den Deutschen Holzarbeiterverband. Von f. k. — Die beabsichtigte Einführung des Achthstuhlsystems in der Nessel- und Barthentimbererei in M.-Gladdbach. Von W. Pfaff. — Genossenschaftliche Mundschau. Von H. F. — Notizenteile: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Weiter die Beiträge: Für unsere Mutter und Hausfrauen und für unsere Kinder.

Von der Lieferungsausgabe: Bebel, Aus meinem Leben, ist soeben Heft 10 und 11 zur Ausgabe gelangt.

Es ist mit dieser Ausgabe ein in weiten Kreisen vielfach geäußerter Wunsch in Erfüllung gegangen.

Preis der alle 8 Tage von der Firma Paul Singer in Stuttgart herausgegebenen Hefte à 10 Pf.

Sämtliche Partei- sowie sonstige Buchhandlungen und Kolportiere übernehmen die Auslieferung.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Landarbeiterverband unter dem Reichsvereinsgefege.

Naum war der Landarbeiterverband im vergangenen Jahre ins Leben getreten, da begannen auch schon die Schikanen durch Amtsvorsteher und Landräte. Es wurde verlangt, daß die öffentlichen Versprechungen der Landarbeiter, in denen die Frage der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beprochen wurde, gemäß § 5 des Reichsvereinsgefege als politische Versammlungen angemeldet werden sollen. Man rechnete dabei auf die Scheu der Landarbeiter, eine vom Gendarm oder Amtsvorsteher überwachte Versammlung zu besuchen resp. unter den Augen dieser Hölle der öffentlichen Ordnung seine Mitgliedschaft zu dem Verband zu erklären. In verschiedenen Fällen wurden Geldstrafen gegen die Veranstalter und Leiter von Landarbeiter-

für alles übrige sorgte die Monika allein. Sie tat es gern und willig. Die Liebe war in diesem gefunden, derbten Weib erwacht mit aller Treue und Leidenschaft. Sie kannte sich oft selber nicht mehr. So ganz anders war sie geworden wie früher; nicht mehr so gebieterisch, sondern nachgiebig und hingebend. Ihr Mann hätte von ihr alles, was sie befaßt, verlangen können.

Aber der Loisl verlangte nichts. Er war zufrieden mit dem behaglich bescheidenen Leben, das sie zusammenführten, und redete nur oft mit ihr über die Zeit, wenn sie sich beide einmal ins Privatleben zurückziehen würden. Das war sein schönster Traum, dessentwegen er eigentlich die Monika geheiratet hatte. Reich zu sein und unabkömig und tun zu können, was ihm beliebte!

Seitdem der Loisl verheiratet war, hatte er sich natürlich über den Vermögensstand seiner Frau genau informiert. Die Monika war für ihre Verhältnisse wohlhabend. Zehntausend Gulden hatte sie auf der Brixner Sparfläche liegen und dazu das gutgehende Geschäft. Die zehntausend Gulden erschienen dem Sagstetter Loisl eigentlich herzlich wenig. Er mußte sich zwar sagen, doch er in seinem ganzen Leben niemals zu einer Frau mit zehntausend Gulden gekommen wäre. Er zeigte es der Monika auch nicht, wie arg enttäuscht er innerlich war. In seiner Phantasie hatte er von einem höheren Reichstum geträumt. Von mindestens dreihunderttausend Gulden.

Das Ladele ernährte die beiden Eheleute prächtig, so daß sich nach der Berechnung des Loisl die zehntausend Gulden schon noch vermehrten konnten. Deswegen kann der Loisl aber doch auf Mittel, rascher zu einem größeren Kapital zu kommen.

Seit einiger Zeit gab er sich unter der Hand mit allerhand Geldgeschäften ab. Er vermittelte Darlehen gegen Wechsel und kleinere Hypotheken auf zweite oder gar dritte Sähe. Davon hatte er schon manche Provision bezo gen von den Geldgebern sowohl wie von den Geldnehmern. Die Monika wußte davon freilich nichts. Sonst hätte sie vielleicht doch ein Machtwort gesprochen. Denn die Vermittlungen, die der Loisl betrieb, waren nicht immer einwandfrei Natur.

Auch mit der Familie Raffiner wurde der Loisl auf diese Weise näher bekannt. Hauptfächlich nur mit dem Raffiner Toni, der sich an ihn herangemacht hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Es waren jetzt genau zwei Jahre, seitdem der Loisl beim Notar in Brixen Schreiber geworden war. Der Herr Notar war mit ihm sehr zufrieden. Der Loisl war brav und tüchtig und auch die meiste Zeit nüchtern geblieben.

In der ganzen Zeit ihrer halbjährigen Ehe hatte die Monika keine Klage über ihren Loisl. Er folgte ihr aufs Wort und fügte sich allen ihren Anordnungen. Die Monika hatte sich völlig verjüngt. Der Ehestand schlug ihr gut an. Sie war noch immer eine saubere Person. Darin hatte die Gögele ganz recht. Seitdem sie verheiratet war, war sie entschieden etwas schlanker geworden. Aber das stand ihr nur um so besser. Sie hatte jetzt nicht mehr so viel freie Zeit. Ihr Hausstand war größer geworden. Sie hatte für noch jemand außer für sich selber zu kochen und zu wirtschaften.

Die Monika Gamperle oder Frau Sagstetter, wie sie jetzt hieß, hatte noch ein Zimmer und eine hübsche kleine Küche zu ihrem Schlafzimmer gemietet. Wenn man schon heirate, so müsse man doch alles ordentlich beisammen haben, meinte sie. Die Küche benützte sie zwar nur an Sonn- und Feiertagen und abends im Winter, wenn es ihr im Laden zu unlustig war. An Werktagen lochte sie nach wie vor das Mittagsmahl für sich und den Loisl auf dem kleinen eisernen Tisch neben der Ladenbude, das mit einer Herdplatte versehen war.

Den ganzen Tag war die Monika im Laden. Wenn sie gerade niemand zu bedienen hatte, dann flichte und nähte sie. Denn der Sagstetter Loisl war mit arg zerlumpter Wäsche in den heiligen Ehestand getreten.

Das Geschäft ging übrigens noch besser als früher. Vieles kamen schon aus Neugierde zur Monika einkaufen. Sie mußten doch beobachten, wie dem Loisl und der Monika der Ehestand anschlug.

Die beiden gediehen prächtig, das war sicher. Der Loisl war in dem halben Jahr schon merklich auseinandergegangen. Die Monika ließ ihm nichts abgehn. Das sah man. Der Loisl oder der Herr Sagstetter, wie er jetzt lieber nennen hörte, stolzierte einher wie ein al eingesselter Brixner Bürger. Und er war doch bloß ein Bauernbühl gewesen von Lüsen herunter.

Die Monika sah darauf, daß er ja immer ordentliche Kleider trug, damit ihm die Leute nichts nachreden könnten. Die Kleider waren das einzige, was sich der Loisl von seinem Gehalt bestreiten mußte,

es dem Sagstetter Loisl keine Ruhe mehr. Die Schusterin mußte es doch genau wissen, wie es mit der Gamperle stand. Sie war ja die beste Freundin von der Kreislerin.

Die Schusterin hatte ihm noch überdies deutlich zu verstehen gegeben, daß ihn die Monika gut leiden könne. Und ledig bliebe die sicher nicht. Die sei doch wie geschaffen zum Heiraten. Auch wenn sie nicht mehr ganz jung sei. Das mache bei der Gamperle schon rein gar nichts aus. Die sei noch immer ein appetitliches Frauenzimmer und könne den Vergleich mit vielen jüngeren ruhig aushalten. Der Loisl sollte sich die Mühe nur ja nicht verdriehen lassen und um die Monika werben. Denn wenn er nicht zugreife, so komme ihm ein anderer zuvor. Dann habe er das Nachsehen.

Die Monika sei halt ein bissel eine resche. Aber sie meine es nicht schlecht. Man müsse halt Geduld haben mit ihr. Über heiraten tue die bestimmt, versicherte die Schusterin dem Loisl noch ausdrücklich. Dafür stehe sie, die Frau Gögele, ihm gut. Denn sie kenne die Monika ganz genau.

Es brauchte für den Loisl allerdings eine Engelsgebüll, bis der Widerstand der Monika Gamperle endgültig gebrochen war. Die Gögele und die Jirnhöld Anna und die Frau Pfaffstaller und die Kirchmair Rosina, die auch mit im Vertrauen waren und die Angelegenheit oft heimlich miteinander abtratschten, hätten dem Loisl gar nie diese Ausdauer zugetragen.

Ein ganz ander Mensch war seither aus dem Sagstetter Loisl geworden. Er lieferte nur noch sehr selten einen Rausch und harrte bei der Post aus, was ihm die Monika im geheimen hoch anrechnete. Doch stellte sie noch, bevor sie ihr Jawort gab, die Bedingung, er müsse sich um eine andre feste Stellung umsehen. Das mit der Post passe doch nicht recht für ihn. Da werde er zu leicht zum Trinken verleitet, wenn er in der heißen Zeit treppauf, treppab rennen müßte.

"Und bei mir im Laden fann i di nit brauchen! Berstanden? Da bin i der Herr und nit du! Das ging' mir grad' no ab, da di da drein kummandiar'n z'lassen! Wo du hinten und vorn nix versteahst vom G'schäft!" kreiserte sie sich.

Der Loisl war mit allem einverstanden. Er suchte sich eine andre Stellung und fand sie auch

versammlungen verhängt. Die Aktionen der Behörden endeten jedoch in allen Fällen mit einer Niederlage.

In einem Falle erkannte das Schöffengericht Hannover durch Urteil vom 11. Mai d. J. auf Ersprengung des Angeklagten, weil nicht erwiesen sei, daß die Versammlung (in Lübeck bei Hannover) zur Erörterung politischer Angelegenheiten bestimmt gewesen sei, da der Angeklagte unwiderlegt behauptete, daß lediglich wirtschaftliche Fragen zur Erörterung gestanden hätten.

Anders das Schöffengericht in Nöthenburg a. T. (Bayern), Osterburg (Provinz Sachsen) und Pasewalk (Pommern). Hier kamen die Richter zu Verurteilungen. Alle drei Urteile wurden jedoch durch Landgerichtsurteile aufgehoben. Sehr leicht machte es sich das Schöffengericht in Osterburg. Es stellte fest, daß der Referent in der Versammlung den Text eines zuvor verbreiteten Flugblattes seiner Rede zugrunde gelegt, des Inhalts: „Der Arbeitslohn der Landarbeiter ist viel zu niedrig; die Arbeitskraft wird von den reichen Leuten, den Herren, schamlos ausgenutzt. Der Arbeiter ist vollständig rechtslos. Die geringe Aufbesserung der Lage der Arbeiter ist allein den sozialdemokratischen Abgeordneten zu verdanken. Zusammenziehung der Arbeiter im festen Verbund ist nötig zur Erlangung höheren Lohnes und des dem Arbeiter zustehenden Rechts.“ Bei diesem Inhalt der Rede sei festzustellen, daß es sich um eine politische Versammlung gehandelt habe.

Auf einen entgegengesetzten Standpunkt stellte sich aber das Landgericht Stendal als Berufungsinstanz. Es sagt in dem Urteil vom 8. April d. J.: „Wenn auch die in der Versammlung erörterte Lohnfrage und die besprochenen wirtschaftlichen Verhältnisse der Landarbeiter öffentliche, nationalökonomische und soziale Fragen sind, so werden sie deshalb noch nicht gleichzeitig politische Angelegenheiten. Sie werden solche erst, wenn sie von dem wirtschaftlichen Gebiet auf das politische hinaübergeführt werden, wenn also ihre Erörterung eine Rendierung sozialer Zustände mittels staatlichen Zwangs, staatlicher Einrichtungen oder Beseitigung geltender Verfassungsgrundsätze erstrebt. Dies trifft aber auf die Rede in Osterburg nicht zu.“ Das Urteil schließt deshalb: „Man kann ja nicht verkennen, daß der organisierte Abschluß der Arbeiterverträge unter Umständen öffentlich-rechtliche, sozialpolitische oder sogar rein politische Bedeutung erlangen kann. Trotzdem bleiben die Arbeiterverträge, da sie der freien Vereinigung der Vertragschließenden unterliegen, lediglich ein Gegenstand des Privatrechts und nicht der Politik. Hierher mußte der Angeklagte freigesprochen werden.“

Zu einem freisprechenden Urteil kam auch das Landgericht Ansbach unter dem 22. April 1910, gegenüber einem verurteilenden Erkenntnis des Schöffengerichts Nöthenburg a. T. Es stellte fest, daß die fragliche Versammlung eine öffentliche war, zu der jedermann Zutritt hatte. Für die Anmeldepflicht sei aber entscheidend der nach der ganzen Sachlage von dem Veranstalter erzielte verfolgte Zweck, nicht aber der Inhalt des in der Versammlung Erörterten. Nach dem Inhalt des Einladungsausschusses, der sich an staatliche Landarbeiter wandte, habe es sich um die Erörterung wirtschaftlicher und beruflicher Fragen gehandelt. Diese an und für sich nicht politischen Angelegenheiten werden auch dadurch nicht politisch, daß staatliche Landarbeiter in Frage sind. Das Diensterverhältnis der Landarbeiter ist ein privatrechtliches und untersteht ausschließlich den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Regelung dieses Privatrechtverhältnisses ist nicht politischer Natur, auch wenn der Staat der Arbeitgeber ist. Die Versammlung wurde auch dadurch nicht zu einer politischen, weil zum Anschluß an den Landarbeiterverband aufgefordert wurde. Dies wäre nur der Fall, wenn dieser Verband ein politischer Verein wäre, was er noch keinen für die Entscheidung dieser Frage in erster Linie maßgebenden Statuten nicht ist. . . . Die Versammlung wurde auch dadurch nicht zu einer politischen, daß das politische Gebiet im Zusammenhang mit der rein wirtschaftlichen Frage der Organisation nebenbei kurz gestreift wurde und daß dies, wie anzunehmen ist, auch von vornherein beabsichtigt war.

Sehr stark weicht auch die Rechtsauffassung des Stettiner Landgerichts als Berufungsinstanz von einem Schöffengerichtsurteil in Pasewalk ab. Letzteres fand, daß eine Versammlung eine „politische“ gewesen sei, weil der Referent nach den einwandfreien Bekundungen des Gendarmeriewachtmeisters sich in seinem Vortrag vor den Landarbeitern fast ausschließlich mit einer kritikenden Beleidigung der verschiedenen staatlichen Einrichtungen beschäftigt habe. Er habe die — nach seiner Ansicht äußerst schlechten — Lohn- und Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter beleuchtet, dargetan, daß die Gesindeordnung beseitigt werden müsse, . . . daß die auch für die Landarbeiter vorgesehenen Gewerbegeister (?) abzulehnen seien, seine Gendarmeriebekundung, die vom Angeklagten als harter Unstum abgelehnt wurde, . . . daß die staatliche Alters- und Invalidenversicherung völlig ungerecht sei u. a. m. Alle diese Themen seien ohne Zweifel als „politische“ im Sinne des Reichsvereinigungsgesetzes zu bezeichnen. Es folgt die Verurteilung auf zwei Kammergerichtsurteile vom 26. April 1888 und 7. Januar 1910, nach welchen unter politischen Fragen nicht nur die Gegenstände der Politik im engeren Sinne zu verstehen seien, sondern auch alles, was unter dem Begriff der Staatswissenschaft im weiteren Sinne zu subsummieren ist. „Schlichtlich lassen auch die in der Versammlung vertretenen Statuten, Flugblätter, Zeitungsnummern usw. nicht den geringsten Zweifel, daß die Versammlung vor allen Dingen eine Aufreizung der arbeitenden Klassen zum Ansturm gegen bestehende Staatseinrichtungen (hah!) und erst in zweiter Linie vielleicht (?) einen Zusammenschluß der Landarbeiter zum Zweck der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen beweckt.“ — Der Angeklagte wurde verurteilt, weil die „politische Versammlung“ polizeilich nicht angezeigt war.

Dagegen kam das Landgericht Stettin am 21. Juli d. J. zu einer Aufhebung dieses Urteils und übernahm der Kosten auf die Staatskasse. Das Urteil stellt fest, daß der Redner in der Versammlung zur Erreichung besserer Lebensstellung und höherer Löhne den Anschluß an den Landarbeiterverband empfohlen, die preußische Gesindeordnung und andre (sozialpolitische) Gesetze berührt habe. Das Urteil läßt es dahingestellt sein, ob sich aus den Worten „zur Erörterung“ (politischer Angelegenheiten, § 5 R. B. G.) ergibt, daß für die Entscheidung der Frage der Anzeigepflicht nicht der Inhalt des in der Versammlung Erörterten maßgebend ist, sondern der nach der ganzen Sachlage von dem Veranstalter der Versammlung erzielte verfolgte Zweck. Die Versammlung ist nicht dadurch zu einer politischen geworden, daß auch das politische Gebiet, d. h. Gesindeordnung, Gewerbegeister im Zusammenhang mit den rein wirtschaftlichen Fragen der Verbesserung der Lebensstellung und der Organisation nebenbei kurz gekreist und berührt ist, auch wenn dies, wie anzunehmen, auch von vornherein beabsichtigt gewesen ist. Ein derartiges kurzes Streifen wird sich bei einem Vortrag nicht vermieden lassen und kann als ein Erörtern nicht angesehen werden. Die fragliche Landarbeiterversammlung sei daher als eine nichtpolitische anzusehen, für die nach § 5 R. B. G. keine Anzeigepflicht bestand.“

Somit liegen Urteile von preußischen und einem bayerischen Gericht vor, nach denen die Versammlungen des Landarbeiterverbands keine politischen und damit nicht anzeigepflichtig sind, solange der Referent kein Thema behandelt, das seiner Natur nach von vornherein als ein politisches zu betrachten ist.

Deutsches Reich.

Der Kampf um den paritätischen Arbeitsnachweis für die Holzindustrie für Hamburg, Altona, Wandsbek, Schleswig und Wilhelmsburg hat eine bedeutungsvolle Wendung an-

Der Arbeitgeber-Schutzverband der Holzindustrie von Hamburg und Nachbarstädten hat bei dem Landgericht Hamburg Klage eingereicht gegen den Hauptvorstand und gegen die Verwaltungsstelle Hamburg wegen angeblichen Vertragsbruchs, welcher durch die Sperrung des Arbeitsnachweises der Hamburger Tischlerinnung seitens unsres Verbandes begangen sein soll.

Die Behauptung, daß seitens unsres Verbandes durch die Sperrung Vertragsbruch begangen sei, ist unwahr!

Im Protokoll der Schlichtungskommission vom 22. Februar 1909 schreiben selbst die Arbeitgeber:

Die Arbeitgeber erklären, daß beide Kontrahenten des Tarifabschlusses übereinstimmend erklärt haben, der Arbeitsnachweis sei nicht ein Teil des Vertrages. Eine Nichtbenutzung des Arbeitsnachweises der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber und umgekehrt könne niemals als eine Verletzung des Vertrages ausgelegt werden.

W. Wolfstrom.

Die Einreichung dieser Klage, die in ihrem Inhalt die Tatsachen auf den Kopf stellt, hat bei unseren Kollegen eine derartige Erbitterung hervorgerufen, daß circa 1000 Kollegen ihre Entlassung genommen haben.

Die zurzeit in Hamburg und Umgegend bestehende Arbeitslosigkeit veranlaßt uns, die Kollegen im Lande auf die herrschenden Verhältnisse in Hamburg aufmerksam zu machen, indem wir darauf hinweisen, daß unsre Kollegen den Arbeitsnachweis der Hamburger Tischlerinnung strengstens meiden und nur den Arbeitsnachweis unsres Verbandes im Gewerkschaftshaus, Besebinderhof 57, Hintergebäude, Erdgeschoss, benutzen.

Das Umschauen ist strengstens untersagt!

Wir empfehlen allen reisenden Kollegen, in ihrem eigenen Interesse unter den obwaltenden Verhältnissen um das Hamburger Verwaltungsgebiet einen großen Bogen zu machen, bei Arbeitsangeboten nach außerhalb zunächst bei der zuständigen Verwaltung Erkundigungen einzuholen.

Kollegen, sorgt für weitgehende Bekanntmachung.

Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes Hamburg.

Lohnbewegung der Verstarbeiter.

Die Arbeiter der Seeschiffswerften stehen in einer Lohnbewegung, die gegenwärtig in ein kritisches Stadium gereitet ist. Nachdem die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften die von den Verbandsvorständen zur allgemeinen Regelung der Arbeitsverhältnisse auf den Seeschiffswerften gemachten Vorschläge abgelehnt, haben die Vorstände ihre Anregungen als erledigt betrachtet und die Weiterverfolgung den Mitgliedschaften anheimgestellt. Die Hamburger Mitgliedschaften der Centralverbände der Metallarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Heizer und Maschinisten, Holzarbeiter, Schiffsärmmerer, Maler und Lackierer und der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter haben nunmehr den dortigen Seeschiff-Werk- und Reparaturbetrieb am Montag Vorschläge zur Regelung der Arbeitsverhältnisse unterbreitet. Am Dienstag werden in den einzelnen Betrieben Kommissionen der Arbeiter zur Entgegnahme der Antwort vorstellig werden und dann daß Resultat ihrer Versammlungen den am Mittwoch abend stattfindenden Versammlungen der Mitglieder der in Betracht kommenden Verbände zur weiteren Stellungnahme unterbreitet. Die Vorschläge der Arbeiter betreffen die Regelung der Arbeitszeit durch Einführung des Neunkundentages, der Überzeit, Sonne- und Feiertags- und Nacharbeit, der Abordarbeit, sowie eine der beantragten Verkürzung der Arbeitszeit und den Tenerungsverhältnissen entsprechende Lohn erhöhung. Einbezogen sind auch diesmal die Betriebe, die sich bei der letzten Regelung der Arbeitsverhältnisse außerhalb der Vereinbarungen gestellt haben, weil sie angeblich keine Werft, sondern Reederei-Hafenbetriebe seien.

Es kommen rund 10 000 Arbeiter in Betracht. — Wenn die Unternehmer in Hamburg sich ablehnend verhalten, ist der Kampf unvermeidlich. Nach der bisherigen Übung ist zu erwarten, daß falls es in Hamburg zur Arbeitsniederstellung kommt, die Aussperrung in den übrigen Werftorten auf dem Fuße folgen wird. Zunächst würden hierdurch die Orte Bremen, Bremerhaven, Vegesack, Bremensburg, Kiel, Lübeck, Rostock und Stettin in Mitteleuropa gegangen, doch ist bald mit einer noch weiteren Ausdehnung zu rechnen. Wir stehen also anscheinend vor einem Kampf, der zu den bedeutendsten der deutschen Gewerkschaften gerechnet werden muss. Er wird schwer werden, darüber sind sowohl die Verbandsvorstände der in Frage kommenden Organisationen, wie auch die beteiligten Arbeiter klar. Es gilt aber für die Arbeiter, sich das Recht zu erkämpfen, bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitreden zu dürfen. Dieses würde den Verstarbeitern bisher verwehrt und darum die Erbitterung. Die Arbeiterschaft wird dringend gebeten, der weiteren Entwicklung der Dinge die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und schon jetzt die namentlichen Orte zu meiden.

Droschkenführertrekk in Dresden.

Am Sonntag, den 31. Juli, sind die Dresdner Droschkenführer in den Außstand getreten. Die Berechtigung ihrer Forderungen wird von jedem, der die Verhältnisse kennt, anerkannt. Selbst die Polizei erkennen an, daß sich die Droschkenführer in einer großen Notlage befinden. Nicht die Agitation der Verbandsleitung, wie ein Dresdner Blatt schreibt, sondern die eiserne Notwendigkeit hat die Leute in den Streik getrieben. Hätten die Unternehmer nicht zwei Jahre lang jede Verhandlung abgelehnt und wären den Ratschlägen des Einigungsbundes gefolgt und den Droschkenführern entgegengekommen, so wäre der Streik sicher vermieden worden. Einige Unternehmer haben bereits bewilligt.

Gasarbeiterstreik in Nordhausen.

Die Verwaltung des Gaswerks in Nordhausen (Dessauer Gesellschaft) hat die Forderungen ihrer Arbeiter abgelehnt und den Arbeitern die Wahl gelassen, unter den alten Bedingungen weiter zu arbeiten, oder am 30. Juli, abends, die Entlassung zu nehmen. Um das Personal gefügig zu machen, hat die Verwaltung in Tageszeitungen bereits Erlass gesucht. Die Gasarbeiter zogen es daher vor, die Arbeit sofort niederzulegen.

Zusatz ist daher fernzuhalten.

Ausland.

Das Ende des römischen Gasarbeiterstreiks.

Über den Ausgang des römischen Gasarbeiterstreiks wird uns noch aus Rom geschrieben: Der Ausstand der Gasarbeiter in Rom hat zu einer Niederlage geführt, wie sie wohl selten einer gut organisierten und klassenbewußten Arbeiterschaft zu teil geworden ist. Die Gasgesellschaft hat den Streik denkt, um eine neue Art der Gasbereitung mit besonderen Gasen zu beginnen, welche neue Methode es erlaubt, mit nur einem Viertel der bisherigen Arbeiterzahl auszukommen. Die Nachricht, daß diese Dosen in Funktion waren und die Gesellschaft sie nicht auslösen konnte, ohne einen Schaden von etwa einer halben Million zu erleiden, verbreitete eine Art panischen Schrecken unter den Arbeitern. Jeder Widerstand wurde aufgegeben, und die 80 Arbeiter, deren die Gesellschaft jetzt nur noch bedarf, beeilten sich, die Arbeit wieder aufzunehmen, und

war zu den Bedingungen, die die Gesellschaft am Vorabend des Streiks zugestanden hatte. Diese Bedingungen schließen eine Lohnerhöhung von 10 Prozent ein, sowie die Gewährung des Nichtkündigungstage für die Handlanger, die einzige Kategorie, die ihn bisher noch nicht hatte. Aber das Durchbare ist, daß 240 Arbeiter überflüssig geworden sind und arbeitslos bleiben. Die Gesellschaft geniert sich nicht, aus dieser beispiellosen Notlage noch finanziellen Vorteil zu ziehen. Da sie das Meiste beim Streik hat, hat sie erklärt, dem wegen des Streiks entlassenen Personal nur 50 Prozent der Summe auszahlen zu wollen, die den Arbeitern früheren Verträgen gemäß an Pension oder Entschädigung zukommt! Es ist in hohem Maße befremdend und belligerwert, daß die Führer der Agitation so wenig über die technischen Verhältnisse ihrer eigenen Industrie wissen, um in einem so unfruchtbaren Moment den Streik herauszubringen. Andererseits kann man nicht verkennen, daß den Arbeitern nicht die Hilfe geworden ist, die sie von der Stadtverwaltung verlangen konnten. Die Stadtverwaltung mußte von ersten Tagen an die Gasgesellschaft, die die Stadt im Dunkeln ließ, mit hohen Geldstrafen belegen, vielleicht hätte dadurch der Streik eine andere Wendung genommen. So wie er heute verlaufen ist, stellt er eine der traurigsten Episoden des proletarischen Kampfes dar.

12 000 französische Dachdecker ausständig.

Wie aus Paris gemeldet wird, sind gestern früh die Dachdecker sowie die Blei- und Zinkarbeiter in den allgemeinen Außstand getreten. In Frage kommen mehr als 12 000 Arbeiter bei 1200 Unternehmen. Die Ausständigen verlangen Lohnerhöhung von zwei Francs pro Tag und 50 Prozent Zuschlag für Überstunden.

Von Nah und Fern.

Der neue Rektor.

Berlin, 1. August. Zum Rektor der Universität Berlin für das Studienjahr 1910/11 wurde Geh. Medizinalrat Professor Dr. Rubner gewählt.

Unterschlagungen beim niedersächsischen Kohlensyndikat.

Breslau, 1. August. Der Delegierte des Kassenwesens im niedersächsischen Kohlensyndikat, Fritz Pistorius, unterschlug, dem Breslauer Generalanzeiger zufolge, durch geschickte Fälschungen etwa 18 000 M. Die Unterschlagungen dürften auf Börsenspekulationen zurückzuführen sein. Pistorius wurde verhaftet.

Eisensuchtdrama.

Berlin, 2. August. Ein furchtbare Eisensuchtdrama spielte sich gestern in Charlottenburg in der Knobelsdorffstraße ab. Die junge Frau des Klempnergesellen Last hatte ihren Mann mehrfach zur Eisensucht gereizt. Gestern nach 5 Uhr erschien der Mann plötzlich in der Wohnung, um die Frau zu kontrollieren. Es entstand ein heftiger Streit. Darauf zog Last einen Revolver aus der Tasche und verlebte seine Frau durch zwei Schüsse schwer und erschöpft sich dann selbst.

Eisenbahngusammenstoß.

Oran, 1. August. Auf dem Bahnhofe Le Tissat ist ein Personenzug mit einem Güterzug zusammengestoßen. Mehrere Personen blieben tot, andre wurden verletzt.

Oran, 1. August. Bei dem Zusammenstoß der Eisenbahngüter auf der Station Le Tissat sind, wie nunmehr festgestellt ist, 20 Personen getötet und 40 verletzt worden.

Ertrunken.

Wien, 1. August. Die Neue Freie Presse meldet aus Gmunden: In einem Gewittersturm sind gestern 14 Personen, Holzarbeiter und Mädchen, welche auf einem Floß nach Traunkirchen übersehen wollten, verunglückt. Sämtliche Personen fielen ins Wasser, nur vier konnten gerettet werden.

Beim Baden ertrunken.

Bremen, 2. August. Beim Baden in der Weser ertranken zwei Arbeiter, von denen einer eine Frau mit 5 Kindern hinterläßt.

Brand.

Berlin, 1. August. Bei einem Brande, der sich heute vormittag in einer Puhlederfabrik in der Köpenicker Straße ereignete, erlitten vier Arbeiter mehr oder weniger schwere Verletzungen durch Verbrennen.

Entdeckung einer Fälschungswerkstatt.

Essen, 1. August. In der Wohnung des Stoffateurs Kornapp wurde eine vollständig eingerichtete Fälschungswerkstatt entdeckt. Es handelt sich um eine weitverzweigte Bande.

Brand.

Berlin, 2. August. Gestern nachmittag fand in Erzalait die kriegsgerichtliche Untersuchung über die im Vorjahr erfolgte Beschiebung des deutschen Ballons Tschudi durch russische Grenzolden statt. Der Untersuchung wohnten die russischen und deutschen Grenzbehörden bei. Wie bereits im Vorjahr, ergab auch diesmal die Untersuchung einwandfrei die Tatsache, daß der Tschudi beschossen wurde, als er sich noch über preußischem Gebiet befand.

Paris, 2. August. Auf Grund der Ergebnisse der Haupt- und Stichwahlen veröffentlicht das Ministerium des Innern folgende Zusammenstellung über die Ergebnisse der Generalswahlen: Konservative und Nationalisten 210 (weniger 40), Progressisten 39 (weniger 24), Republikaner der Linken 251 (mehr 19), Radikale und Sozialistisch-Radikale 658 (mehr 20), Sozialistische Republikaner 28 (mehr 11), Sozialistische 55 (mehr 21), Revolutionäre 1 (bisher keiner). Drei Resultate sind noch nicht bekannt.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herrn in Leipzig.

Verantwortlich für den Anseraten Teil:

Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Bibliothek
7500 Bde., geöffnet ab 8 Uhr, bis 8-10 Uhr. Sonntags von 11-12 Uhr. Mit der Jugend Mittwoch 8-9 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein für den 12. sächs. Reichstagswahlkreis

Ort: Volkshaus, Zeitzer Straße, Hof I, Portal rechts.

Lesesaal
mit über 100
Zeitung
Journals u.
Wochblättern.

Donnerstag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im grossen Saale des Volkshauses, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung:

1. Das Frauenwahlrecht. Referentin: Frau Klara Zetkin, Stuttgart. 2. Diskussion.

Sonnabend, den 13. August

Grosses Sommerfest im Volkshaus.

Programme bei allen Unterlassierern, den Vertrauensleuten und in der Filiale der Leipziger Volkszeitung, Zeitzer Straße 32. [14033]

Mittwoch, den 17. August

Kinderfest auf der Nonnenwiese.

Bezirk Westen I.

Unser nächster Diskussions-Abend (6.) findet am Sonnabend, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Morgenröte, Hauptmannstraße 7, statt. Zur Diskussion steht 2. Teil des Erfurter Programms. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Leitung.

Genossinnen des 12. und 13. sächs. Reichstagswahlkreises.

Freitag, den 5. August, abends exakt 7 1/2 Uhr, Besprechung im Volkshaus. E. G.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bureau im Volkshaus, Zeitzer Straße 32, II, R. 6. Arbeitsnachrichten täglich von 10-10 Uhr vorne.

Zahlstelle Leipzig

Allgemeine Delegierten-Versammlung

1/2 Uhr, im Volkshaus (Café I. Etage, Eingang Portal links). — Die Werkstattdelegierten und die Betriebsklassierer sind verpflichtet, vollständig und plärrisch zu erscheinen. Delegiertenliste legitimiert.

Dienstag, den 9. August, Mitglieder-Versammlung.

Die Lokalverwaltung.

Achtung! Rabitzputzer Achtung!

Donnerstag, den 4. August, abends 6 Uhr

Versammlung

im Volkshaus, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung: 1. Der leichte Tarifabschluss im Bau-

gewerbe. 2. Innere Berufsauslegenheiten. [14035]

Mitgliedsbücher und Karten sind mitzubringen.

Der Vorstand.

Ortskrankenkasse für Leipzig u. Umg.

Gemäß § 42 des Rassenstatut wird für

Freitag, den 12. August 1910, abends 8 Uhr

im grossen Saale des Zentraltheaters

Eingang Gottschedstraße, eine

ausserordentliche General-Versammlung

einberufen.

Tagesordnung: Statutenänderung.

Versammlungsteilnehmer sind die im Februar 1908 gewählten Vertreter der Mitglieder und Arbeitgeber.

Diejenigen Vertreter, denen bis zum 9. August er. die erforderliche Eintrittskarte nicht zugegangen ist, wollen sie an Bureau, Gellerstraße 7/9, Zimmer 2, reklamieren.

Leipzig, am 30. Juli 1910.

Der Vorstand.

Otto Pollender, Vorsitzender.

SchlossDebrahof

Leipzig - Eutritzschi. Morgen sowie jeden Mittwoch:

Grosses Park-Fest.

Prächtige Illumination.

Konzert von 4-11 Uhr, Kapelle Günther Coblenz

Abends: Grosses Bayrisches Fest unter Mitwirkung der Unterländer und der Böhmisches Stadtmusikanten.

Bei ungünstiger Witterung: Streichmusik im Saale.

Eintritt 40 Pf. Vorzugskarten 20 Pf. Kinder frei.

Telephon 1680. Max Albrecht.

Schlosskeller.

Anerk. elegant, bestbesuchtestes Ball-Etablissement d. Südviertels.

Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr [14037]

Gr. Jahresfeier verb. mit humor. Konzert der Krystall-Palast-Sänger!

Hierauf: Strohwitwer-Ball! 11 Uhr: Dahlien-Polonäse m. ganz besond. Überraschung.

Cheatervorstellungen.

Dienstag, den 2. August: 203. Abonnement-Vorstellung (8. Serie, weiss):

Die geschiedene Frau.

Operette in 3 Akten von Victor Leon. Muß von Leo Hall.

Regie: Oberregisseur Karl. — Musikkritik: Haydn. Kindertänze.

Antretplatz: Gerichts- / Dr. Siegmund.

Gender: 3. Beisitzer / Dr. Lambricht.

Stroh, Schlafwagen.

Komödianten: Dr. Claus.

Wille, seine Braut / Dr. Marbach.

Fischer, seine Frau / Dr. Pöhl.

Professor Thoniger / Dr. Cornelius.

Lucas, Drosselfeld, Gerichtspräsident / Dr. Curt Möller.

Ein Diener / Dr. Schmidt.

Erster Gerichtsdienner / Dr. Roth.

Zweiter Gerichtsdienner / Dr. Nett.

Journalisten, Büffelsum / Dr. Schmid.

Spield heut aufgezogen und zwar der 1. Akt im Gerichtssaal zu Amsterdam, der 2. Akt drei Wochen später in der Wiso. Opernhaus in Amsterdam, der 3. Akt einer Tag später auf der Bühne in Matsum.

Tänze und Evolutionen errangt von Oberregisseur Karl.

Ansatz nach dem 1. und 2. Akt.

Eintritt 7 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Meine Opern-Welle.

Spielplan: Mittwoch: Der Heile Bauer. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Heute geschlossen.

Spielplan: Mittwoch: Geschlossen. — Donnerstag: Der Graf von Zugemburg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienthalle 10.

Dienstag, den 2. August, abends 8 Uhr:

Gasstück Eine Witwe vom Transvaal-Theater, Berlin.

Gaskpiel Anton Brand.

Theodor & Cie.

Schwan in 3 Akten von Rauchen und Strom. Deutlich von Erich May.

Jules Chemers / Herm. Wolfram. In Scene gesetzt von Anton Brand.

Adrienne, seine Frau / Herm. Wolfram. Wohlhaber Otto Groß.

Armenzouette, So. / Herm. Groß. Recobon Hans Krebs.

motor / Herm. Groß. Wagnle Hans Leibelt.

Théodore, sein Neffe / Eugen Rez. Ein Theatredirektor Camillo Mennus.

Eléonore / Herm. Groß. Truchet, Conierge Herm. Schäfer.

Juliette, seine Frau / Maria Wallen. Peone Anna Haben.

Adrienne / Herm. Groß. Ein Dienst Armin Haber.

Elise Dölticher a. G. Anton Brand a. G.

Die Musik zu dem Chanson "Was ist möglich" von Rudolf Nelson.

Rasseistung 7 1/2 Uhr. Ansatz nach dem 1. und 2. Akt.

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr. Gewöhnliche Preise. (Kauf. Gardeobere).

Spielplan: Mittwoch: Theodor & Cie. Anfang 8 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Central-Theater.

Dienstag, den 2. August, abends 8 Uhr:

Schauspielgesellschaft des Direktors Paul Linsemann (Berlin).

Gaskpiel Anna Sandow.

Zum ersten Male:

Das "Gewisse Etwas".

Romdie in 3 Akten von François de Crotzel und Maurice de Malles.

Regie: Paul Linsemann.

Marquis von Ebreug / Mr. Thomas. Beim v. Chantepoix Bruno Herranz.

Die Marquise / Mr. Thomas. Erler Reporter Hellmut Edye.

Graf von Arceval / Oskar Albert. Arbeiter Walter Nitsch.

Die Gräfin / Oskar Verden. Eine Reporterin Marie Freudenthaler.

Beckrand / Max Eschold. Jean Brang v. Helmolt.

Das Bild spielt in Paris beim Marquis von Ebreug. Anna Sandow.

Bauern nach dem 1. und 2. Akt.

Ende 10 Uhr. Sommer-Welle. (Kauf. Gardeobere).

Spielplan: Mittwoch: Das "Gewisse Etwas". Anfang 8 Uhr.

Familienanzeigen.

Anlässlich ihrer Silbernen Hochzeit senden die besten Glückwünsche dem Genossen [14038]

Gustav Helbig und Frau.

Die Parteigenossen von Leutzsch.

Unseren Parteigenossen

Gustav Orbel und Frau

zu ihrer Silbernen Hochzeit

die herzlichsten Glückwünsche!

[14072] Parteigenossen von Plagwitz und Schleussig.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.

Heute morgen 7 1/2 Uhr verließ nach langem schwerem mit großer Geduld getragenen Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Frau Marie Therese Gehrmann geb. Pötzsch

im Alter von 53 Jahren.

Dies zeigt schmerzvollst an

L.-Anger-Crottendorf, den 1. August 1910

Weihenbürgstr. 16 Herm. Gehrmann im Namen der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Parentationshalle des Südfriedhofes aus statt. Wagen stehen am Trauerhause bereit.

Am Mittwoch, den 27. Juli 1910, wurde uns

unsere Freundin [14071]

Ida Martha Mietzsch

nach gebüldig extragenem Leiden im Alter von

17 Jahren durch den Tod entrissen.

Dieverschönerung bellen wir ihren Heimgang.

Durch ihre aufrichtigste Einfachheit, ihr bescheidenes,

liebenswürdiges Wesen und ihre Herzengüte ist sie

uns lieb und wert geworden. Über das Grab hinaus

werden wir der teuren Entschlafenen ein ehrendes

Andenken bewahren und wir rufen ihr ein stille

Gruft nach.

Da unten ist Frieden im dunklen Haus,

Da schlummerst Du, Müde, da ruhest Du aus.

Und schläfst Du im Schimmer des Abends ein,

Politische Uebersicht.

Müde Resignation.

Die bürgerlichen Parteien beginnt allmählich ein Grausen vor ihrer Zukunft zu packen. Die neuesten Siege unserer Genossen in Württemberg haben die ohnehin schon auf ein Minimum gesunkenen Hoffnungen für die nächsten Reichstagswahlen vollends zerstört, und mit einer geradezu greisenhaften Resignation suchen sie sich mit der gegebenen Tatsachen abzufinden. Was haben auch angesichts des unaufhaltbaren Anschwells der roten Flut, die eine bürgerliche Hochburg nach der andern unterstößt und zum Einstürzen bringt, die heftigen Auseinanderseckungen darüber, wen die Schuld an der unendlichen Kette von Niederlagen trifft, für einen Zweck, wenn damit doch nichts andres erreicht wird, als daß das Uebel nur noch verschlimmert wird? Zwar werden auch jetzt noch die Erörterungen über das höhere oder kleinere Maß von Schuld fortgesetzt, wobei die einzelnen Presseorgane je nach ihrer Parteistellung natürlich zu ganz entgegengesetzten Resultaten kommen. Aber der Grundton aller dieser Betrachtungen ist doch durchgängig auf eine müde, hoffnungslose Resignation gestimmt. Das beste Beispiel für diese aschgraue Stimmung bietet das Leipziger Limanblatt, das bereits für sämtliche bürgerlichen Parteien den Zusammenbruch kommen sieht und nun mit betrübtem Sinne seufzt:

Wäre Cannstatt der einzige Verlust seit dem Zusammenbruch des Blocks, dann könnte man diesen Trost vielleicht gelassen. Heute aber, wo man eine Burg nach der andern sinken sieht, drängt sich von selbst die Gewissheit auf, daß die Ursachen für all die Niederlagen nicht in lokalen, sondern in der allgemeinen Gründen, in der Verärgerung über die schwarz-bläue Gesetzesgebung des Reichstags, daneben aber auch in der gesamten, gebrechlichen Struktur unsres jetzigen politischen Lebens zu suchen sind. Verärgerung und Verbitterung auf allen Seiten, nirgends aber ein gemeinsamer Gedanke, ein gemeinsames Ziel, nirgends etwas, das die Herzen aus dem Dutz des Tages erheben, mit Begeisterung und Leidenschaft erfüllen könnte. Selbst dort, wo nur Klarheit und Entschiedenheit Augen bringen könnte, wo es sich um die Ausgestaltung unserer Wehrmacht, um die beschleunigten Heeres- und Flottenforderungen handelt, die vielleicht gestellt werden müssen, sehen wir nur ein zaghaftes und ängstliches Zögern, ein vorsichtiges Lauschen auf die Stimme der Parteien, nicht aber die ruhige Energie des stützlichen Willens. Die jüngsten Gerichte über die Krise, in deren Mittelpunkt Herr v. Tiefen stand, haben uns deutlich gezeigt, daß die Auseinandersetzung keinen leeren Bahn bedeutet, und daß langsame Erklaerung der nationalen Energie, das in der lümmlichen Zustimmung zu den listigen Abstimmungsvorschlägen Englands heraustritt, tötet zugleich die Hoffnung auf ein allgemeines Gefüden der Wolkner, auf eine schnelle Rekonvaleszenz vor der herrschenden nationalen Neurose.

Die Situation ist um so schlimmer, als gerade die Cannstatter Wahl wieder gezeigt hat, daß nicht nur der Liberalismus unrettbar unter die zermalmenden Räder der Volksentpörung geraten ist, sondern auch die konservativen Wähler massenhaft das Banner verlassen, unter dem sie bisher fochten. „Im Wahlkreise Cannstatt sind ganze Ortschaften, die bisher rein agrarisch wählten, diesmal fast bis zum letzten Mann in das sozialdemokratische Lager übergegangen“ — so jammert Liman, und vor seinem geistigen Auge steigt bereits „ein Jena auch für die Rechte“ auf, das vielleicht noch schlimmer werden wird, als die zu erwartende Niederlage der Liberalen. Kann man es da dem braven nationalen Schmuck verdenken, wenn er in die verzweiflungsvolle Klage aussicht: Die Sozialdemokraten „wissen, wofür sie kämpfen. Aber wofür sollen sich die bürgerlichen Wähler begeistern? Ja, wofür? Dort trägt die wilde Hoffnung, hier die müde Resignation die Fahne.“

Natürlich wollen die Konservativen es nicht wahr haben, daß auch ihnen bereits der Boden unter den Füßen mankt. Die Deutsche Tageszeitung rechnet für die Bündler sogar noch einen Erfolg heraus; die Schuld an dem Mandatsverlust trägt ausschließlich die „Steuerheze“ und die Bekämpfung des schwarz-blauen Blocks, die von den Nationalliberalen „in fast sozialdemokratischer Weise betrieben“ wurde. Dagegen weist die Frankfurter Zeitung haarklein nach, daß der Verlust von 4300 Stimmen, „so weit er nicht durch die schwache Wahlbeteiligung bedingt ist, ausschließlich die bündlerische Kandidatur trifft“. Der Misserfolg der Liberalen sei herbeigeführt worden durch eine Politik der Unentschlossenheit und des Unlehens an rechts, sowie durch den Mangel jeder eignen Organisationsarbeit. Zu ähnlichen Resultaten kommen auch die übrigen linksliberalen Blätter, während die nationalliberalen Blätter die Ursache ihrer fortgeleiteten Niederlagen in der gegenseitigen Verärgerung der bürgerlichen Parteien suchen und mehr oder weniger deutlich einer Verständigung der Rechtsparteien das Wort reden. In diesem Sinne wird sich zweifellos auch die große Mehrheit der nationalliberalen Partei entscheiden. Das Organ der freikonservativen Scharfmacher, die Post, das in neuerer Zeit geradezu zum Sprachrohr auch der nationalliberalen Schlotbarone geworden ist, geht sicher nicht fehl, wenn es ausspricht: „Etwas Gutes wird die Niederlage haben. Sie dürfte den rechten Flügel in den nationalliberalen Partei so stark machen, daß er demnächst in Kassel einen glänzenden Sieg davontragen wird.“ Wir können nur wünschen, daß diese Hoffnung in Erfüllung geht. Auf diese Weise wird am ehesten mit den Großblockphantasien aufgeräumt und die Bahn freigelegt für einen prinzipiell klaren Wahlkampf, in dem es nur ein Hüben und Drüben gibt.

Deutsches Reich.

Imperialistisches Geplänkel.

Zu dem Programm der starken Faust, das die Post dem neuen Lenker des Auswärtigen Amtes, Herrn Kiderlen-Wächter, vorschreibt, gehört auch ein Eingreifen in Liberia. Bekanntlich suchen die Vereinigten Staaten in Liberia auf dem hinlänglich bekannten Wege — durch Übernahme von Anleihen — festen Fuß zu fassen oder, wie sich Uncle Sam so schön ausdrückte, die Rolle des „Anwalts“ zu spielen. Es sollte dies mit Zustimmung Englands, Frankreichs und Deutschlands geschehen. Die Deutsche Tageszeitung meint dazu, das

Vorgehen der Vereinigten Staaten werde in Deutschland zweifellos sympathische Aufnahme finden. Soweit könnten wir beruhigt sein, wenn nicht damit ein heftiger Ausfall gegen die französischen Kolonialpolitiker verbunden wäre, die über das Vorgehen der Vereinigten Staaten in ziemliche Unruhe geraten sind. Es wird triumphierend nachgewiesen, daß der Handel Liberia mit Deutschland gegenüber dem mit Frankreich stark überwiegt. So betrug 1904 der Handel mit England 132000, mit Deutschland 105000, mit Holland 70000, mit den Vereinigten Staaten, Frankreich, Spanien und Belgien zusammen 100000 Pfund Sterling. Dagegen wird nicht erwähnt, daß Liberia im Osten und Norden unmittelbar von französischem Kolonialgebiet (Elfenbeinküste und Französisch-Guinea) begrenzt ist, im Westen von der englischen Kolonie Sierra Leone, was natürlich das französische und englische Kapital ein größeres Interesse an Liberia nehmen läßt, als es den bloßen Ziffern der Handelsstatistik entspricht.

Es sind hauptsächlich Hamburger Firmen, darunter die Wörmann-Linie, die den Verkehr mit Liberia vermitteln. Sollte der Versuch gemacht werden, augenstark einer Handvoll Hamburger Großhändler den „deutschen Michel“ gegen Frankreich auf die Beine zu bringen, so würden die Anstreiter hierin den entschiedensten Widerstand des deutschen Proletariats finden. Herr v. Kiderlen-Wächter wird sich also reißlich zu überlegen haben, ob er in Liberia den starken Mann spielen will. Das wäre zwar selbst vom kapitalistischen Standpunkte aus ein Überwitz sondergleichen; aber bei der Sehnsucht der nationalen Parteien nach einer Ablenkung des Volkes von dem innerpolitischen Elend durch eine Prestige-politik nach außen ist der Regierung eines Bethmann-Hollweg schließlich auch dieser Überwitz zuzutrauen.

Erzberger entblößt.

Die Presse des schwarz-blauen Blocks hat in den Wochen seit Dernburgs Rücktritt alles brauchbare und unbrauchbare Material sorgfältig zusammengetragen, das geeignet erscheint, den von den Liberalen systematisch um das Haupt ihres Abgottes gewobenen Heiligkeiten zu zerstören. Das ist begreiflich, denn Dernburg hat den Erzberger und Arendt nicht nur zu mehr als einer Niederlage im Parlament verholfen, er war auch mit seiner den Interessen des Großkapitals auf den Leib zugeschnittenen Kolonialpolitik den kleineren agrarischen Ausbeutern der Kolonien, die sich hinter die Parteien der Neuen gekleidet hatten, schon lange ein Dorn im Auge. An besonderem Nachteil sah in der nachträglichen Herauslegung seines gehätschelten Freunds von ehemals der Leibjournalist der Hoffmann-Linie, Harder, hervor, der in einer kolonialen Zeitschrift zum lebhaften Enthusiasmus der Schnapsblocktoronos ihn in der höchsten Weise begeisterte. Jetzt erscheint nun als dritter im Bunde Herr Erzberger mit einer Broschüre, die den vielversprechenden Titel: Millionengeschenke an das Großkapital führt, gegen Dernburg auf dem Plan. Die Broschüre selbst hat uns noch nicht vorgelegen, nach einer kurzen Wiedergabe des wesentlichen Inhalts in der Germania zu schließen, dürfte sie jedoch Dernburgvereinern kaum willkommenes Material bieten. Das ultramontane Blatt teilt darüber u. a. mit:

Nun aber beginnt die Aufzählung der Liebesgaben an das Großkapital. Da erfährt man unter lebhaftem Erstaunen, daß eine Gesellschaft schon im Jahre 1900 über 1800 Prozent Dividende aus ihrem Diamantenbesitz verteilen konnte; daß Dernburg zugunsten der D. A. G. (Deutschen Kolonialgesellschaft) die Förderungsbabgaben im Sperrgebiet um 60% Prozent, außerhalb desselben um 500 Prozent für Diamanten erhöht hat! Endlich wird der klare Nachweis geführt, wie Dernburg das ganze Sperrgebiet ohne jede Gegenleistung auf alle Ewigkeit an die D. A. G. verschenken wollte, ein Gebiet, dessen Diamantennwert der selbe Dernburg auf 1000 Millionen Mark geschätzt hat. Die Mitteilungen des Abschnittes: „die Behörden des Schutzgebietes retten gegen den Willen Dernburgs Millionen von Staatsvermögen“ sind so einzigartig, daß man seit Bestehen des Reiches etwas Ähnliches in der Verwaltung nicht erlebt hat. Wenn das der „kaufmännische Geist“ ist, dann ist das Reich verkauft. Endlich wird rechnerisch nachgewiesen, daß der Maßvertrag 1910 der D. A. G. nach den eigenen Zahlen Dernburgs ein Riesengehalt von 284 Millionen Mark brachte; allein Gewinn an den Diamanten! Finden sich noch andere Minen vor, so kann man trotz der 50 Prozent Gewinnanteile des Reiches gar nicht sagen, wie hoch sich diese Liebesgaben, verteidigt von Nationalliberalen und Freisinnigen, stellen.

Doch das Buch bringt noch einen andern Nachweis: einerseits die hohen Gehälter, andererseits nahezu keine Steuerbelastung der Gesellschaften. Südwestafrika kennt keine Einkommensteuer, keine Vermögenssteuer. Damit sind wir zum Kriegslosenantrag Erzberger gelangt. Wer das Buch liest, der wird verstehen, warum der Antragsteller so zähe auf seinem Antrag beharrt hat. Die Einwände gegen den Antrag, der von wenigen verstanden, aber von vielen kritisiert wurde, werden spielerisch zurückgewiesen.

Dass Dernburg den großen Kolonialgesellschaften ganz ungewöhnliche Gewinne zugeschanzt hat, ist bekannt; dies hat erst kürzlich ein Genosse Ledebour in der Neuen Zeit ausführlich dargelegt. Wenn für das Reich von diesen Riesengewinnen wenigstens ein Teil gerettet wurde, so ist dies vor allem der sozialdemokratischen Kritik zu danken. Die Parteien der Rechten aber sind es gerade gewesen, die verhinderten, daß einem Antrag der Sozialdemokraten entsprechend, in die koloniale Kapitalistische Raubwirtschaft volles Licht gebracht wurde.

Ein Wene Tzel des Herrn Schmoller.

Im neuesten Heft der Schmollerischen Jahrbücher schreibt der Herausgeber, Professor Schmoller, der Mitglied des preußischen Herrenhauses ist, über die Notwendigkeit einer preußischen Wahlreform:

Bethmann-Hollweg werbe und müsse den Versuch einer Reform wiederholen: Warum? Weil Preußen als Staat mit dem reaktionären Wahlrecht Europas, mit dem Wahlrecht, wobei nur 82,8 v. H. der Wähler zur Wahlurne zu bringen sind, auf die Dauer die größte politische Gefahr läuft. Jede Verfassung braucht die Zustimmung, die innere Teilnahme der großen Mehrheit des Volkes. Kein Recht der Krone, der Regierung ist auf die Dauer haltbar, wenn nicht der größere Teil der Bürger innerlich mit Herz und Geist auf ihrer Seite ist. Über eine Augenblidsbewegung kann jede starke und kluge Regierung Herr werden, keine aber kann dauernd der Zustimmung, des Beifalls der großen Mehrheit der Regierungen entbehren. Die demokratische Strömung unserer Zeit mag zu einem erheblichen Teil übers Ziel schießen. Sie ist eine Macht, der man gewisse Konzessionen machen muß, weil sie einen sehr berechtigten Kern hat. Das Dreiklassenwahlrecht setzt 82,8 v. H. der Wähler in die dritte Klasse und erklärt sie so für eine quantitativ negligible. Die politische

Bildung bleibt damit zurück. Ein Teil der Bürger verfällt in politischen Stumpfnn, ein anderer hält sich für verletzt, wird extremen Parteien angewieben. Das preußische Klassenwahlrecht steht nicht so sehr weit von dem französischen Wahlrecht ab, das 1830 und 1840 zu Revolutionen führte, und ebensoviel vom englischen, das 1832, 1837 erst zu den großen Wahlreformen führte. Wer diese große historische politische Tatsache verkennt, ist blind. Wer an verantwortlicher Stelle verhindert, das heutige preußische Wahlrecht sei sehr gut, macht sich mitverantwortlich für künftige große Katastrophen.

Schmoller will nicht daß das Reichsklasswahlrecht auf Preußen übertragen, aber er fordert direkte und geheime Wahl. Er glaubt, Bethmann-Hollweg müsse mit einer neuen Vorlage kommen, die wahrscheinlich weiter gehen werde als die letzte. Wenn Bethmann-Hollweg freilich nicht mit dem entschlossenen Mut an die Aufgabe herantrete, event. auch gegen die Konservativen, wie einst Bismarck zu handeln, so überlässt er besser die Aufgabe einem neuen Ministerpräsidenten.

Für sein Wene Tzel wird der Herr Professor keinen Dank bei den Konservativen entnehmen, obwohl er sich jüngst bei ihnen durch Ablehnung des jungerlichen Charakters der preußischen Republik und Verwaltung sicher große Sympathien erworben hat. Der Appell an die Angst der herrschenden Klassen vor künftigen „großen Katastrophen“, zu dem sich Herr Schmoller fühn aufschwingt, wird natürlich nicht das mindeste fröhnen. Denn wenn Hegel allgemein sagte, die einzige Lehre der Geschichte sei, daß nie etwas aus ihr gelernt worden sei, so gilt das zum mindesten für die herrschenden Klassen. Auf sie hat nie die Wand gemaltes, sondern nur die wirkliche, handgreifliche Gefahr gewirkt.

Der Hansabund gegen den Boykott.

Der Hansabund lädt an, er wolle gegen die Boykott-erklärungen des Bundes der Landwirte gegen Mitglieder des Hansabundes vorgehen. Er will in den einzelnen Fällen seine Mitglieder veranlassen, Schadenergablage zu stellen, und ihnen Prozessosten und Anwaltsunterstützung, wenn nötig auch Vorschläge auf die Erfordernisse selbst gewähren. Auch will er bei der Reform des Reichsstrafgesetzbuches detaillierte Vorschläge zur Frage der kriminellen Bestrafung des Boykotters machen. Wenn es den Hansabündlern Ernst ist mit ihrer Behauptung von der „Stellenwidrigkeit“ der Anwendung wirtschaftlichen Drucks gegen den politischen Gegner, so müssten sie konsequenterweise auch Vorschläge zur Bestrafung der Unternehmer, die Mahregelungen von Arbeitern wegen ihrer politischen Stellung verfügen, ausarbeiten. Aller Druck der Prinzipale auf die Handlungshelfer, um sie zum Beitreten für den Hansabund zu bewegen, wäre ebenfalls kriminell zu bestrafen. Hier ist Rhodius, hier muss getanzt werden. Sonst wird die Errichtung des Hansabundes gegen den wirtschaftlichen Terror für nichts weiter als Humbug gelten können.

Sieben Häuplinge gehen.

Über die Strafexpedition in Südsamerika, die mit der Ermordung des Kaufmanns Breitshneider im Mai verübt ist, liegt jetzt folgende amtliche Meldung vor:

Nach den in Berlin eingegangenen Berichten des Gouvernements Kamerun beschränkt sich die mit der Ermordung des Kaufmanns Breitshneider in Zusammenhang stehende Bewegung der Muksa im Süden des Kolonie auf das von dem nördlichen Zweig dieses Stammes bewohnte Gebiet, das im Süden vom Mbong, im Westen von der Straße Dschang-Dschomé und im Osten von der Straße Aboag-Mbong-Dume begrenzt wird. Die nach dem Morde von der Station Dume sofort eingeleiteten Operationen werden von Major Domink mit zwei Kompanien der Schutztruppe fortgeführt. Ein vergleichbarer Angriff der Muksa auf die Station Dume, bei dem der Unterzahlmeister Arnold durch einen Pfeilschuß an dem Oberstensel verunstet wurde, machte die Abkommandierung eines Teiles des Trupps unter Hauptmann Marschner zum Schutz der Station erforderlich. Major Domink glaubt, daß die militärische Aktion bis Mitte August durchgeführt werden wird. Erst dann werden voraussichtlich genauere Feststellungen über die näheren Umstände, unter denen Breitshneider ermordet worden ist, erfolgen können. Sieben beteiligte Häuplinge wurden bereits abgeurteilt und gehängt.

Auso zuerst wird gehängt, dann erst werden die Umstände, die Breitshneders Ermordung veranlaßten, untersucht. Die Regierung wird im Reichstage Rede zu stehen haben für diese barbarische afrikanische Justiz.

Berlin, 2. August. Vom Hansabund war angeregt worden, ähnlich wie es jüngst für das Reichskolonialamt geschehen ist, für das Auswärtige Amt einen wirtschaftlichen Beirat zu schaffen. Wie eine offiziöse bediente Korrespondenz mitteilt, besteht keine Aussicht, daß diese Anregung verwirklicht werden könnte. Das Auswärtige Amt habe einen solchen Beirat bereits in dem wirtschaftlichen Ausschuß, der erst kürzlich noch erweitert worden sei.

Tripolis verkaufen Schiffe. Offiziös wird die Nachricht bestätigt, wonach zwei Schiffe der Brandenburg-Klasse an die Türkei verkauft werden sollen. Es handelt sich um zwei Panzer, die in den Jahren 1890—1894 gebaut worden sind. Sie führen je 22 Geschütze und hatten 570 Mann Besatzung. Die Türkei will für jedes Schiff 9½ Millionen Mark zahlen, gelöst werden für je etwa 20 Millionen Mark haben. Für diese Schiffe werden, nachdem ihre Lebensdauer abgelaufen ist, demnächst Erfahrschiffe gebaut werden; wenn sie aber noch so vortrefflich erhalten sind, daß sie von der Türkei zu Kriegszwecken gekauft werden, dann liegt die Frage nahe, ob eine „Lebensdauer“ eines solchen Schiffs von 20 Jahren nicht entschieden zu kurz bemessen ist. Für die beiden Schiffe, die jetzt verkauft werden, werden selbstverständlich große Panzerlösen als Erstzah gebaut, von denen einer auf annähernd 50 Millionen Mark zu stehen kommt.

Bündleragitation. Die Agitation der Bündlerführer läßt da, wo sie sich von Gegnern unbeobachtet fühlen, an Dürbheit und Offenherzigkeit nichts zu wünschen übrig. So warf bekanntlich erst klarlich der Bündlerführer Schmidt in Hessen den Beamten vor, sie wollten „Notelets fressen, so groß wie Abtrittsdeckel“. Jetzt berichten die jugendliberalen Blätter ebenfalls aus Hessen, daß ein anderer Vertreter des Bundes der Landwirte in Reichshofheim im Odenwald sich in ähnlicher Weise gegen die Beamten ausgesprochen hat. In einer Versammlung der Bündler führte er aus:

Die Beamten schaffen nichts und laufen mit der Glint auf dem Buckel herum. Wenn der Beamte Montag morgens seinen Rauch aufgeschlagen hat, hat sich der Bauer schon längst müde geschafft. Für eine Beamtenwitwe sind 600 M. viel zu viel; die Bauernwitwen bekommen auch keine Pension.

Wenn die Agrarier so weiter agitieren, werden sie bei den nächsten Wahlen nicht allzu viel Beamtenstimmen einheimsen.

Eine neue Beamtenorganisation. In Berlin ist am Sonntag ein Bund Deutscher Kanzleibeamten gegründet worden, der es sich zur Aufgabe stellt, für bessere Beschäftigung

der Militäranwärter Sorge zu tragen. Vor allen Dingen sollen aus den staatlichen und kommunalen Amtmännern die weiblichen Arbeitskräfte entfernt und durch Militäranwärter ersetzt werden. Die Ziele dieses Verbands sind also durchaus realistisch.

Sie kennen sich. Die von der Zentrumsprese mit Elfer veredigte Fiktion, daß die Zentrumspartei keine konfessionelle Partei sei, zerstört die Kreuzzeitung, die ihre schwarzen Freunde ja am besten kennen muß, mit dem folgenden kategorischen Urteil:

Ebenso bedeutungslos wie der Zwist innerhalb der Sozialdemokratie erscheinen und die Jägerleiner einiger journalistischer Zentrumsführer. Der Streit dreht sich immer noch im wesentlichen um die Frage, ob das Zentrum eine konfessionelle Partei sei; oder eigentlich nur um die Frage, ob man diese Tatsache zugeben dürfe. Der Jägerleiner kann sich dafür kaum interessieren, denn er sieht es, er kann es mit Händen greifen, daß das einzige einigende Band des Zentrums die Konfession ist. Wäre das Zentrum nicht "die" katholische Partei, würde es nicht durch das Eintrittsrecht des Klerus allen streng zur Kirche haltenden Katholiken sozusagen obligatorisch gemacht, dann ständen seine Chancen nicht so günstig, wie sie tatsächlich sind. An dieser Tatsache wird nichts dadurch geändert, daß sie bestreiten wird.

Die schwarzen Zentrumspolitiker werden ihren Verbündeten für diese offensichtliche Charakterisierung kaum dankbar sein.

Eine Polizeiaktion gegen die Presse. Die leichte Nummer der Welt am Montag ist vom Berliner Polizeipräsidium im Straßenhandel verboten worden. Bei den Straßehändlern wurden, ohne daß man dem Verlag Mitteilung mache, alle Exemplare der Welt am Montag beschlagnahmt. Das Verbot soll erlassen werden sein wegen eines Gedichtes, überschrieben Apache tanza.

Die bayrische Steuerreform soll jetzt gestoppt sein. Es besteht noch ein kritischer Punkt, der den Tarif im Einkommenssteuergebot betraf. Darüber ist nunmehr eine Einigung erzielt. Die Reichsräte haben mit 47 gegen 20 Stimmen den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer ihre Zustimmung erteilt. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1912 in Kraft, bis dahin wird ein Steuerzuschlag von 22 Prozent erhoben.

Neue Gaunerien auf der Kieler Wiese. Wegen größerer Metallblechstähle in der Reichswert wurde ein Magazinäufseher, wegen Gehörlosigkeit ein Altbänder verhaftet. Das alte System sieht danach trok der "Reformen" in der Verwaltung der Werte lustig weiterzubilden.

Ausbruch einer Epidemie in der Garnison Mecklenburg. In Mecklenburg sind ca. 50 Soldaten an Ruhr erkrankt. Das Gouvernement führt diese Erkrankung auf den Genuss von stark alkoholhaltigem Trinkwasser zurück. Die Trinkwasserfrage in der Festung Mecklenburg hat schon vielfach zu den lebhaftesten Klagen Anlaß gegeben, ohne daß bisher eine gründliche Aenderung herbeigeführt wurde. Die Teilnahme der Mecklenburg Garnison an dem Manöver ist bereits abgesagt worden.

Der Kommandeur der Kriegervereine, General v. Spycher, ist am Sonntag in Berlin gestorben. Er hat sich bekanntlich bei den letzten Reichstagswahlen durch seine Aufrufe an die Kriegervereine und auch sonst wiederholt stark politisch betätigt und damit der Reaktion ganz wesentliche Handlangerdienste geleistet. Die bürgerliche Presse ehrt ihn als Verdienst nach, daß er den Deutschen Kriegerbund zu seiner heutigen Stellung emporgehoben habe. Der Verstorbene war als ein wütender Gegner der Sozialdemokratie bekannt, worin wohl auch nach Ansicht seiner bürgerlichen Lobredner sein Hauptverdienst liegen dürfte.

Keine politischen Nachrichten. Am 31. Juli fand in der armenischen Kirche in Sympena ein blutiger Zusammenstoß zwischen Anhängern und Gegnern des armenischen Komitees statt, wobei zwei Personen getötet und drei verwundet wurden. — Der 18. Internationale Friedenskongress ist gestern im Mitterhaus in Stockholm feierlich eröffnet worden.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Demonstration gegen die Hauswucherer.

Man schreibt uns aus Budapest vom 31. Juli: Das bevorstehende Wohnungsquartal besuchten die hiesigen Parteiorganisationen, um die herrschende Erbitterung der Bevölkerung gegen den Wohnungswucher in einer großzügigen Demonstration zum Ausdruck zu bringen. Die Arbeiterviertel wurden seit Tagen mit Flugblättern überfüllt, in denen die Bevölkerung aufgerufen wurde, die Bezahlung des Haushalts zu verweigern, falls dieser gefordert werden sollte und ferner, am Sonntag nachmittag einen Aufmarsch durch die vornehmsten Straßen der Hauptstadt vorzunehmen. Die Parteiorganisationen hatten mit ihrer Arbeit infolfern Erfolg, als die Hauswucherer nicht wagten die Mieten zu steigern und es haben sich auch mehrere Tausend Arbeiter, zum großen Teil mit Weib und Kind, zur Demonstration eingefunden, wiewohl die Hitze fast unerträglich wurde. Um 1/4, nachdem sich die Demonstranten zu einem Zuge gesetzt hatten, setzte sich dieser in Bewegung. Der Aufmarsch, der sich im langsamem Tempo bewegte, nahm über eine Stunde in Anspruch. Die Zahl der Teilnehmer dürfte über 12 000 Personen betragen haben. Sie bestanden zum überwiegenden Teil aus Frauen und kleinen Kindern. Viele Männer trugen ihre Säuglinge an der Brust und sehr viele Kinder schritten barfuß in der Menge. Diejenigen von den stillenden Müttern, die ermüdet waren, wurden in Tröstchen aufgenommen. Im Anfang wurden kleine Taseln getragen, die durchwegs Inschriften gegen die Wohnungswucherer enthielten und auf dem ganzen Wege erkennbare Proteste. Der Aufmarsch des Elends in den sonnigen Straßen bot einen düsteren Anblick. Es war schon 1/4 Uhr, als die ersten Neilen am Marschziel, einem der größten Plätze der Hauptstadt, anlangten, wo eine große Demonstrationsversammlung abgehalten wurde.

Italien.

Das neueste Blutbad in Südtirol.

Der Avanti veröffentlicht den Bericht eines Spezialcorrespondenten über die neuzeitliche Gewalttat der Carabinieri in Südtirol. In einem kleinen Ort von Apulien, S. Pietro Vernotico, war die Bevölkerung in Agitation wegen der nach ihrer Ansicht ungerechten Entlassung eines städtischen Schuhmannes. Es kam zu einer Demonstration, bei der zur "Aufrechterhaltung der Ordnung" sieben Carabinieri Dienst taten. Nach dem Berichterstatter des Avanti hätten nun die Carabinieri völlig den Kopf verloren und sich mit gegogenem Säbel auf die Menge gestürzt. Die Demonstranten hätten sich ganz friedlich verhalten und nur die Wiederanstellung des Schuhmannes gefordert, der bei der Menge beliebt ist, weil er wiederholt ungemeinbare Lebensmittel bei den Kaufleuten beschlagnahmt hat. Ohne sich irgendwie bedroht zu sehen, hätten die Carabinieri von den Waffen Gebrauch gemacht. Der Wahlmeister soll als erster seinen Revolver gezogen und neuer kommandiert haben. Zwei Tote blieben auf dem Platz, ein dritter starb am nächsten Tage, und einer der Verwundeten liegt im Sterben. Einer der tödlich Getroffenen ist ein Mailänder, der gar nicht beim Konsulat beteiligt war und ruhig von der Fabrik nach Hause ging. Nach dem Berichterstatter des Avanti hätten die Carabinieri sich sogar in ihr Wachtlokal zurückgezogen, um sich ihre Gewehre zu holen, nachdem sie alle Revolverschüsse verbraucht hatten und schon Tote und Verwundete auf dem Platz lagen. Unser Parteiblatt fordert, daß man die Carabinieri vor die Geschworenen bringe. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß diese Taten der Röheit und Grausamkeit ihr gerichtliches Nachspiel jähren.

Niederlande.

Wirkungen eines Kaiserbriefes.

Die Wirkungen des Kaiserbriefes an Holland, in dem eine stärkere Marinebewaffnung für Holland verlangt wurde, liegen nun dem holländischen Volk vor in Gestalt von Forderungen über 1½ Mill. fl. jährlich, insgesamt ca. 40 Millionen fl., die zum Ausbau der Küstenbefestigungen, der Marine usw. verlangt werden. Das holländische Volk wird von dieser Anregung durch den preußischen militaristischen Geist nicht übermäßig entzückt sein.

Türkei.

Ansprucksreise des Ministers des Innern.

Konstantinopel, 1. August. Der Minister des Innern ist heute abend nach Macedonien und Albanien abgereist. Der Reise, welche in einem außerordentlichen Ministrerrat beschlossen wurde, wird größte Bedeutung beigemessen. Sicherem Vernehmen nach soll der Minister in erster Linie den Übergriffen der Behörden bei der Entwicklung Einhalt gebieten. Ferner soll er der Anwendung des Archengesetzes und der Frage der mohamedanischen Einwanderung seine Aufmerksamkeit widmen. — Der Boykottausschuss lißt den Zeitungen die Mittelung zu gehen, daß der Boykott der griechischen Waren streng fortgesetzt werden solle, bis die kretischen Schuhmähte ihre auf Kreta bezahlten Versprechungen verwirklicht hätten.

Nordamerika.

Organisierte Arbeiter gegen die japanische Einwanderung.

New-York, 29. Juli. Die organisierten Arbeiter Kaliforniens legen jedem Legislaturlandabgeordneten die Verpflichtung vor, für Maßregeln zu stimmen, wodurch die afrikanische Einwanderung der Japaner ausgeschlossen ist, sowie die Erwerbung des Grundbesitzes seitens solcher verhindert wird. Die afrikanische Ausschlußliche beabsichtigt, im bevorstehenden Winter auf der Annahme schärfster Maßregeln gegen eine solche Einwanderung zu bestehen.

Sächsische Angelegenheiten.

Allerhand Nationalliberale.

Dass bei den sächsischen Nationalliberalen eine weit über das parteiübliche Maß hinausgehende Konfusion und ein groteskes organisatorisches Durcheinander herrschen, wagen die waderen Drehselbenmänner nicht mehr zu bestreiten. Im Erzgebirge und im Vogtland murren und knurren die Mitglieder wider den Fraktionshauptling Hettner, den Parteistaatsanwalt gegen Merkel und Langhammer. Auch bei der Richtung Hettner scheint es zu gären. Es mehren sich die Stimmen, die von dem Dresdner Landgerichtsdirektor Hettner energisch fordern, daß er sich von dem gegen ihn erhobenen Vorwurf reinigen soll, unwahre Behauptungen aufgestellt und gehemt zu halten. Die sächsischen Justizbehörden sind sonst ungemein empfindlich, um so unerträglicher ist, daß der Justizminister von Herrn Hettner noch nicht gefordert hat, gegen Herrn Merkel vorzugehen oder sonst auf irgendeine Weise die erhobenen Beschuldigungen einwandsfrei zu widerlegen. Zwar ist Herr Hettner, wie erzählt wird, bei der letzten Ordensverteilung ganz gegen seine Hoffnungen überschritten worden, aber damit dürfte die Angelegenheit doch nicht erledigt werden. Wir zweifeln allerdings nicht daran, daß man in der Regierung mit grossem Wohlgefallen die Tätigkeit des Herrn Hettner betrachtet, die Nationalliberalen vor den konservativen Parteikarren zu spannen und die nationalliberale Fraktion von den Leuten zu säubern, die, wie die Merkel und Langhammer, öfters eine Lippe gegen die Regierung riskierten. Dass die Regierung diesen Gewinn für die sächsische Reaktion mit Vergnügen bucht, ist nur zu verständlich, aber die Opposition innerhalb der nationalliberalen Partei, und was schwerer ins Gewicht fällt, die Gegner dieser Partei, werden kaum Neigung verspüren, Nachsicht und unangebrachte Milde zu üben und die Affäre Hettner in Vergessenheit geraten zu lassen. Und wie wir die Herren Merkel und Langhammer kennen, werden sie bei passender Gelegenheit immer wieder gutgezielte Pfeile auf den Landgerichtsdirektor Hettner abschießen. Je länger das Justizministerium damit wartet, Herrn Hettner einen Wink zu geben, daß er sich von dem Vorwurf reinigt, um so besser für alle Gegner.

Wie es sonst bei den Nationalliberalen bestellt ist, geht auch aus einem Artikel in der Kölnischen Zeitung hervor, der aus sächsischen nationalliberalen Kreisen stammt. Wir erfahren da folgendes: 1. ein Teil der Nationalliberalen wünscht bei den kommenden Wahlen ein Zusammengehen mit den Freisinnigen; 2. ein anderer Teil soll darüber jedoch nicht erfreut sein; 3. eine Gruppe bahnt ein Abkommen zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen nach dem sogenannten Muster an, wie es eben im 20. und 21. Reichstagwahlkreis gesetzlicht worden ist, um Herrn Stresemann möglichst das Mandat zu retten; 4. eine weitere Gruppe weiß noch nicht recht, was sie dazu sagen soll; 5. ein Teil — und vornehmlich die Führer — bläßt sehnlichst nach den Konservativen, mit denen wiederum gemeinsame Sache zu machen der Herzensehnsucht dieser Leute ist; 6. ein Häuslein Nationalliberaler wünscht die Zertrümmerung des schwarz-blauen Bloks, hat aber trotzdem noch einen Rest von Liebe für die Konservativen und eine Mordsangst vor der Sozialdemokratie; 7. die "maßgebenden" Kreise wollen unter allen Umständen bei den nächsten Wahlen bei Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Konservativen für die Letzteren eintreten; 8. andere Nationalliberalen sind geneigt, von Fall zu Fall auch mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen und endlich 9. will ein Teil der Drehselbenmänner alles sehr "klug" abwägen und dann entscheiden.

So präsentiert sich nach dem Artikel in der Kölnischen Zeitung der gottvolle sächsische Nationalliberalismus. Er ist das getreue Abbild unsres Bürgertums, das politisch hin und her taumelt, ohne festes Ziel, ohne Halt und ohne ein klares Unterscheidungsvermögen ein gefügiges Werkzeug in der Hand politischer Geschäftshuber und Demagogen bildet. Unter diesen Verhältnissen haben die Konservativen so lange noch gute Tage, bis es der Arbeiterschaft gelingt, ihre Macht zu brechen. Der Liberalismus und das Bürgertum sind schuld an der Junkerherrschaft, und es bestehen nicht die geringsten Aussichten für das Reich, daß sie gewillt und fähig wären, von dieser Schuld sich frei zu machen. Wenn in der Kölnischen Zeitung noch dargelegt wird, den Nationalliberalen in Sachsen fehlt es für die nächsten Reichstagswahlen nicht an geeigneten Kandidaten, um alle 23 Kreise besiegen zu können, so haben wir keine Ursache, daran zu zweifeln. Da ein nationalliberaler Kandidat vor der Wahl sich zu allem Möglichen bekennen darf und nicht verpflichtet wird, auch nur ein Wahlversprechen zu halten, so ist eine nationalliberale Kandidatur für bürgerliche Schwadronen ein gesuchter Posten. Dabei kann man sich nach Herzlust austummeln. Aber werden diese Wetterfahnen anblasen, daß es ein Gaudium für die Wähler werden wird, wie diese Figuren im Winde sich drehen müssen.

Skandalöse Verbote.

Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen setzt ihren ebenso gehässigen wie terroristischen Kampf gegen die staatsbürglerlichen Rechte und Freiheit des Eisenbahnpersonals fort. So hat sie neuerdings diesen skandalösen Utaas erlassen:

"Neuerdings wird verlaut, in den Kreisen des Personals eine neue in Berlin periodisch erscheinende Druckschrift zu verbreiten, die ihrem Inhalte nach den gleichen Zweck verfolgt, wie der dem Personale wiederholt verbotene Bezug, die aber zur Freilegung der Zeitschriftenverein herausgegeben und mit Billigung der Verwaltung verbreitete Sächsische Ausgabe der Zeitschrift Die Eisenbahn. Das Halten und die Verbreitung jener unter mißbrauchtem Titel erscheinenden sozialdemokratischen Zeitschrift wird hierdurch ebenso streng verboten wie es bezüglich des Beuges bereits geschehen ist. Die Staatsbahnenverwaltung wird keinen Beamten oder Arbeiter im Eisenbahndienste dulben, der diesen Verbot anwidert handelt."

In der Generaldirektion hat zwar kürzlich ein neuer Mann seinen Einzug gehalten, aber der alte reaktionäre Geist der Unzufriedenheit, der burokratischen Verknöcherung und der fanatischen Gehässigkeit gegen die Arbeiterbewegung ist geblieben. Das famose System Müller setzt derweil immer noch Orgien; der alte Volks- und Arbeiterfeind Müller glaubt eben die Menschen, die seinem Gutblinden überantwortet sind, wie Materialien behandeln zu können, die keinen sonderlichen Wert haben. Und gestaltet auf Konservative und Nationalliberale im Landtag, kann der Mann sich solche Attentate gegen die staatsbürglerliche Freiheit des Heeres der Eisenbahnausstellten erlauben. Es ist einfach eine Schmach, daß ein Minister oder eine Betriebsbehörde Juhauenden erwachsener Männer vorzuschreiben wagt, was sie nicht lesen dürfen. Die Bäcker oder Schulknaben wird bei ein Heer von Männern behandelt, die täglich ihre Leben auf Spiel setzen müssen und von denen jeder schließlich für die Allgemeinheit von größerem Nutzen ist, als so ein Regierungsbürokrat, der sich gebärdet, als wären die Eisenbahnen sein Eigentum und das Personal seine Leibigenen. So terroristisch auch das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung auch ist, es wird nicht verhindern können, daß die Sozialdemokratie bei den Eisenbahnen an Boden gewinnt. Wir sind schon mit ganz anderen Leuten fertig geworden, als wie mit den Müller und Genossen.

Versammlungsverbot im Wahlkampf in Ilshausen-Marienberg.
Die Amtshauptmannschaft Marienberg hat eine Versammlung im 20. Reichstagwahlkreis, in der Genosse Höhre zur Nachwahl sprechen sollte, verboten. Die Versammlung sollte unter freiem Himmel stattfinden. In der versagten Genehmigung wird ausgeführt:

Nach den von der Amtshauptmannschaft angestellten Erhebungen ist der Versammlungsort lediglich durch einen Privatweg zu erreichen. Da der Berechtigte gegen die Benutzung des Weges durch die Versammlungsbewohner ausdrücklich Widerspruch erhoben hat, steht es überhaupt an einem Zugang zum Versammlungsort. Dieser Mangel an Zugänglichkeit macht schon die Versammlung tatsächlich unmöglich. Es ist aber auch anzunehmen, daß der Begehrte das unbefugte Betreten des Weges zu verhindern suchen werde. Dabei könnte es leicht zu Ausschreitungen kommen. Es ist sonach aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu bestreiten.

Diese Begründung stellt die Sachlage falsch dar; es sind drei Wege zu dem Versammlungsort vorhanden: 1. ein Gemeindeweg, 2. ein Privatweg, dessen Besitzer nichts gegen die Benutzung des Weges einzuwenden hat, und 3. der omissio Weg, dessen Besitzer der Freiherr v. Herder ist, der unter verstorbener Genosse Rosenow seinerzeit aus dem Reichstage verdrängt und der sich nun in dieser noblen Art zu rächen sucht. Im übrigen helfen solche Versammlungsverbote kräftig agitieren, weil sie aufreizend und verbitternd wirken müssen.

Langhammer und die Nationalliberalen.

Herr Langhammer leitet bereits die Preßkampagne gegen den Vorstand des Nationalliberalen Landesvereins ein. In den Chemnitzer Neuesten Nachrichten, der Waschfrau für Langhammer, die Langhammer weiß waschen soll, lesen wir:

Man fragt sich mit Recht: Wer ist der "Landesvorstand"? Denn nicht, was man sich nennt, sondern, was man ist, darauf kommt es an. Sicherlich sitzen in ihm nur ehrenwerte Männer. Über der Verein, den er repräsentiert, stand bis vor wenigen Jahren nur auf dem Papier, erzählte 1905 nur sieben 5000 bis 6000 Mitglieder, und die Vermehrung, die er seitdem erfahren hat, ist nicht auf eine plannmäßige Arbeit des Landesvorstandes, sondern auf die einiger weniger Mitglieder zurückzuführen; auch die Reichstagswahlen 1907 taten hierbei das Ihrige. Er zählt jetzt im ganzen Lande noch nicht annähernd so viel Mitglieder wie die sozialdemokratische Organisation in einem einzigen Wahlkreis (Leipzig-Land). Seine Leipzig-Geschäftsstelle wird peinlichst wegzudenken von den Leipzigischen Herren erhalten, insbesondere erwies sich Herr Reichsbaud als Appell bei der Benährung von Borschus immer sehr spändig. Es ist der Landesverein ein Anhänger des Leipziger Vereins, obwohl dieser auch erst seit 1904 besteht, denn vorher machten in Leipzig die nationalliberalen Politik nur ein paar Herren, die lose wie ein Stammisch zusammengesessen und denen die Mittel es gestattet, auch einen Generalsekretär zu etablieren.

Nach dieser Schilderung wäre also Herr Generalsekretär Dr. Westenberger nichts weiter als der politische Buchhalter einiger reicher Leipziger Nationalliberalen, die sich einen Sekretär ebenso leisten können, wie einen Chauffeur oder wie die Frauen dieser Herren Zimmermädchen, nur daß der politische Angestellte dieser Leipziger Herren akademische Bildung hat und Generalsekretär sich nennen darf. Na, Herr Langhammer wird hoffentlich noch weiter aus der Schule plaudern, wobei noch manche interessante Intimität zutage gefördert werden wird.

Sozialdemokratische Reichstagkandidatur für den 2. Reichstagswahlkreis.

In der am Sonntag nachmittag in Ebersbach stattgefundenen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde mit großer Majorität der Kandidat des Textilarbeiters, Genosse Hermann Kräfig, als Kandidat aufgestellt.

Die sächsischen Feuerbestattungsvereine

hielten am Sonntag vormittag in Bittau eine Sitzung ab bezüglich Gründung eines Verbandes der sächsischen Feuerbestattungsvereine. Vertreter waren anwesend aus Dresden, Leipzig, Plauen, Zwickau, Meissen, Döbeln, Werda und Bittau, sowie ein Vertreter aus Grottau als Gast. Der geplante Zusammenschluss wurde einstimmig gutgeheissen und die Satzungen für den zu gründenden Verband verabschiedet. Am 25. September 1910 soll in Leipzig die konstituierende Versammlung des Verbandes stattfinden. Es dürften bis jetzt etwa 8000 Mitglieder in Betracht kommen. Der Jahresbeitrag soll 10 Pf. pro Mitglied der Vereine betragen.

Niesa. Im Gebiet des Elektrizitätsverbandes Gröba bei Niesa beabsichtigt man Fernleitungsspannungen bis zu 60 000 Volt anzuwenden. Es dürfte interessieren, festzustellen, welche Hochspannungen anderweitig schon im Gebrauch sind. Von den verschiedenen amerikanischen Anlagen mit 100 000 Volt Betriebsspannung sei hier abgesehen. In Europa dürfte die höchste bisher verwendete Spannung die in einer Anlage bei Mailand von der A.G. Brown, Vovert u. Co. eingesetzte von 75 000 Volt sein; diese Anlage hat eine Leistungsfähigkeit von 31 500 Pferdestärken, die in drei Maschinen von je 10 500 Pferdestärken erzeugt werden. Eine andre, auch bei Mailand befindliche Anlage derselben Gesellschaft mit 24 000 Pferdestärken Leistungsfähigkeit arbeitet mit 60 000 Volt. Andre Anlagen mit 60 000 Volt sind von den Siemens-Schuckert-Werken bei etwa 8000 Pferdestärken-Leistung in Spanien ausgeschildert worden. Auf der Liste dieser Gesellschaft finden sich übrigens bei Einschluss außereuropäischer Anlagen nicht weniger als 9 Werke mit 60 000 Volt Spannung oder mehr. 60 000 Volt werden z. B. bei der Übertragung von Moosburg nach München benutzt, ebenso bei einer Anlage bei Paris.

Chemnitz. Am Montag Juli d. J. fanden im Chemnitzer Atematorium 43 Einäscherungen statt. Seit der Inbetriebnahme (am 16. Dezember 1906) wurden 2085 Kelchen eingeschürt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Zwischen dem Haltepunkt Markendorf und Bahnhof Hermsdorf i. R. wurde ein Radfahrer, der Schuhdienster Kueber aus Friedland i. B., durch den von Reichenau nach Hermsdorf verlehnenden Zug überfahren und schwer verletzt. Er starb auf dem Transport nach der nächsten Station. — Von einem Hund schwer verletzt wurde in Seifhennersdorf eine Frau. Der Fleischerkund padierte die Frau an der Brust, warf sie zu Boden, so dass sie auf ihrem Hund zu liegen kam und blieb sich in ihrer rechten Wade fest, wodurch schwere Verlegungen entstanden. — Verunglimmt ist am Sonnabend in Oberoderwitz beim Aufstellen einer mehrere Zentner schweren Leinwandpresse in der Elbischen Fabrik der Maurer Julius Richter von hier. Die Presse kippte um und schlug Richter derartig an das linke Bein, dass dieses oberhalb des Kniegelenks gebrochen wurde. — Tödlich mit dem Rad verunglimmt ist der Arbeiter Menzel aus Löbau. Menzel, der von Strahwalde kam, fuhr mit großer Schnelligkeit den Schindelberg hinunter, verlor die Herrschaft über sein Rad und stürzte aus der Hölle-Geist-Brücke mit dem Rad über das Geländer hinweg in den Bach. Gegen 3 Uhr morgens fand man ihn tot im Wasser auf. Die Leiche des Verunglimmten, der eine Frau mit sechs Kindern hinterlässt, wurde in die Leichenhalle geschafft. — In der Wilsdruffer Vorstadt in Dresden wurde ein älterer Glasmacher tot aus dem Weißer-Mühlgraben gezogen und behördlich aufgehoben. Es liegt Selbstmord vor, begangen in einem Anfall von Schwermut. — Schwere Verlegerungen zog sich das Dienstmädchen Nach in Löbau zu. Sie war mit Fensterputzen beschäftigt und wollte zu diesem Zweck vom Balkon aus auf einen Sims treten. Sie trat aber zu kurz und stürzte durch ein Glasdach, wobei sie sich einen komplizierten Schenkelbruch zuzog. Außerdem brach sie beide Arme und erlitt noch mehrere andre Verlegerungen am Kopf und Körper. — In der Nacht zum Sonnabend drangen Tiebe in das Galanteriewarengeschäft von Pittius in Kötzschenbroda in der Bahnhofstraße ein und raubten die Kasse. Bisher ist es noch nicht gelungen, den Einbrechern auf die Spur zu kommen. — Ein furchtbare Gewittersturm mit wolkenbruchartigem Regen und Hagelschlag ging in Frankenbergs näher und richtete überall viel Schaden an. Besonders arg wütete er auf dem Schützenplatz, auf dem gegenwärtig großes Schützenfest stattfindet. Viele kleine Butzen und Zelte wurden arg mitgenommen. — Das Alte Schloss in das Anwesen des Gutsbesitzers Michael in Nieder-Rossau bei Mittweida. Das Wohnhaus ging in Flammen auf und eine Stunde wurde gestopft. An mehreren Stellen schlug der Blitz ins Erdreich. — Im Dorfbach in Dittmannsdorf bei Sayda ertrank beim Spielen ein zweijähriges Kind der Wirtschaftsgesellin Meta Müller von hier. — In Wiersdorfs bei Waldenburg kam beim Voggenmählen die 12 Jahre alte Tochter des Gutsbesitzers Götz in die Wäschmaschine, wobei ihr von dem Messer die Fußgelenkschalen zer schnitten wurden. — Neben der noch immer nicht erwiderten Einbrecherbande, die Plauen seit einigen Wochen mit Erfolg unsichtbar macht, treten hier nun auch Expressen auf. Zwei solche Burschen machten bei der Spitzkommissionfirma Herrmann u. Cronheim einen Expressionsversuch, der aber durch einen Zufall mißlang. Die Burschen entlaufen. — Der auf dem Bahnhof Melchtheuer beschäftigte gewesene Güterbodenarbeiter Pleske wurde auf der Bahnhofstraße in der Nähe des heutigen Bahnhofs überfahren tot aufgefunden. Er hatte bis 2 Uhr nachts Dienst getan, dann die Strecke als Nachhauseweg benutzt und ist jedenfalls durch eine Maschine überrascht worden. — Ein Großfeuer vernichtete die Schuhmühle des Baufirms Robert Barthel in Grimma. Das Feuer, das zweifellos böswillig angelegt worden ist, wurde erst spät entdeckt, so dass das große Gebäude im Innern schon über und über in Flammen stand, ehe die Feuerwehr eingriff. Der Schaden beträgt etwa 60 000 bis 65 000 Mk.

Hus den Nachbargebieten.

Görlitz. Am Sonnabend wurden in der Nähe der sogenannten Teufelsbrücke die Leichen eines 18jährigen Mädchens, der Verkäuferin Grätzner, und des 18jährigen Kaufmanns Karl Pfeiffer aufgefunden. Beide Leichen wiesen tödliche Schußverlegerungen auf. Das jugendliche Liebespaar hatte sich schon am Freitag entfernt. Man nimmt an, dass der junge Mann zuerst seine Geliebte und dann sich erschossen hat.

Pöhna. In Langenwitz hat der Sohn der Freifrau von Raven-Beyhl einen Spielfameraden mit der Jagdschnalle derartig verletzt, dass der Verletzte in das heile Krankenhaus aufgenommen werden musste. Der junge Baron hat, obgleich er noch Schulknabe ist, vom Landratsamt in Rade (Sachsen-Anhalt) die Erlaubnis erhalten, ein Gewehr tragen zu dürfen.

Weimar. Ein hier beschäftigter Mechaniker aus München schoss sich auf der Straße mit einem Revolver in die Brust. Schwerverwundet wurde er ins Krankenhaus gebracht. Das Motiv der Tat soll Liebeskummer sein. In dem benachbarten Ettersburg versuchte sich eine schon lange leidende Frau in der Dünnergrube zu ertränken. Die Lebensmüde konnte recht-

zeitig herausgezogen werden. Man brachte sie ins Bett, wo sie sich aber den Unterleib ausschnitt. Die Schwerverletzte wurde ebenfalls ins Krankenhaus gebracht.

Schraplau. Die Staatsanwaltschaft in Halle a. S. hat mit Genehmigung der Regierung 1000 Mark Belohnung für die Ergreifung des Handwerksburschen ausgesetzt, der am Freitag in Schraplau das 13jährige Schulmädchen Emma Westphal vergewaltigte und mit Petroleum übergoss. Das Mädchen ist sofort ihren schweren Verlegerungen erlegen.

Meiseldorf (Harz). Am Sonnabend nachmittag fuhren der Bahnarbeiter Karl A., sowie der Bahnarbeiter Hermann P. über Bernrode und Magdeburg nach Alexisbad zu. Als ihnen auf dem Wege Magdeburg-Alexisbad bei sonst menschenleerer Chaussee zwei Damen entgegengingen, vereinbarten sie sofort einen Raubüberfall. Sie sprangen kurz vor den Damen vom Rad, und Karl A. rief laut, indem er einen sechsschlüssigen geladenen Revolver auf die Damen hielt, „Halt!“ Die bedrohte Dame war sofort dem Mädel ihre Handtasche entgegen und streckte auch ihr goldenes Armband mit Anhänger ab. Jetzt ging A. mit erhobenem Revolver auf die andere Dame los, die nun auch in die Tasche griff und ihr Portemonnaie herausgab. P. griff zu der Tasche, A. zu den übrigen Gegenständen. Hierauf schwangen sich die Männer wieder auf ihr Rad und fuhren davon. Dem Fußgendarmeriewachtmeister Fehner gelang kurz vor Meiseldorf die Festnahme der Verbrecher. Jeder von ihnen war im Besitz eines sechsschlüssigen Revolvers mit Patronen.

Marienberg (Böhmen). In Beutig ist in der Nacht zum Sonntag die Familie des Maurers Schneider infolge Benusses giftiger Pilze erkrankt. Drei Kinder im Alter von 4, 6 und 8 Jahren sind im Laufe der Nacht gestorben. Die Eltern und ein vierter Kind befinden sich in sehr bedenklichem Zustande.

Hus der Umgebung.

Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Merseburg-Dubersdorf.

Der vorjährige Kreistag in Vilnius belieb den Sitz des Verbands in Schleuditz. Die Wahl des Vorstands erfolgte hier in der Mitgliederversammlung am 12. September. Eine besonders lebhafte Tätigkeit entfaltete der Vorstand bezüglich der Agitation gegen das preußische Landtagswahlrecht. Der Umstand, dass durch unsre Partei in früheren Jahren gegen dieses Volksverbot der Reaktion und der Hochburg des Junkertums so gut wie nichts unternommen worden ist, trat bei der Agitation im Anfang augenscheinlich in die Erscheinung. Die breite Masse des Volkes war und ist ohne Einsicht auf die Zusammenziehung des Landtages, sie hatte es fast vergessen, dass ein solcher in Preußen überhaupt existiert. Das Interesse war aber bald geweckt und nahm einen erheblichen Umlauf an. Der politische Erfolg der Agitation liegt auf organisatorischem Gebiet. Die Mitgliedszahl beträgt 1887, das sind gegen das Vorjahr 358 mehr. Die aus der Wahlrechtsbewegung resultierenden Strafen, Gerichts- und Prozeßosten erreichten die ansehnliche Summe von über 500 Mark. Eine Sache schwört zur Stunde noch. Die Agitation wurde in jeder Weise gepflegt. So unternahm Genossen Polender eine Tour zur Berichterstattung von deutschen Parteitag und Genosse Konrad Müller eine solche vom preußischen Parteitag. Weiter haben Versammlungen stattgefunden auf Märkten sowie zur Maifeier. Am ganzen fanden 65 öffentliche und 180 Mitgliederversammlungen statt. An Volksfesten, Flugblättern und Broschüren wurden 74 000 verteilt. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten beträgt 9, die der Gemeindevertreter auf dem Lande 28. Auch hier ist ein Fortschritt zu verzeichnen. So gelang es unsern Genossen in Merseburg im Berichtsjahr drei unserer Leute in das Stadtparlament zu entsenden. Die bürgerliche Mehrheit hatte dort aber einen Formfehler bei der Wahl entdeckt. Die Wahl wurde rücktäglich. Es half aber nichts, bei der Neuwahl legten unsre Genossen wieder. Auch in Schleuditz ist die Zahl unserer Mandate von zwei auf drei gestiegen. Einzelne Landgemeinden haben sich ebenfalls sehr gut gehalten, so haben wir z. B. in Modelwitz jetzt die Hälfte aller Mandate inne. Man sieht also, dass bei reger Agitation immerhin etwas zu erreichen ist. Dieses soll uns natürlich nicht abhalten, das Gemeindewahlrecht in seiner gegenwärtigen Fassung, als Klassenwahlrecht, genau so zu bekämpfen wie das Landtagswahlrecht. Von der Einberufung einer Gemeindevertreterkonferenz wurde im verlorenen Jahre abgesehen, weil eine solche für den ganzen Bezirk, und zwar in Halle, statthaft, die auch aus unserm Wahlkreise gut besucht war.

Die Jugendbildung ist bis jetzt in fünf Distrikten in die Hand genommen. Eingeleitet wurde diese Bewegung, auf Veranlassung des Vorstandes, durch eine Vortragstour des Genossen G. Hennig-Leipzig. Es ist nicht zu leugnen, dass gerade dieses Gebiet ein schwer zu bearbeitendes ist.

Um im Zusammenhang mit den allgemeinen Jugendbildungsbemühungen zu bleiben, entstand die Distriktsleiterkonferenz vom 27. Februar d. J. auf Vorschlag des Vorstands, den Genossen Vogt Leländer-Schleuditz als Delegierten zu der am 18. und 19. April in Berlin stattgefundenen Konferenz der Jugendbildungvereine Deutschlands. Die Zahl der Distrikte hat sich im Berichtsjahr um einen (Passendorf) vermehrt.

Könnten wir im vorjährigen Bericht sagen, dass sich die Korrespondenz mit den Parteikontinenten (Distriktsleitern, Bezirkssekretär, Parteivorstand usw.) zu einer sehr lebhaften Gestaltung hat (die Zahl der Ein- und Ausgänge betrug 185), so wird dieselbe aber vollständig durch die diesjährige in den Schatten gestellt, denn die Ein- und Ausgänge an Karten, Briefen, Akten usw. erreichte die stattliche Zahl von 344. Hierzu hat allerdings die Wohlrechtsbewegung ein wesentliches Teil beigetragen.

Zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten, Fragen der Organisation und Agitation, trat der Gesamtvorstand in acht Sitzungen zusammen. Ferner fanden zwei Konferenzen mit den Distriktsleitern, die bereits erwähnte Konferenz der Gemeindevertreter aus dem Bezirk, Bezirkstag und vier Bezirkskonferenzen statt.

Stellung zur Schlichtung persönlicher Differenzen muhte der Vorstand in zwei Sitzungen (Merseburg und Altranstädt) nehmen. Im ersten Sitzung machte sich die Einsetzung eines Schiedsgerichts nötig.

Im allgemeinen scheint unsre wiederholte Mahnung, nicht jeden Quark in den Versammlungen breit zu treten und sich mehr mit der Erörterung ernster Dinge zu beschäftigen, auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Rechts ist mehr geeignet, die Aktionsfähigkeit der Partei zu lähmen, wie persönliche Zwiespältigkeiten unter den Genossen; sie müssen und werden verschwinden, wenn jeder einzelne das hohe Ziel im Auge behält, welches uns zusammengefasst hat; die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln des Kapitals.

Neue und heftige Kämpfe stehen uns bevor. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Reichstag ein vorzeitiges Ende erreicht, wir müssen deshalb für alle Fälle gerüstet sein. Zur Schlagfertigkeit gehört aber die Einigkeit unter den Genossen in erster Linie. Dass uns der Kampf aber auch nach der anderen Seite nicht unvorbereitet trifft, dazu soll die Umwandlung des Monatsbeitrags in den Wochenbeitrag ein wenig mithelfen, denn hohe Summen kommen dabei nicht heraus, wenn wir in Betracht ziehen, dass uns die letzte Reichstagswahl über 8000 Mk. gekostet hat. Wir vertrauen dem bewährten Opfergeist der Genossen und erhoffen die Annahme dieses Antrags. Von der Entlastung der nötigen Agitation hängt es im wesentlichen ab, ob über unserm Wahlkreis demnächst die rote Fahne wehen wird.

Auf zum Kampf! Auf zum Sieg!

Genosse Konrad Müller, Vorsitzender.

Rassenbericht der Hauptkasse.

Einnahme:

District	Monat, Betriebs- und Gewerbezeit	Zahlen, Gebühren, Kosten für Materialien	Gehaltszettel	Festgeld	Gewinne, Einnahmen	An die Hauptkasse	Mitgliederstand	
							Monat	Wochenzahl
Altranstädt	25.10.	18.60	23.25	74.00	14.50	377.20	102	17
Beucha	187.51	58.45	6.15	49.98	—	205.47	82	—
Dittersberg	187.43	33.95	7.35	84.95	31.15	204.83	59	12
Lauda	25.55	—	8.25	20.01	7.52	71.33	10	1
Lippe	238.45	4.60	27.—	70.10	7.50	350.65	157	13
Merseburg	658.62	17.55	54.00	211.20	170.00	1112.87	257	35
Rebra	94.85	14.25	9.75	43.88	20.—	182.71	53	—
Papitz	—	—	—	—	—	—	—	—
Modelwitz	328.58	220.20	7.20	56.00	11.75	624.33	148	23
Duersdorf	165.00	—	16.80	26.50	—	205.30	70	6
Nashnitz	199.18	—	20.05	46.01	53.00	330.09	02	—
Schleuditz	672.47	324.29	57.00	70.82	107.01	1208.19	364	59
Wöhlitz	340.46	50.—	8.85	50.20	0.65	465.22	170	12
Passendorf	20.12	31.00	8.40	—	—	69.42	40	8
Mitscheln	51.53	—	—	13.10	6.85	71.48	30	22
Sonstige Einnahmen der Hauptkasse						71.87	1679	203
Kassenbestand vom vorigen Jahre						974.08		
Summa						6804.53		

Ausgabe:

Agitation	1634.40
---------------------	---------

Abzahlungsgeschäfte

Liebau, Turnerstr. 27, I.

Aluminium u. Emaille

Max Richter & Co. Pl. Zschoch. Str. Ecke Fröhelstr. Installat. f. Gas, Wasser u. Elektr.

Apfelweine**Obstweinschänke**

Bayerische Str. 18, Nähe Bahnhof, Eig. Kelterei Joh. Lochstämpfer. Ausschank in Gläsern 10 PL.

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Lü., Honnrettenstr. 11. Herm. Becker, Lü., Albertinerstr. 51b Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87 v. Brätz, Gautzsch, Oetzscherstr. Oswin Ficke, Juliusstr. 27.

Rich. Gimpel, Lü., Gundorfer Str. 1. Emil Gräßbach, Mo., Steinmetzstr. 4. Willy Hesse, Schl. Könneritzstr. 14. Osk. Hänsel, Leut., Barneckerstr. 31. O. Hempel, Paunsd., Johannist. 13. Paul Heuschkel, Wahr., Bahnhofstr. 9. Oskar Horn, Stötteritzerstr. 17.

W. Käblitzsch, Böhl.-Ehrb., Südstr. 34. W. Kümmeler, Lü., Gutsmuthstr. 48 Otto Kind, Schl. Könneritzstr. 59. B. Klepz, Schl. Könneritzstr. 37. Alfred Knothe, Lü., Calvis-Str. 23. Karl Oehm, Lü., Rietzschelstr. 19.

Leipziger Brotfabrik
Ges. Käthe, Fab. & Co.Leipzig-Eutritzscher
gar. rein. Roggenbrot

Vollgewicht 17.4379.

Rich. Pünkt, Lü., Henricistr. 12. Max Rahmig, Rdn., Gemeindestr. 3. Wilh. Reinhart, Lü., Lützner Str. 83. Max Rohne, Lü., Gundorferstr. Großmstr.

Franz Rüthig, Stötz. Gust. Salomon, Delitzscher Str. 69.

liefer. garantiert reines Roggenbrot m. Vollgewicht. Tel. 8808.

Schnook, Ernst, Mo., Hallische Str. 54. Fr. Schreiter, Oetzsch, Oststr. 3.

K. Schröter, Lü., E. Kais.-u. Gießstr.

A. Schwendler, Barnack. Str. 18. H. Selle, Lü., Ecke Lützner- u. Josefstr.

Arno Seyfarth, Wahren, Bahnhofstr. Franz Springer, R. Kuehengart. Str. 3. W. Steinkopf, R., Gemeindestr. 11. E. Volkmann, Lü., Gundorferstr. 39. O. Wagner, Neurd., Cicilienstr. 23. H. Wittek, Schönfeld, Südstr. 13.

Beerdrigungsanst. u. Sargm.

W. Fuchs, verv., Vo., Bogislawstr. 28.

Hugo Irmer, Könneritzstr. 64.

Ernst Koenz, Lindenauer Str. 5.

Gebr. Reiche, Zschöcherstr. Lü., Ltz. Str. 48. Könn. Str. 38.

Otto Rühlich, Lü., Marktstr. 8.

W. Stenzgrüber, Go., Eisenach. Str. 34.

M. Verbeck, Kirchstr. 82.

Bettfedern, Betten, Reinigung

Ad. Kirschberg, N., Reichsstr. 39.

H. Olding, Südstr. 2.

A. Petzold, Lü., Birkennstr. 12.

„Pura“, Wittenbergerstr. 38.

J.C. Schwartz, Brühl 50. Gg. 1706.

reelles Gewicht, reine Ware, Hospitalstr. 26.

O. Tröhl, Wahr., Hospitalstr. 26.

Rob. Zeugner, Dresdenstr. 47.

Bildereinrahmungen

Friedr. Frinkel, Elisabethstr. 8.

Hennig & Nagel, Gorberstr. 56.

Vorm. M. J. L., Zeitstr. 35. Hof. L.

„Einrahmung z. Fabr.“

G. Kretschmar, Zeitstr. 37.

Zeitstr. 37. Spez. Spiegel u. Bild.

Wilhelm Niedling, Kolonadenstr. 3.

R. Städler Nach., Zeitstr. 1, Leipzig.

billigst. Werkstatt. Emil Vogel, Bayersche Str. 20.

Brauerien, Bierhandl.

Brauerei Burghausen-Leipzig,

einget. Genossensch. m. b. H.

empfiehlt ihre vorzügl. Biere.

Brauerei G. W. Naumann

Tel. 2808. Leipzig-Plagw. Tel. 2809.

J. Pottkämper, Eutritzscher

empfiehlt seine aus best. Malz u. Hopfen gebr. Biere.

C. Schubert, Port. u. Fischb. Sdp. 5

F. A. Ulrich

Trinkt Gebr. Ulrich, Leipzig-

Biere, Stötteritz, Stötteritz von:

Dampfbrauerei Zwenkau A. G.

Zwenkau.

Briketts, Kohlen

Oskar Schönfuß, L.-Volkmarstr.

Kirchstr. 100. Tel. 10457 (a. Vind.)

Br. Berger, Stöt., Hauptstr. 60.

Ernst Claus, Josephinenstr. 31.

O. Dorn, Neu-Mockau.

O. Freiberg, Co., Pfeifferstr. 10.

Ferd. Grabau, N., Tauchaer Str. 31.

Rud. Heinrich Nacht, Pl., Gleisstr.

Ferd. Höleke, Ida/Mariannenstr. E.

R. Kretschmar, Go., Möck. Str. 8.

Bruno Paukert, Co., Peg. Str. 31.

B. Riedeberger, Schönf., Südstr. 11.

Ernst Wolf, Schenkenfurstr. 80.

H. Schlichting, L.-Thonberg.

Reitzschel. Str. 18.

Allr. Richter, Paunsd.-Sommerl.

A. Schwarze, Anger, Möck. Str. 14.

L. Voigt Nach., Go., Hall. Str. 31.

F. Wagner, Soll., Wurzn. Str. 142.

Buchhandlungen

J.A. Gutzschebauch, Kurprinzstr. 2.

Lotterie-Coll.

Butterhandlungen

Ernst Edler, St. Privatstr. 12.

„Götzs. feinst. Schleißbutter“.

L. Hartkopf, Comeniusstraße 8.

Kluge Frauke kaufen nur

M. Marx, Zweinaundorfer Str. 6.

Reinholtz, Richard, Kreuzstr. 33.

„Kauf Traubenbutter!“

D. G. Vogel, Go., Lindenthal. Str. 17.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Bezugsquellen-VerzeichnisDer Arbeitsmarkt
Einkäufe zur Beschaffung empfohlen**Apfelweine**

Bayerische Str. 18, Nähe Bahnhof,

Eig. Kelterei Joh. Lochstämpfer.

Ausschank in Gläsern 10 PL.

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Lü., Honnrettenstr. 11.

Herm. Becker, Lü., Albertinerstr. 51b

Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87

v. Brätz, Gautzsch, Oetzscherstr.

Oswin Ficke, Juliusstr. 27.

Rich. Gimpel, Lü., Gundorfer Str. 1.

Emil Gräßbach, Mo., Steinmetzstr. 4.

Willy Hesse, Schl. Könneritzstr. 14.

Osw. Hänsel, Leut., Barneckerstr. 31.

O. Hempel, Paunsd., Johannist. 13.

Paul Heuschkel, Wahr., Bahnhofstr. 9.

Oskar Horn, Stötteritzerstr. 17.

W. Käblitzsch, Böhl.-Ehrb., Südstr. 34.

W. Kümmeler, Lü., Gutsmuthstr. 48

Otto Kind, Schl. Könneritzstr. 59.

B. Klepz, Schl. Könneritzstr. 37.

Alfred Knothe, Lü., Calvis-Str. 23.

Karl Oehm, Lü., Rietzschelstr. 19.

Leipziger Brotfabrik

Ges. Käthe, Fab. & Co.

Leipzig-Eutritzscher

gar. rein. Roggenbrot

Vollgewicht 17.4379.

Rich. Pünkt, Lü., Henricistr. 12.

Max Rahmig, Rdn., Gemeindestr. 3.

Wilh. Reinhart, Lü., Lützner Str. 83.

Max Rohne, Lü., Gundorferstr. Großmstr.

Franz Rüthig, Stötz.

Gust. Salomon, Delitzscher Str. 69.

liefer. garantiert reines Roggenbrot

m. Vollgewicht. Tel. 8808.

Schnook, Ernst, Mo., Hallische Str. 54.

Fr. Schreiter, Oetzsch, Oststr. 3.

K. Schröter, Lü., E. Kais.-u. Gießstr.

A. Schwendler, Barnack. Str. 18.

H. Selle, Lü., Ecke Lützner- u. Josefstr.

Arno Seyfarth, Wahren, Bahnhofstr.

Franz Springer, R. Kuehengart. Str. 3.

W. Steinkopf, R., Gemeindestr. 11.

E. Volkmann, Lü., Gundorferstr. 39.

O. Wagner, Neurd., Cicilienstr. 23.

H. Wittek, Schönfeld, Südstr. 13.

Beerdrigungsanst. u. Sargm.

W. Fuchs, verv., Vo., Bogislawstr. 28.

Hugo Irmer, Könneritzstr. 64.

Ernst Koenz, Lindenauer Str. 5.

Gebr. Reiche, Zschöcherstr. Lü., Ltz. Str. 48. Könn. Str. 38.

Otto Rühlich, Lü., Marktstr. 8.

W. Stenzgrüber, Go., Eisenach. Str. 34.

M. Verbeck, Kirchstr. 82.

Bettfedern, Betten, Reinigung

Ad. Kirschberg, N., Reichsstr. 39.

H. Olding, Südstr. 2.

A. Petzold, Lü., Birkennstr. 12.

„Pura“, Wittenbergerstr. 38.

J.C. Schwartz, Brühl 50. Gg. 1706.

reelles Gewicht, reine Ware, Hospitalstr. 26.

O. Tröhl, Wahr., Hospitalstr. 26.

Rob. Zeugner, Dresdenstr. 47.

Bildereinrahmungen

Friedr. Frinkel, Elisabethstr. 8.

Hennig & Nagel, Gorberstr. 56.

Vorm. M. J. L., Zeitstr. 35. Hof. L.

„Einrahmung z. Fabr.“

G. Kretschmar, Zeitstr. 37.

Zeitstr. 37. Spez. Spiegel u. Bild.

Wilhelm Niedling, Kolonadenstr. 3.

R. Städler Nach., Zeitstr. 1, Leipzig.

billigst. Werkstatt. Emil Vogel, Bayersche Str. 20.

Brauerien, Bierhandl.

Brauerei Burghausen-Leipzig,

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. August.

Geschichtsalmanach. 2. August 1780: Aufhebung der Feudalrechte in Frankreich. 1815: Der Dichter und Literaturhistoriker Adolf Friedrich Graf v. Schack in Schwerin geboren († 1894). 1848: Der englische Novellist Frederick Marryat in Langham (Norfolk) gestorben (* 1792). 1882: Jollvereins-Handelsvertrag mit Frankreich.

Sonnenaufgang: 4,21, Sonnenuntergang: 7,50.
Mondaufgang: 12,30 vorm., Monduntergang: 6,27 nachm.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 3. August.

Nordöstliche Winde, allmähliche Aufheiterung, warm, vorwiegend trocken, aber urtümliche Stürze nicht ausgeschlossen.

Aus der Rechtsprechung in Unsachsen.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts haben Unfallverletzte auch dann Anspruch auf Entschädigung, wenn sie sich den Betriebsunfall durch eigenes Verschulden zugezogen haben. Das geht aus dem Gesetz klar hervor, denn § 8 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, sowie § 7 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft besagen, daß dem Verlehrten und seinen Hinterbliebenen ein Anspruch nur dann nicht zusteht, wenn er den Unfall vor sätzlich herbeigeführt hat. Eigene Verschulden, Leichtsinn etc. ist aber kein Vorwand. In einer früheren Entscheidung gab das Reichsversicherungsamt der betreffenden Gesetzesbestimmung folgende Auslegung: „Durch die Entschädigung auch der grobfaßlängig herbeigeführten Unfälle wollte der Gesetzgeber einerseits den verbitternden Prozessen über die eigene Verschuldung der Arbeiter ein Ende machen und anderseits der nun einmal vorhandenen menschlichen Schwäche und der erfahrungsmäßig eintretenden Abtäuschung der Arbeiter gegen die Betriebsgefahren in gewisser Weise Rechnung tragen.“ Entsprechend diesem Grundzweck sind denn auch Fälle dieser Art in der Regel zugunsten der Verlehrten entschieden worden. So ist z. B. der Rentenauspruch eines Arbeiters, der anlässlich einer Schlägerei im Maschinenraum der Dampfmaschine zu nahe kam und verletzt wurde, als begründet anerkannt worden. Auch wenn durch Verlehrten eines beim Betrieb nicht beteiligten Dritten ein Unfall herbeigeführt wird, so ist das ohne Einfluss auf die Entschädigung. Dass trotz des klaren Wortlauts des Gesetzes und trotz der ständigen Rechtsprechung von Berufsgenossenschaften versucht wird, in solchen Fällen Rente zu verweigern, geht daraus hervor, daß eine landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft die Entschädigungsansprüche eines Verlehrten zurückwies, weil letzterer bei Ausübung einer Betriebsfähigkeit eine hierauf bezügliche Polizeiverordnung nicht beachtet hatte und infolgedessen verunglückte. Das Reichsversicherungsamt hat dem Verlehrten aber Rente zugesprochen, weil selbst dann, wenn ein Unfall sich bei einer Betriebsfähigkeit ereignet, die gegen eine Polizeiverordnung verstößt, die Entschädigungspflicht nicht ohne weiteres ausgeschlossen wird.

Die Bezeichnung: qualifizierte Arbeiter, kommt in der Unfall-Rechtsprechung nicht selten vor. Man versteht hierunter solche Arbeiter, deren Berufstätigkeit besondere Eigenschaften, Kraft, Gewandtheit, scharfes Sehen, Intelligenz usw. voraussetzt. Bei solchen Personen wird dann gewöhnlich die durch einen Betriebsunfall herbeigeführte Erwerbsbeschränkung etwas höher eingeschätzt als bei andern Arbeitern. Nun hat unlängst das Reichsversicherungsamt entschieden, daß Kutscher hinsichtlich der Entschädigung für den Verlust eines Auges den sogenannten qualifizierten Arbeitern nicht zuzurechnen oder gleichzustellen sind. Der betreffende Verlehrte erhob Einspruch gegen die Herabsetzung einer sieben Jahre lang bezogenen Teilrente von 33½ Prozent auf 25 Prozent und meinte, daß er als Kutscher den qualifizierten Arbeitern gleichzustellen sei, da der Staub sowie das Leben und Treiben auf der Straße einen einäugigen, in seinem Gesichtsfeld beengten Kutscher stets eheblicheren Gefahren aussehe und da die mit der Einäugigkeit verbundene Entstellung ihn den Arbeitsmarkt beschränke. Das Reichsversicherungsamt hat diese Gründe nicht gelten lassen. Der Beruf als Kutscher erfordere zwar eine besondere Umsicht und Aufmerksamkeit, aber kein besonders feines und scharfes Sehen. Er sei in seinem Berufe regelmäßiger keiner höhern Gefahr für sein Auge ausgesetzt als der Durchschnitt der Arbeiter; das gleiche trifft auch bezüglich der Entstellung zu. Die mit dem Verkehr auf dem Fahrradom verbundene Gefahr sei für einen Kutscher nicht größer, als für jede andre Person, deren Tätigkeit sie in den Straßenverkehr bringt.

Bei Eintreten einer Besserung der Unfallsfolgen ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, die Rente dem Grade der tatsächlich noch bestehenden Erwerbsunfähigkeit entsprechend herabzusehen, ohne Rücksicht auf frühere Rentenfeststellungen. Einem Unfallverletzen war die Rente von 50 auf 30 Prozent herabgesetzt worden. Er gab nur eine Besserung um 10 Prozent zu, und das Schiedsgericht trat seiner Auffassung bei und setzte die neue Rente auf 40 Prozent fest; die ursprüngliche Rente sei zwar etwas hoch bemessen gewesen, aber die Berufsgenossenschaft sei hieran gebunden und dürfe nur insoweit fürzen, als die tatsächliche Besserung betrage. Das Reichsversicherungsamt hat diese Entscheidung aufgehoben, indem es den Standpunkt der Berufsgenossenschaft einnahm, wonach die anderweitige Rentenfestsetzung auf das Maß zu erfolgen hat, das der neuerlichen Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit tatsächlich entspricht. Es sei auch bisher in allen Fällen, in denen zwar eine eingetretene wesentliche Besserung der Unfallsfolgen anerkannt, gleichwohl aber die Überzeugung gewonnen wurde, daß die alte Rente auch noch dem neuen Zustand des Verlehrten entsprach, eine Rentenminderung für unzulässig erklärt worden.

Kinder-Walberholungsstätten.

Allerorten hat man in den letzten Jahren Walberholungsstätten für Kinder gebaut, um, dem Zuge der Zeit folgend, praktische Kinderfürsorge zu treiben.

Namentlich in dem seit etwa einem Jahrzehnt energisch geführten Kampf gegen die Tuberkulose, der verheerendsten aller Volksseuchen, hat man sich der Jugend angenommen aus der sicheren Erkenntnis heraus, daß man das Kind behandeln muß, wenn man den Erwachsenen vor dem Tuberkulosetod bewahren will. In nächster Nähe der Stadt, mitten im grünen Wald errichtet, mit der Straßenbahn bequem zu erreichen, sind diese Erholungsstätten mit den einfachsten Mitteln ausgestattet. Hier hinaus wird täglich früh am Morgen die große Masse der körperlich minderwertigen Kinder, die Blutarmen, Strophulösen, Engbrüstigen, Appetitlosen, Drüsentränen, geführt, um sie aus ihren dumpflichen Großstadtwohnungen, in die sie am Abend wieder zurückkehren, und dem Staub der Straßen hinaus in den frischen grünen Wald zu bringen. Einfache aber kräftige Kost und der dauernde Aufenthalt im Freien, bei ungünstiger Witterung in gedeckten Hallen, geben den Kindern rasche Erholung und Stärkung ihrer Gesundheit gegen die Gefahren der Krankheiten. Spiele im Freien, kleine Handarbeitsarbeiten, Freilübungen und einige Unterrichtsstunden wechseln mit streng durchgeführten Viegeluren — und alles das im Freien — ab, und nebenbei genießen die Kinder praktische Unterweisung in hygienischen Dingen, zur Reinlichkeit, Ordnung u. s. f. Die Erfolge sind denn auch in allen Kinder-Walberholungsstätten recht günstige: Gewichtszunahme und Kräftigung des Körpers, aber auch geistige Erholung, da durchweg nachher eine Besserung des Fleisches, der Aufmerksamkeit und der Aufnahmefähigkeit in der Schule festzustellen ist. So kann man sagen, daß die für die Kinder-Walberholungsstätten aufgewendeten Mittel sich vollauf rechtfertigen lassen.

Milchregulative und Milchzettigehalt.

er. Eine Entscheidung von allgemeinem Interesse fällt der Strafanstalt des sächsischen Oberlandesgerichts. Nach dem städtischen Milchregulativ darf nach Chemnitz nur Vollmilch, Magermilch, Kindermilch, Sahne und Buttermilch eingeführt werden. Vollmilch muss einen Fettgehalt von mindestens 2,8 Prozent aufweisen. Magermilch ist nach dem Regulativ Milch, wo der Rahmen ganz oder teilweise abgenommen ist. Wegen Übertretung dieses Regulativs ist der Milchgroßhändler Schneider in Chemnitz schon wiederholt verwarnt und bestraft worden, jedoch ohne Erfolg. Sch. bezieht täglich von auswärtis 3000 bis 4000 Liter Vollmilch, die sofort auf dem Bahnhof in Bottiche von je 500 Liter Inhalt gegossen werden. Nach seinen eigenen Angaben wird diese Milch allmonatlich nur zweimal auf ihren Fettgehalt hin untersucht. Das ist die ganze Kontrolle, die Sch. nach dieser Richtung hin ausübt. Am 9. Februar d. J. wurden wieder aus verschiedenen Geschäften Proben entnommen, gerade in dem Augenblick, als die Kutscher die Vollmilch in den Verkehr bringen sollten. Dabei wurde festgestellt, daß die Milch nur einen Fettgehalt von 2,8 Prozent aufwies. Daher wurde Sch. erneut wegen Übertretung des Regulativs verurteilt. Dabei war das Landgericht von der Ansicht ausgegangen, daß der Angeklagte zwar nicht wissenschaftlich, aber fahrlässig gehandelt habe, weil er sich nicht sicher über den Fettgehalt seiner Milch vergewissert habe. Zu seiner Verteidigung hatte der Angeklagte vorgebracht, daß Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt geschehen solle. Als Magermilch könne man sie doch auch nicht gleich ansehen, denn unter dieser verstehe das Regulativ sei rechtungsläufig, der Stadtrat habe mit Erlass des selben seine Kompetenz überschritten. Zugem enthält das Regulativ insofern eine Lücke, als nicht gesagt werde, was mit der Milch unter 2,8

einem andern einem Knaben einen Herrenanzug abschwindelte, den die Betrüger schmunzeln zu Gelde machen.

In der Katharinenstraße wurde einem Gartnereibesitzer das Fahrrad gestohlen. Kurz darauf traf der Bestohlene den Dieb mit dem Rad im Schuhmachergässchen und veranlaßte seine Festnahme. Man erkannte in dem Dieb einen 19-jährigen Bädergesellen aus Lüttich.

Bereiter Einbruch. In den frühen Morgenstunden wurde der Inhaber einer Parterrewohnung in der hohen Straße durch ein Geräusch aufgeweckt. Beim Erwachen sah er einen Menschen, der eben einsteigen wollte, nachher aber schmunzelt wieder auf die Straße hinabsprang und leider entfam.

Einbrüche und Diebstähle. Mit Hilfe von Schlüsselkettchen stahlen Diebe aus einer Wohnung der Molkenstraße verschiedene Silbersachen, als Schloßkettchen, Kassettenschlößel, eine silberne Tortenschaukel, Speisekettchen, Gabeln und andre Sachen; ferner wurde auch in einer Wohnung der Kohlgartenstraße und in einem Geschäft am Georgiring eingebrochen. Doch fiel hier den Dieben nicht viel in die Hände.

Weiter wurde ein Einbruch in einer Buchhandlung der Universitätsstraße verübt. Die Spione sprangen mehrere Behältnisse auf, doch fanden sie das jedenfalls erhoffte Geld nicht.

Aus einer Gastwirtschaft der Promenadestraße stahlen Diebe verschiedene Lebensmittel und Zigaretten und aus einer Wohnung der Halleischen Straße im Mödern ein kleines rotledernes Damenportemonnaie mit einem Geldbetrag von 110 Mark.

Weiter entwendeten Diebe aus einer Dienstbotenkammer in der Wiederitzscher Straße eine goldene Damenuhr mit dem eingravierten Namen Frieda Thiemar samt goldner Kleingliederkette, verschiedene andre Schmucksachen und ein Paar neue Schnürschuhe und in der Schulstraße aus dem Toiletteraum eines Hotels einen Brillantring im Werte von 300 M., auf dessen Herbeischaffen 100 M. Belohnung ausgeschaut werden.

In der Löhrstraße wurde ein Fahrrad Stöwers Greif Nr. 115 005 gestohlen.

Cannstadt-Ludwigsburg.

Wer kann uns also nich geerd —
Da werd mer sich wohl freien dersen!
Denn wenns eich n n nich schwunzig werd,
So habber sehr schdark Nerven.
Wie dasen hammer eich gelagd —
's schdieg off de allerhechsten Beine;
Nu gratder 'n Bustel eich un dragn
De Gnechelchen in Schnubbdach heeme.
Denn was er och habd ausgehebd
Un was fer Schwindel ihn erkundet —
Ihr werd ähm doch in Sad gefchobbd
Un nachher werder zugebunden.
Wo ihm mild uns zusammenreind,
Da saht mersch gomm, daß met eich fadden,
Da habber hinterher geklend,
Weil mir eich in de Siise hacden.
Dah siehd ähm och a schwacher Gobb
Un leichtd ißes zu beweisen:
Ihr seid a ahler Teberdobb
Un mir, mir sein a Dobb von Eisen,
Un der is schdark un gunn schwach
Un wo die midennander rausen,
Da gibts a färchterlichen Grash
Un hinderher — a Scherwelhausen.
Dah is nu schon der vierde Siz,
Den se und gnärschend iwerlassen,
Un nächstens zuckd der firsde Bliz —
Der werd den Briedern och nich bassen.
Der arme nahzenale Zwerg
Schad gans vergeblig seine Fazzen —
Erschd breschen mern in Wärdenberg
Un denn verhauen mern in Sachsen!

Beim deidschen Volke hammt verschied
De nahzenalen Hahnebambe;

Nur Niederslagen wern ergielt —

Da hilft gans esbach gec Geschrambel.

Un mid de heren von Halm un Ar,

Da wern mer sicher ooch nich fadeln;

Der helle is, den isses glar,

Dah mer se färchterlich verwakeln.

F. M.

Gerichtsstaat.

Oberkriegsgericht.

Für den Tod eines Soldaten drei Monate Gefängnis. Der Feldwebel Enke vom 100. Regiment war am 4. Juni in Haft genommen worden, weil er auf dem Dienst bei einer Schießübung den Gefreiten König aus einer Entfernung von 100 Metern durch einen Schuß so schwer verletzt hatte, daß der in den Unterleib getroffene am andern Tage im Lazarett verstarb. Nach den Gutachten der Aerzte, die König behandelt haben, ist dessen Tod durch Herzschwäche eingetreten. Durch den starken Blutverlust war König, der wenige Stunden nach dem Unfall operiert wurde, vollständig entkräftet. Wie der Leichenbefund ergab, war durch das Eintreten großer Blutmengen in die Brusthöhle der Tod König's beschleunigt worden. Enke war wegen schulhafter Verabsäumung der ihm obliegenden Beaufsichtigung Untergetrieben sowie wegen unvorsichtiger Behandlung der Waffe (Vergehen nach § 147 und 148 des Militärstrafgesetzbuchs) straflich vom Amtsgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, wie wir berichteten. Diese Strafe war ihm jedoch zu hoch, weshalb er Berufung einlegte, die gestern vor dem Oberkriegsgericht zur Verhandlung kam. Enke bekannte sich nicht schuldig. Es wurde aber, wie in der Vorinstanz erwiesen, daß er, bevor er den verhängnisvollen Schuß abgab, zwar vom Schießenstande aus ein Zeichen zum Schießen gegeben, aber nicht ausgewarnt hatte, daß ihm von der Anzeigermannschaft Antwort durch Abgabe des üblichen Zeichens (das Herausziehen einer Ecke) gegeben worden war. Verschiedene ungünstliche Umstände kamen hinzu. So hatte der Angeklagte sich nicht vergewissert, aber die Anzeigermannschaft der Vorrichtung gemäß in dem Staube eingetragen war. Zusätzlich hatten zwei Scheiben nicht funktioniert. Um dieses Hindernis zu beseitigen, war der Getötete aus der Deckung herausgetreten, was er nicht hätte tun können, wenn die Mannschaft vorrichtungsgemäß eingeschlossen gewesen wäre. Das Oberkriegsgericht gelangte nach der fast sechsstündigen Verhandlung zu demselben Ergebnis wie die Vorinstanz. Es erkannte deshalb auf Berufung der Berufung. Der Verteidiger hatte den Antrag gestellt, den Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Das Gericht gab diesem Antrage nicht statt, da hierüber der kommandierende General als Gerichtsherr zu entscheiden habe. Enke erklärte, daß er sich dem Urteil unterwerfe.

Soziale Rundschau.

18905 Stiche Unterzählung — kein Betrag.

Vor einiger Zeit hatte ein Sticker auf Veranlassung der Ortsverwaltung des Textilarbeiterverbandes in Halberstadt gegen den Stidereibaranten Hermann Otto Lüderer in Elsfeld Anzeige wegen Betrugses erstattet. Der Anzeige lag, wie der Textilarbeiter schreibt, folgender Tatbestand zugrunde: Auf einem von Lüderer fabrizierten Stidereikragen war eine Stichzahl von 09200 Stichen verzeichnet. Der betreffende Sticker brauchte aber, um den Kragen fertig zu sticken, 3½ Tage und nahm daher mit Recht an, daß dieser Kragen unterzählig sei, und zwar setzte er eine Differenz von 30000 Stichen voraus. Jeder Fachmann muß zugeben, daß diese Differenzangabe nicht zu hoch gegriffen ist, denn wenn eine Tagesleistung von 40000 Stichen als Grundlage gilt, wäre die Differenz noch bedeutend höher, nämlich 37000 Stiche. Die Staatsanwaltschaft hat nun am 4. Juli dem Anzeigerstatter mitgeteilt, daß das Verfahren gegen Lüderer eingestellt worden ist. Sie gibt dafür folgende Gründe an: Die

Differenz in der Stichzahl beträgt nicht 30000, sondern nur 18000 Stiche. Lüderer und sein Stidemeister leugnen, diese Differenz gekannt zu haben. Der Zeichner Rosenkranz als Vertreter der betreffenden Stidereishablonen erklärt, daß er sich bei der Auszählung der Stiche jedesfalls geirrt (?) habe. Er gibt gleichzeitig an, daß er die Originale vernichtet habe (warum wohl?), und kann sich nicht mehr bestimmen, da an den Stichzahlen der Originale Maßuren oder sonstige Veränderungen vorgenommen worden sind. Also in diesem Falle Gedächtnisschwäche. Besonders muß es nun erweisen, daß die Staatsanwaltschaft bei dem Zeichner Rosenkranz, also denselben, der sich in der Stichzahl geirrt hat, der die Originale vernichtet hat, und der, als es sich darum handelt, festzustellen, ob Maßuren oder sonstige Veränderungen an den Stichzahlen vorgenommen worden sind, an Gedächtnisschwäche litt, die Nachzählung der Stabilen vornehmen ließ. Es liegt doch jedenfalls die Befürchtung nahe, daß sich Herr Rosenkranz wiederum geirrt hat. Unserer Meinung nach hätte die Staatsanwaltschaft hier schärfer zugreifen müssen. Wir bezweifeln, daß dieser Kragen der einzige ist, durch den die Sticker an ihrem Verdienst geschädigt worden sind.

Als die Stiderearbeiter im Kampfe durch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sich besanden, da wurde denen, die durch Unkenntnis der Gesetze sich vielleicht verleiten ließen, ein mittleres Element der heutigen Gesellschaft, „einen Streitbrecher“, auch nur schlecht anzusehen, mit aller Deutlichkeit klar gemacht, daß es noch Gesetze und Richter gibt. Wenn aber dieselben Stiderearbeiter gegen die dunklen Manipulationen, denen sie immer noch ausgesetzt sind, die Hilfe des Gesetzes in Anspruch nehmen wollen, versagt es in den meisten Fällen. Der Fabrikant Lüderer hat, natürlich ebensfalls, ohne daß er etwas davon wußte, sich auch noch in anderer Weise am Lohn der bei ihm beschäftigten Sticker bereichert. Seit dem 25. Januar 1908 hat er seinen Stidern wöchentlich 45 Pf. Rentengeld berechnet, an die Kasse aber nur 44 Pf. abgeliefert. Auch hier lehnt die Staatsanwaltschaft ein Eingreifen ab, weil ja Lüderer von den höheren Beiträgen nicht gewußt hat. Lüderer hat sich in dieser Beziehung lediglich auf seinen Stidemeister verlassen, und da ihm eine Vereicherungsabsicht nicht nachzuweisen ist, ist das Verfahren ebenfalls eingestellt.

Gehälter im Buchhandel.

Im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, dem Organ der Unternehmer im Buchhandel, finden wir in der Nummer vom 27. Juli folgendes Inserat:

Zuverlässiger Sortimentier zur Führung meines II. Geschäfts mit einer Einlage von A 2000.— zum 1. Gesucht. Anfangsgehalt A 110.— Angabe. m. Bild u. Zeugen. unter Nr. 2788 an die Geschäftsstelle d. V. B. erbeten.

Die Unverantwortlichkeit, die aus diesem Inserat spricht, spricht wohl Bände. Zur Führung eines Geschäfts sucht man einen Handlungshelfer, der zuverlässig sein soll und hat die Stärke, diesem Glücklichen das fürstliche Gehalt von 110 Mark zu bieten. Zweifellos will der Inserent einen älteren, erfahrenen Mann engagieren, dem er für die „zuverlässige“ Leitung seiner Filiale ein Gehalt bietet, das er seinem Händler kaum anbietet wird. Rechnet man eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden, die — ohne die gewiß auch verlangte Sonntagsarbeit — sicher zu leisten ist, so ergibt das den horrenden Stundenlohn von 35 Pfennigen. Woher der Handlungshelfer, der auf dieses Inserat hineinfällt, die 2000 Mark haben soll, die als Einlage verlangt werden, das mögen die Götter wissen. Etwas Schamgefühl scheint der Geschäftsinhaber ja zu haben, sonst hätte er den Mut gehabt, sein Inserat mit seiner Firma zu zieren.

Arbeiter! Erwerbt das Leipziger Bürgerrecht.

Vielen Kranken Gefundung

durch Trinkuren im Hause mit Lamscheider Stahlbrunnen, der von Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Liebreich als ein Heilshaus ersten Ranges bezeichnet worden ist.

Nachdem ich schon viele Jahre an Magen- drücken, Appetitlosigkeit, Aufstoßen, Sodbrennen, allgemeiner Nervenschwäche und in letzter Zeit an großer Müdigkeit und schlaflosen Nächten gelitten habe, machte ich einen Versuch mit dem mir empfohlenen Lamscheider Stahlbrunnen und war ganz erstaunt über die überraschenden Erfolge damit. Ich bin ein ganz anderer Mensch geworden, der Appetit ist sehr gut und alle meine Velden sind vollständig verschwunden.“ — Die bestellte Sendung Lamscheider Stahlbrunnen habe ich im Frühjahr erhalten und kann Ihnen nur mitteilen, daß derselbe wie ein Wunder auf meine langjährigen Magenschmerzen, welche mich oftmaß fast bis zur Verzweiflung getrieben haben, eingewirkt hat.“ — „Es freut mich, über den wunderbaren Heilstrank, der sich glänzend bewährt hat, Mitteilungen machen zu können. Die Beschwerden sind verschwunden; Kräftigung des Körpers, Appetit und ruhigen Schlaf habe ich wieder erlangt. Ich kann nun wieder arbeitsfreudig in meinem Berufe wirken.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkuren im Hause warm empfohlen. Keine Berufshörung. Ausführliche Mitteilungen über Kurersfolge, Anwendungsbereit und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf W. 40.



Urteil

über Hanagawa-Schönheitspflege.

Nachsteh. Zeilen sprechen für sich selbst.

Herrn Erich Klämbt, Steglitz.

Im Besitz Ihres Hanagawa kann ich Ihnen schon nach wenigen Tagen die erfreuliche Mitteilung machen, daß es ganz vorzüglich ist. Ein unvergleichlich wohltuendes, erfrischendes Gefühl hat man nach jeder Waschung mit Hanagawa und muss sich dasselbe bald den ersten Platz erobern. Wie Ihr **Teerfreund** zur Haarwäsche tadellos ist, so Hanagawa für die Haut von wunderbarem Einfluss. Beides sollte auf keinem Toilettentisch fehlen.

*4186 Hochachtend Frau E. Z.

Hanagawa-Sauerstoff-Mandelklele

ist überall zu haben in eleganten Streudosen à 50 Pfg. und 75 Pfg., in Probekleid à 20 Pfg.

Teerfreund in Beuteln à 20 u. 30 Pfg., in Flaschen, mehrere Monate ausreichend, à Mk. 1.50.

Fabrikant: Chemische Fabrik Erich Klämbt, Steglitz-Berlin.

Aufklärung.

Mehr als 2000 Aerzte empfehlen u. verwenden im eign. Gebrauche unsere hygienische Erfindung.

Eheleute erhalten

gratis Prospekt durch unsere Vertrags-

fr. an Dr. W. Sohnes Böhl. I., Berlin.

Hand. u. homöopath. u. Lohthilfverl.

Alles verschl. Briefg. Freimarkt.

Schnell trocknend! *

nicht nachziehend!

Fußboden-Delgarbe

streifertrockig, 1 Pfund 40 Pfg.

Fußboden-Lackfarbe

1 Pfund 80, 80 und 100 Pfg.

bei **Gustav Hoffmann**

Anger, Zweinaudorfer Str. 6.

Gute Waschgefäße, Pferdeelmer.

Reub., Gemeindestr. 42, F. Merfel.

Neugebauer

alad. geb. (nicht appr.) Prakt.

(fr. an Dr. W. Sohnes Böhl. I., Berlin)

Hand. u. homöopath. u. Lohthilfverl.

Geschlechts-, Haut-, * Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-,

Drüsenleid, Infektion, Rheumat.

Schläfle, Gicht, Wasserleber, —

Neul. Spezial-Lichtbehandl. von

Frauenleiden, besond. Weißblush.

Langjähr. Erfahrung, vora. Erfolge.

Klostergasse 24, Fabrikhalle.

Sprechzeit: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1.

8-12, 2-0,

Elektr. Lichtbäder, Sonnt. 9-1.

Damen wochentags 10-12, 3-6.

Arbeiter-Frauen!

Besicht. Euch bei Einkäufen

auf die Leipziger Volkszeitung.

Bullen

Kälber

Schafe

Schweine

Verkauf:

Geschäftsgang:

Verkäufer

Käuter

Schafe

Schweine

Verkäufer

Geschäftsgang:

Verkäufer

Geschäftsgang:

Verkäufer

Geschäftsgang:

Verkäufer

Geschäftsgang:

Verkäufer

Bericht des Agitationskomitees für das Geschäftsjahr 1909/10.

11. Die Maifeier

sie in diesem Jahre auf einen Sonntag. Wenn auch die Arbeit infolge der Sonntagsruhe ohnehin ruhte, so änderte doch diese nicht das geringste an dem Kampfcharakter der gewaltigen und imposanten Demonstration. Hatte doch die diesmalige Feier eine erhöhte Bedeutung und stand unter dem Zeichen der Wahlentstaltung und Aussperrung der Bauarbeiter. Vom Komitee waren in Erwartung der stärkeren Beteiligung nach 13 Lokalen des Stadtgebietes für 1/2 Uhr mittags die Genossen und Genossinnen zu Vorversammlungen zusammenberufen. Nach einer kurzen Ansprache in diesen Lokalen strömten dann die Massen nach dem Sammelpunkt, dem König-Albert-Park am Bismarckdenkmal, wo der Zug Aufführung nahm und sich formierte.

In den einzelnen Trupps, die nach dem Sammelpunkt zogen, stießen dann die Scharen, die in den überfüllten Versammlungen keinen Platz gefunden hatten.

Die in den Vorversammlungen gelübte Kontrolle gibt kein vollständiges Bild der Beteiligung, geschweige denn vom Demonstrationszug und dem Aufmarsch des Festplatzes. Hunderte von Besuchern haben bei der Halle der Versammlungen keine Kontrolle erhalten und ausgefüllt.

Gegen 1 Uhr setzte sich dann der Demonstrationszug unter den Klängen von Arbeiterliedern in Bewegung, seinen Weg durch die Karl-Liebknecht-Straße, Königsplatz, Königs-, Tal- und Hospitalstraße nach Thonberg und dem Festplatz des Brauereigartens in Südstadt nehmend, wo er um 3 Uhr eintraf. Die Beteiligung am Zuge wird — selbst von gegnerischer Seite — auf mindestens 50 000 bis 60 000 Personen geschätzt. Auf dem Festplatz selbst standen am Nachmittage noch fünf Versammlungen statt, von denen vier im Freien abgehalten wurden, in welchen die Genossen Dößmann-Danau, Dößmann-Sollingen, Lütlich- und Koch-Leipzig über die Bedeutung der Maifeier sprachen, während in der Halle der Genosse Lange-Leipzig die Festrede hieß.

Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die herrschenden Klassen versuchen gegenwärtig mehr wie je, die Forderungen der Arbeiterschaft nach politischen Rechten, nach einem vernünftigen und verbesserten Schutz der Arbeiter, der Frauen und der Kinder durch reaktionäre Gesetze zu verteidigen. Von Jahr zu Jahr schwächt in allen Ländern das Heer der für den Kulturaufstieg der unteren Volkschichten tätigen Streiter an. Die alten Herrschafts- und Ausbeutungsgesellschaften fühlen sich in ihrer Existenz bedroht und können sich nur noch durch die nackte Gewalt halten. Ammer erbitterter werden die Kämpfe auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Die Unternehmer wenden brutal die Aussperrungsmaße auch wegen der winzigsten und noch so berechtigten Forderungen an; die Staatsgewalt stellt sich auf ihre Seite und so werden diese Kämpfe auch zugleich politische. Die Versammelten geloben nun aufs neue, den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen neue Streiter zuzuführen, bis die Organisationen so mächtig sind, daß sie die Kapitalburgen stürzen können.

Die Versammelten geloben weiter, den Kampf um die politischen Rechte in Staat und Gemeinde unablässig bis zur Erreichung des Ziels, der völligen politischen Gleichberechtigung aller Erwachsenen ohne Unterschied des Geschlechts zu führen.

Um die Arbeiterbevölkerung vor Degeneration zu bewahren, wird die alte Kulturforderung des internationalen Proletariats: der Achtsumentag, erhoben, wird ein wisser Arbeiterzuhörer, wird das Koalitionsrecht für alle Arbeiter verlangt.

Veranstaltet wurden innerhalb des Agitationsbezirks von 24 Orten Maifeiern, zu denen vom Sekretariat Redner gestellt waren.

Der Bezirks-Malfonds ist durch die Vereinbarung mit den Gewerkschaften unter bestimmten statutarischen Bestimmungen gegründet worden und wird von einer gemeinschaftlich eingesetzten Kommission verwaltet.

Abrechnung vom Bezirks-Malfonds.

Durch Beschluss der Parteiversammlung vom 8. April und des Gewerkschaftssekretariats vom 11. April 1910 wurde, nach den Beschlüssen des Gewerkschaftscongreses in Hamburg und des Parteitags in Leipzig, der Bezirksmalfonds für den Bezirk Leipzig geschaffen. Am 10. April konnten die Marken ausgegeben werden. Infolge dieses verhältnismäßig späten Termins haben die einzelnen Organisationen die Marken auch erst später ihren Unterlassern übermitteln können, wodurch die Abrechnung wesentlich verzögert worden ist. Trotz mehrfacher Aussortierung hat auch jetzt der größte Teil der Organisationen noch nicht abgerechnet, so daß die zu gebende Abrechnung nur ein unvollständiges Bild gibt. Dem Fonds wurden die gemäß des Altenberger Beschlusses im Jahre 1909 vereinbahrten Gelder in Höhe von 4861,48 Mark überwiesen. Nach dem gingen auf Grund jenes Beschlusses noch geringe Gelder ein, sowie die Erträge einer Sammlung in Markranstädt und bei der Firma Reitta, insgesamt 124,00 Mark.

An Malfondsmarken lieferten ab:

	Marken à 20 Pf.	Marken à 10 Pf.	M	A
Blumenarbeiter	5	16	2	60
Böttcher	107	—	21	40
Buchbinden	2008	1518	552	40
Buchdrucker	1051	—	210	20
Buchdruckereihilfsarbeiter	852	860	106	40
Bureauangestellte	65	—	18	—
Cigarrensortierer	52	10	11	40
Fabrikarbeiter	2008	408	409	20
Kleischer	150	—	80	—
Glaser	200	—	40	—
Holzarbeiter	2064	50	508	70
Lagerhalter	80	—	16	—
Lederarbeiter	88	—	6	60
Maurer	599	—	119	80
Metallarbeiter Leipzig	7982	45	1600	90
Metallarbeiter Markranstädt	219	—	48	80
Notensieder	219	—	48	80
Schuhmacher	102	—	20	40
Steinarbeiter	180	—	88	—
Stoffläuter	185	—	27	—
Tafelarbeiter	52	70	17	40
Tapezierer	208	—	52	60
Transportarbeiter	8476	220	717	20
Summen	22387	2794	4756	80

Bei dem Ergebnis ist zu berücksichtigen, daß den Bauarbeitern, Maurern und Schmiedern, soweit sie ausgesperrt

waren, die Zahlung des Betrags erlassen worden ist und hier circa 7500 Personen in Frage kommen. Es fehlen demnach in der Abrechnung bei 80 000 Gewerkschaftsmitglieder noch die Beiträge für circa 28 000 Organisierte. Soweit die politische Organisation in Frage kommt, die ja nur von denjenigen die Beiträge zu erheben hat, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, so lag die Abrechnung noch nicht vollständig vor und ist deshalb hier dort eingegangene Betrag hier noch nicht in Rechnung gestellt worden.

Die Kassenübersicht ergibt folgendes Bild:

Einnahmen	
Überweisung der Taggelder	4861,40 M.
Taggelder und Sammlungen	124,65 "
Malfondsmarken	4756,80 "
	9742,85 M.

Ausgaben.

Marken	M
Kontobuch und Stempel	6,—
Revisionsunfosten und Porto	1,40 "
Deponiert	9458,48 "
	9525,88 M.

Kassenbestand 216,97 M.

Leipzig, 17. Juli 1910. Mich. Elpinati, W. Ploog.

Die Reorganisation des Kinderschuhes:

Da die Überwachung und Durchführung der Kinderschuhgesetze von den dazu verpflichteten Organen, der Gewerbeaufsicht und der Gewerbeinspektion durchaus nicht voll diesem wichtigen Gebiete entspricht, sei es aus Mangel an sozialem Verständnis oder aus anderer in diesen Instituten selbst begründeten Ursachen, beschäftigt sich wiederholt Parteitag, Gewerkschaftscongresse und Frankenkonferenzen mit dieser Frage. Die Konferenzen wiesen wiederholt auf die Notwendigkeit hin, daß die organisierte Arbeiterschaft die Kinderarbeit überwache. Der Leipziger Parteitag und der Gewerkschaftscongres in Hamburg faßte entsprechende Resolutionen.

Das Agitationskomitee und der Ausschuss des Gewerkschaftssekretariats beschäftigten sich mit den Beschlüssen und der Neorganisation der Kinderschuhkommission.

Die gemeinsamen Beratungen führten zur Aufstellung folgender von der Parteiversammlung des 12. und 13. Reichstagswahlkreises am 8. April und von der Kreistagerversammlung am 11. April 1910 anerkannten Grundlinien.

Der Parteitag in Leipzig.

In der Zeit vom 12. bis 19. September tagte zum erstenmal der deutsche Parteitag in Leipzigs Rauern. Eine Menge von Arbeiten zur Arrangierung und Beherbergung derselben waren vorgenommen. Galt es doch, hier auf parteiisch politischem Boden, dem Parteitag eine würdige Stätte zu bereiten. Das Parteitagskomitee hatte denn auch frühzeitig seine Vorbereitungen begonnen und schnell abgewickelt. Nur der Neubau des Volkshauses hatte sich unlösbar verzögert, so daß kurz vor dem Parteitag Zweifel entstanden, ob er überhaupt zur Eröffnung des Parteitags fertig werde. Aber auch diese Schwierigkeiten sind schließlich überwunden worden.

Die gesamten Ausgaben für den Parteitag betrugen 6707,75 Mark; die Einnahmen 4738,51 M. so daß ein Aufschluß von 1000,24 M. sich nötig machte. Dieses Defizit zu decken, haben sich die beiden Parteivergesellschaften des 12. und 13. Reichstagswahlkreises bereit erklärt.

Bezirks-Parteisekretariat.

Die Arbeiten des Sekretariats und der damit verbundenen Nebenarbeiten wachsen unausgezehlt. Vor allem waren es die letzten Landtagswahlen und der Parteitag, welche in besonderem Maße ihr Zeil im vergangenen Jahre hierzu beitragen. Besonders stören hat sich aber seit der Einrichtung des Sekretariats erwiesen, daß die Haftengeschäfte getrennt vom Sekretariat verwaltet wurden, während tatsächlich der größte Teil dieser Geschäfte durch das Sekretariat erledigt werden mußte. Die Erfahrungen auszuhändigen, hat das Agitationskomitee mit dem Beginn des neuen Geschäftsjahres eine Änderung einzutreten lassen. Wenn auch die rein geschäftlich-verwaltungstechnischen Arbeiten sich auf die einfache Weise erledigen, so nehmen sie doch — bei dem zunehmenden Umfang der Organisationen und den regen politischen Aktionen unseres Bezirks — in steigendem Maße die Zeit des Sekretärs in Anspruch.

Die beengten Raumverhältnisse des Sekretariatzimmers, welche sich besonders bei Wahlzeiten unliebsam bemerkbar machen, sowie auch eine Reihe anderer Umstände führten zur Verlegung des Bezirkssekretariats nach dem Saalgebäude des Volkshauses, Portal rechts, wofür das Sekretariat des Bezirks und das des 13. Reichstagswahlkreises nebeneinander sich befinden und so leichter eine gegenseitige Verständigung, Vertritung ermöglichen.

Die Eingänge betrugen 1907–08 178, 1908–09 912 und 1909–10 1970 Stück; die Ausgänge betrugen 1907–08 944, 1908–09 5258 und 1909–10 8157 Stück.

Ferner besorgt das Parteisekretariat die Meierentenvermittlung. Insgesamt wurden 358 Meierenten (gegen 270 im Vorjahr) ermittelt. Für politische Versammlungen im Agitationsbezirk 124, für die Gewerkschaften 74, für andre Bezirke und Wahlkreise 160 (darunter 86 zur Unterstützung der preußischen Wahlrechtsbewegung).

* In den Ausgaben der Ortsvereine befinden sich die abgelieferten Prozente der Mitgliederbeiträge an die Hauptklasse.

Aufnahmen in die Parteiorganisation wurden im Sekretariat 105 vollzogen (im Vorjahr 70), für den 12. Wahlkreis 143 und für den 13. Wahlkreis 32, Abmeldungen erfolgten 42. Parteimarken wurden ungefähr 1035 und Wahlfondsmarken 232 Stück.

An Breviätsfertigungen wurden insgesamt 47 in einer Anzahl von 984 Blatt hergestellt.

Der Sekretär nahm an 11 Generalversammlungen und Konferenzen, 20 Bezirks- und an 60 andern Sitzungen teil. Es wurden noch 30 Referate von ihm gehalten.

Kassen-Statistik.

Einnahme.

Tabelle I.

	Gesamt- Einnahme	Mitglied- beiträge		Sonstige Einnahmen		
		M	A	M	A	
11. Kreis	9035	53	6490	30	2605	23
12. Kreis	20846	57	12820	10	8026	47
13. Kreis, Ortsvereine	118152	87	107842	75	11110	12
14. Kreis	5518	46	5811	84	207	12
Summa	153853	43	131904	40	421948	94
13. Kreis Sekretariat Hauptklasse	81776	44	59038	44	422788	—

* Die Einnahmen der Hauptklasse des 13. Kreises resultieren sich aus den abgelieferten Prozentsätzen der Mitgliederbeiträge und separaten Einnahmen.

+ Inklusive Kassenbestände vom 1. Juli 1909.

Rausgabe.

Tabelle II.

	Gesamt- Rausgabe	Ver- waltung		Tele- gramm		Veran- staltun- gen		Flugblätter	
M	A	M	A	M	A				

Gemeindepolitik.

Fast in allen Orten unseres Bezirks, wo unsre Parteiorganisation Wurzeln geschlagen hat, haben unsre Vertreter auch Einzug ins Gemeindeparkt gehalten. Dieses Gebiet unserer Agitation wird immer umfangreicher. Heute dürfte es kaum einen Genossen geben, der die Beteiligung unsrer Partei an gemeindlichen Angelegenheiten nicht in vollstem Maße billigt. Haben die Gemeinden doch trotz ihres beschränkten Wirkungskreises eine Menge so wichtiger sozialpolitischer, wirtschaftlicher, kultureller und auch politischer Probleme und Aufgaben zu lösen und zu erfüllen, daß die umfassende Teilnahme der Sozialdemokratie an den Gemeindeaufgaben im Interesse unsrer Bestrebungen mehr und mehr zur unabdinglichen Notwendigkeit wird.

Dieses Feld, unserer Tätigkeit erfordernd zweifelsohne eine große Anzahl unsrer besten Kräfte. Aber je tiefer wir da hineinkommen, um so höher werden auch die Anforderungen an die Genossen in bezug auf Intelligenz, Gewissenhaftigkeit, Überzeugungsreue und allgemeines Wissen zu stellen sein. Denn schließlich hängt der Erfolg unsrer Kommunalitätigkeit nicht davon ab, daß wir überhaupt dort vertreten sind, sondern eine wirklich erschreckliche Wirksamkeit für unsre Forderungen und der Gesamtheit durch Tatkräft, Geschick und guten Willen an den Tag legen. Vom Agitationskomitee ist die Tätigkeit der Genossen insbesondere durch unentbehrliche Lieferung der kommunalen Praxis unterstützt worden.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter sind in diesem Jahre 236 in 108 Gemeinden tätig. Und zwar im 11. Reichstagswahlkreis 31 in 20 Gemeinden, im 12. und 13. Reichstagswahlkreis Leipzig-Stadt 19 Stadtvorordnete, im 13. Reichstagswahlkreis 148 in 67 Gemeinden und im 14. Reichstagswahlkreis 38 Vertreter in 18 Gemeinden. Durch Einverleibung der Orte Döllig, Mödern, Probstheida, Stötteritz und Stünz am 1. Januar 1910 in die Gemeinde Leipzig sind 9 Mandate der Gemeindevertreter hinzugekommen.

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Leipzig.

Wegen der Einverleibung von sechs Vororten am 1. Januar 1910 unterbreite der Rat der Stadt den Stadtvorordneten eine Vorlage über eine Neuregelung der Wahlkreise. Weil nun in den einverleibten Orten vorwiegend Arbeiter wohnen, so befürchten die bürgerlichen Parteien, daß bei der nächsten Wahl sämliche Mandate der dritten Abteilung der Sozialdemokratie fällt werden. Anstatt das 16 Jahre bestehende ungerechte Dreiklassenwahlrecht zu befestigen, läßtigte das Wahlamt eine andre Wahlkreisgeometrie aus, um wenigstens zwei Kreise den bürgerlichen Parteien zuzuführen. Gegen diesen Plan nahm am 21. Mai die Leipziger Einwohnerschaft in sechs öffentlichen Versammlungen Stellung, die in einer Resolution die Forderung des allgemeinen Wahlrechts nachdrücklich stellte.

In einer Eingabe vom 7. Juni 1910 wurde vom Agitationskomitee dem Rat der Stadt Leipzig wie dem Stadtvorordnetenkollegium diese Resolution unterbreitet, mit dem Ersuchen, Rat und Stadtvorordnetenkollegium möchten recht bald ein im Sinne der Resolution gehaltenes Wahlrecht an Stelle des heutigen Dreiklassenwahlrechts vorlegen und ihre Zustimmung ertheilen.

Das Geldsackparlament vollendete am 6. Juli den Streich. Den einzelnen bürgerlichen Stadtvorordneten war Schweigen zur Pflicht gemacht worden, den sozialdemokratischen Stadtvorordneten blieb es darum allein überlassen, die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zu vertreten. Eine imposante Wahlrechts-demonstration unterstützte ihr Vorgehen.

Die Allgemeinerwerbung selbst wurde durch Neubearbeitung des Materials, Herausgabe eines Flugblattes in einer Auflagenhöhe von 145 000 im ganzen Stadtgebiet sowie durch intensivere Tätigkeit der Genossen kräftig belebt. Unsre Gegner machen die größten Anstrengungen, den legenden ihrer Männer heranzuholen. Möge uns dieses ein erneuter Ansporn sein, auch unsseits den legenden Arbeiternhäusern zu veranlassen, sein kommunales Wahlrecht zu erwerben und aufzulösen.

In dem Kapitel: Behördliche und gerichtliche Verfolgung wird der Kampf geschildert, den die Organisationen und das Arbeiterblatt im vergangenen Jahre zu bestehen hatten.

Abrechnung des Agitationskomitees (Bezirk Leipzig).

Einnahmen	#	§
Kassenbestand	8082	76
12. Reichstagswahlkreis, Beitrag	2181	28
13. " " "	18488	82
Diverse	19865	97
Vom Wahlfonds zurückhalten	29852	35
Summa	72896	18
Ausgaben	#	§
11. Wahlkreis Kalender	310	85
Broschüren	50	—
14. Wahlkreis Broschüren	50	—
Kalender	246	80
Delegation	58	40
12. und 13. Wahlkreis gemeinsam	17966	07
Agitation	6221	88
Parteitags-Zuschuß	1064	24
Broschüren	108	50
Diverse Drucksachen	5061	45
Delegationen	452	—
*Unterstützungen	3268	50
Zentralkomitee, Dresden	4800	—
Arbeiter-Bildungsinstitut	1500	—
Von den Gewerkschaften erhalten	2800	—
Zuschuß des Agitationskomitees	728	—
Nebner-Vereinigung	40	—
Neue Zeit	20	85
Korrespondenzblatt	100	—
Vorio	697	35
Von Gewerkschaften erhalten	60	—
Zuschuß des Agitationskomitees	3684	22
Parteisekretariat inl. Zeitungen und Vorio des Agitationskomitees	1600	95
Kommunale Präzis	20352	85
Bezahlte Wahlzettel	6121	51
Ab Saldo-Vortrag des Wahlfonds am 1. Juli 1909	28230	84
Überweisung an Wahlfonds	10000	—
Saldo Kassenbestand am 1. Juli 1910	9287	45
Summa	72896	18

* Volkshaus 1000 Mk., Schweden 1000 Mk., Bauarbeiter 1000 Mk., Diverse 288,50 Mk.

Bilanz.

Einnahme	72 806,18	Mk.
Ausgabe	68 658,68	"

Bleibt Kassenbestand am 1. Juli 1910 9 237,45 Mk.

Die Kasse, Bücher und Belege sind von uns geprüft und für richtig befunden worden.

Leipzig, 19. Juli 1910.

Die Revisoren:

Joachim Pahl, Karl Rüssel.

Wahlfonds.

Einnahmen	#	§
12. Wahlkreis, Beitrag 1909/10	1290	—
18. " " "	8 804	20
Diverse Einnahmen	34 602	10
Summa	44 286	30
Ausgaben	#	§
Saldo-Vortrag am 1. Juli 1909	6 121	51
Landtagswahl	23 280	84
Kassenbestand am 1. Juli 1910	14 033	95
Summa	44 286	30
Bilanz	#	§
Einnahmen	44 286	30
Ausgaben	20 852	35
Bleibt Kassenbestand am 1. Juli 1910	14 938	95

Bericht des Preßkomitees.

Für das Preßkomitee war das vergangene Jahr außerordentlich arbeitsreich. Eine große Anzahl von Sitzungen waren notwendig, in denen vielfach Redaktionsangelegenheiten zu regeln waren. Dadurch, daß vom Herbst bis in das Frühljahr hinein drei Redaktionsmitglieder parlamentarisch täglich sehr mußten und ein anderes Mitglied monatelang schwer erkrankt war, machten sich fortwährend Verschiebungen in einzelnen Ressorts und zeitweilige Amtstellung von Hilfskräften notwendig. Da die Anstellung brauchbarer Hilfskräfte in die Redaktion aber fast immer mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden ist, so kam es, daß die Besetzung der Redaktion doch nicht immer genügend war. Die Lösung der Redaktionsangelegenheiten gehört zu den schwierigsten Aufgaben des Preßkomitees.

Einige Beschwerden, die aus dem Eselskreis einließen, richteten sich hauptsächlich gegen vorgenommene Streichungen in Beiträgen oder Beiträgen die Nichtaufnahme einzelner Abhandlungen. Durch gemeinsame Aussprache mit den Beteiligten wurden diese Differenzen beigelegt.

Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden immer glatt erledigt und gaben zu besondern Erinnerungen keinen Anlaß.

Wie in den Vorjahren, so ist auch im Berichtsjahr eine regelmäßige Kontrolle der Geschäftsbücher des Verlags durch Mitglieder des Preßkomitees vorgenommen worden, die die Nichtigkeit der Führung der Bücher und die Übereinstimmung mit den Belegen ergab.

Über den Revisionsbesuch erstattete der vereidigte Bücherrevisor folgendes Gutachten:

Hierdurch erlaube ich mir, ergebnist anzugeben, daß ich die Geschäftsbücher Ihrer Firma, sowie deren Abschluß per 31. Dezember 1909 einer eingehenden Prüfung unterzogen habe. Ich habe hierbei mein Augenmerk insbesondere auf die Kassenbelege, Abonnementeingänge, Memorialbuchungen usw. gerichtet und habe diese, sowie den sonstigen Inhalt der Buchführung in bester Ordnung gefunden und daher die Bilanz und das Gewinn- und Verlustkonto des Betriebs mit meinem Altest versehen, daß ich hierdurch bestätige."

Leipzig, den 8. März 1910.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Friedrich Bünker, vereidigter Bücherrevisor und für das Königliche Land- und Amtsgericht zu Leipzig verpflichteter Sachverständiger für kaufmännisches Buch- und Rechnungswesen.

Die Abrechnung des Verlags über das Konto Leipzigische Volkszeitung ergibt, daß im letzten Geschäftsjahr der Zuschuß um 8218,54 Mk. geringer war als im Vorjahr. Die Herstellungskosten sind um etwa 2000 Mk., nämlich von 280 371,25 Mk. auf 288 895,75 Mk. gestiegen. Die Ausgaben für Redaktion betrugen 75 018,08 Mk. (70 962,75 Mk. im Vorjahr). In dieser Summe befinden sich die Gehälter für die Redakteure in der Höhe von 28 879,01 Mk. gegen 30 403,71 Mark im Vorjahr. An Mitarbeiterhonoraren wurden verausgabt 28 836,71 Mk. gegen 28 617,78 Mk. im Jahre 1909.

Die Einnahmen dieses Kontos sind fast die gleichen, wie im Vorjahr; 1908: 506 508,00 Mk., 1909: 506 625,44 Mk. Während für Abonnements jährlich 4000 Mk. weniger vereinnahmt worden sind, ist die Mehreinnahme für Inserate um fast 11 000 Mk., nämlich von 224 788,02 Mk. auf 225 578,51 Mk. gestiegen.

Der Abonnentenstand der Leipziger Volkszeitung hat sich trotz der wirtschaftlichen Depression, die auch im letzten Jahre noch auf manchen Erwerbszweigen lagerte, auf fast der gleichen Höhe wie in den Vorjahren gehalten. Der gegenwärtig am Schluß des Berichtsjahrs einliegende Abonnentenaufschwung in einzelnen Bezirken läßt erhoffen, daß es der kräftigen Agitation unsrer Genossen gelingen wird, recht bald weitere Fortschritte unsrer Abonnentenstandes zu erzielen. In Übereinstimmung mit der Geschäftsführung wird das Preßkomitee weiter Mittel nach Wege scheuen, um die Verbreitung unsrer Presse, des wichtigsten Mittels im Emanzipationskampfe der Arbeiter, zu fördern.

Eine Reihe von Klagen einzelner Abonnenten richteten sich gegen das zu späte Erscheinen der Zeitung. So sollen in einzelnen Bezirken manche Leser zeitweilig erst um 8 Uhr abends in den Besitz der Zeitung gelangt sein. Diesen Mißstand zu befreien, muß unsre Aufgabe sein. Der Druck unsrer Zeitung erfolgt gegenwärtig auf zwei 32-seitigen Rotationsmaschinen und beginnt fast regelmäßig nachmittags ½ Uhr. Bei Nummern im Umfang bis zu 16 Seiten dauert der Druck zwei Stunden, bei stärkeren Nummern drei Stunden, so daß der Druck, falls Störungen an den Maschinen nicht vorkommen, etwa zwischen ½—1½ Uhr beendet ist. So kommt es, daß an einzelnen Tagen, nämlich wenn die Nummer einen stärkeren Umfang als 16 Seiten hat, die Abonnenten etwas später als sonst in den Besitz der Zeitung gelangen. Durch Aufstellung einer weiteren 32-seitigen Rotationsmaschine wird es möglich sein, diesen Mißstand zu beenden.

Die Volkszeitung für das Muldental gibt zu besondern Vermerken keinen Anlaß. Wenn auch im Berichtsjahr ein gegen das Vorjahr etwas erhöhter Zuschuß notig war, so muß doch konstatiert werden, daß sie sich einen festen Abonnenten- und Inserentenkreis erworben hat, der zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Die Herstellungskosten für die Volkszeitung für das Muldental betrugen 37 640,55 Mk. gegen 37 100,05 Mk. im Vorjahr. Die Redaktion erforderte einen Aufwand von 6050,82 Mk. gegen 5651,80 Mk. im Jahre 1908. Für Abonnements gingen ein 23 544,22 Mk. gegen 23 251,57 Mk. im Vorjahr, während für Inserate 12 536,72 Mk. gegen 14 157,03 Mk. im Vorjahr eingingen. Die Gesamtaufnahmen dieses Kontos betrugen 40 150,26 Mk., denen eine Gesamtausgabe gegenüberstand von 50 784,21 Mk., so daß ein Zuschuß erforderlich war in Höhe von 10 004,05 Mk. Im Jahre 1908 betrug der Zuschuß 9265,78 Mk.

Wir schließen unsern Bericht mit der Bitte an die Parteigenossen, auch in Zukunft alles zu tun, was zur Stärkung und zur weiteren Verbreitung unsrer Parteipresse dient. Es darf keinen Stillstand, keine Ermattung geben, denn die Presse ist unsre vorzüglichste Führerin zu wirtschaftlichen und politischen Siegen!

Für das Preßkomitee:
Paul Kleemann, Vor.

Bericht der Lokalkommission.

Die Lokalkommission hat in diesem Jahre nicht viel, dafür aber um so günstigeres zu berichten. In allen Berichten lehrte bisher die Klage wieder, daß in verschiedenen Ortschaften die Volksverhältnisse sehr zu wünschen übrig ließen. In dieser Beziehung hat sich im Berichtsjahr viel geändert. In Nöthnitz steht den Parteigenossen seit Oktober vorigen Jahres Stadt Leipzig zu gewerkschaftlichen und seit Anfang April dieses Jahres auch zu politischen Versammlungen zur Verfügung. Die Folge war, daß der Militärverein aus dem Lokal auszog. Da aber alle Arbeiterorganisationen ihr Domizil in Stadt Leipzig aufgeschlagen haben, ist der Wirt für den Verlust der Krieger rechtlich entschädigt. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt dem Besitzer des Gasthauses in Geschwitz zu verdanken, der den Arbeitern den Stuhl vor die Türe setzte und dadurch die Arbeiterorganisationen veranlaßte, ihr ganzes Augenmerk auf die Gewinnung der Stadt Leipzig zu richten. Der gute Mann hat ganz sicher nicht geglaubt, daß seine Mahnregel einen solchen Erfolg haben würde.

In Thallwitz hat der Besitzer des Gasthauses, Herr Hamann, es angezeigt gehalten, mit der Arbeiterschaft Frieden zu schließen. Herr Hamann hat neben dem Besitzer der Großen Eiche in Böhlitz-Ehrenberg, Herrn Richter, der Lokalkommission am meisten zu schaffen gemacht. Beide haben auch wiederholt die Amtshauptmannschaft und durch diese die Gerichte gegen die Leipziger Volkszeitung in Bewegung gesetzt und veranlaßt, daß deren verantwortliche Redakteure wegen Übertretung der amtshauptmannschaftlichen Vorortverordnung zu Geld- und sogar zu Haftstrafen verurteilt wurden. Herr Hamann in Thallwitz hat, wie gesagt, es angegeben, sich gegen die Arbeitern zu stellen und sich bereit erklärt, den Arbeitern seine Säle zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen wieder zur Verfügung zu stellen. Herr Richter in Böhlitz-Ehrenberg beharrt noch auf seinem Widerstande. Da er einen großen Neubau ausgeführt hat, in dem auch mehrere kleinere Säle und Vereinszimmer vorhanden sind, so hätte Herr Richter wohl die Unterstützung der Arbeiter ganz gern, zu Versammlungen will er jedoch seine Lokalitäten überlassen, wenn die Amtshauptmannschaft ihren Segen dazu gibt. Das wird aber, wie wir den heutigen Amtshauptmann kennen, wohl noch eine Weile dauern.

vorhanden ist. Beschlüsse gefaßt, die für die Zukunft den Bau kleiner Wohnungen erleichtern sollten. Den sozialdemokratischen Stadtverordneten gingen diese Beschlüsse nicht weit genug, sie verlangten und beantragten:

1. daß der von der Stadt verkaufte Grund und Boden dauernd der Spekulation entzogen wird;

2. Land- und Erbbaurecht nur unter der Voraussetzung zu vergeben, daß die Profite eine festzustellende Höhe nicht übersteigen darf;

3. zweckentsprechende gesunde und billige kleine Wohnungen aus Mitteln der Stadt zu erbauen.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß diese Anträge abgelehnt wurden, nachdem der Führer der Hausbesitzer im Stadtverordnetenkollegium warnend angerufen hatte: "Die Spekulation dauernd zu verhindern, ist rein unmöglich, oder man müsste dann das Privateigentum ganz aufheben."

Doch die sozialdemokratische Fraktion auch im letzten Jahre bei gewissen Abstimmungen das „Slingeln an der Wage“ bildete, hat sich insbesondere bei Abstimmungen über solche Vorschriften gezeigt, die auf Beschaffung kleiner billiger Wohnungen gerichtet waren. Auf diese Weise wurde z. B. im Februar d. J. ein Antrag der Hausbesitzerpartei abgelehnt, wonach Baustellen an der Sennestraße an den Bauverein zur Beschaffung preiswerten Wohnungen zum Preise von 30 Ml. statt 25 Ml. pro Quadratmeter verkauft werden sollten. Dadurch, daß mit Hilfe der Sozialdemokraten der beantragte höhere Preis abgelehnt wurde, sparte der Bauverein nunmehr 28 465 Ml.

Zum dritten Male während der letzten Vertragsperiode war im Stadtverordnetensaal die Wohnungsfrage Gegenstand der Diskussion, als im April d. J. über die Überlassung von Bauplänen an der Schlebestraße an die Baugenossenschaft des Leipziger Mietervereins in Erbbaus verhandelt wurde. Die Hausbesitzerpartei machten große Anstrengungen, um die Maßvorschlage im Fall zu bringen. Im Kampf gegen die Vorlage war es ihr Führer, der unumwunden aussprach, daß sich die Sozialdemokraten in erster Linie als Förderer des Baues kleinen und preiswerten Wohnungs gezeigt haben. Wörtlich läßt er aus: „Hier soll der Anfang gemacht werden mit einem Verfahren, das allerdings auf der äußersten Linken den größten Erfolg findet. Schon das allein sollte alle Herren der bürgerlichen Seite dazu bewegen, zu überlegen, ob sie den rechten Schritt tun, wenn sie der Maßvorschlag ohne weiteres Zustimmen.“ Die Maßvorschlag stand aber, eben durch die Unterstützung der Sozialdemokraten, Annahme.

Die Beratungen des Haushaltplanes hat die sozialdemokratische Fraktion auch diesmal nicht vorübergehen lassen, ohne eine Anzahl allgemeiner Anfragen an den Rat zu stellen, Anregungen verschiedener Art zu geben und insbesondere um sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiter zu beschäftigen. Eine Reihe von Anträgen, die auf Besserung der Arbeitsverhältnisse gerichtet sind, wurde von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gestellt. So wurde im Interesse der Arbeiter der Schleuseneinigung beantragt:

In Erwägung der in letzter Zeit außerordentlich gestiegenen Preise aller notwendigen Lebensbedürfnisse den Rat zu erzwingen, den Arbeitern bei der städtischen Schleuseneinigung eine zeitgemäße Lohnaufbesserung zu gewähren, die den Wünschen der fraglichen Arbeiter entspricht.

In Anbetracht der unhalbaren Arbeitsverhältnisse, insbesondere der ungewöhnlich langen Arbeitszeit bei der Klärungsanlage, den Rat zu erzwingen, recht bald eine Regelung der Arbeitszeit in diesem Betriebe vorzunehmen und bei der Verkürzung der Arbeitszeit die gegenwärtig an die daselbst beschäftigten Arbeiter gezahlten Löhne angemessen zu erhöhen.

Die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit lehnte diese Anträge ab, stimmt aber in einer andern Sitzung einem sozialdemokratischen Antrag:

eine Erhöhung der Stundensöhne der Gartenarbeiter einzutreten zu lassen,

gegen eine Stimme zu, und als gelegentlich der Beratung des Kontos Strafenreinigung die Sozialdemokraten, um möglichst gleich alle Arbeiter zu treffen, beantragten:

den Rat anheim zu geben, den städtischen Arbeitern und Vorarbeitern eine angemessene Lohnaufbesserung zu gewähren,

da fanden sich immer noch 14 bürgerliche Stadtverordnete, die gegen diesen Antrag stimmten. Freilich, in dieser Sitzung wurde auch von dem Beizvorsteher Baurat Enke offen ausgesprochen, weshalb bei den bürgerlichen Stadtverordneten so grohe Abneigung gegen die Besserung der Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter besteht. Er sagte: Die Privatunternehmer können verlangen, daß die Arbeiter in den städtischen Betrieben unzählig so bezahlt werden, wie die der Privatbetriebe; mit andern Worten: der Rat darf und soll den Privatunternehmern keine Konkurrenz machen."

Nach solchen und ähnlichen Neuerungen war es von vornherein klar, daß die städtischen Arbeiter ihre Hoffnungen nicht allzu hoch spannen durften. Als gelegentlich der Neuordnung der Geschäfte der Beamten im Juni dieses Jahres die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihre Stellungnahme zu dieser Vorlage von einer Erklärung des Rates abhängig machen darüber, wie sich der Rat zu einer Erhöhung der Arbeitslöhne stellt, gab der Oberbürgermeister eine einigermaßen befriedigende Erklärung ab. Das aber in letzter Zeit über die Erhöhung von Arbeitslöhnen bekannt geworden ist, erscheint nicht gerade geeignet, die Arbeiter der städtischen Betriebe froh und hoffnungsvoll zu stimmen.

Trotz des energischen Eintretens der sozialdemokratischen Stadtverordneten für eine bessere Entlohnung der Schulheizer wurden die von den Sozialdemokraten befürworteten Auschlußanträge mit wenigen Stimmen Mehrheit abgelehnt und statt 10 Ml. nur 5 Ml. monatliche Zulage beschlossen.

Aber nicht nur bezüglich der Verhältnisse der direkt in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter, sondern auch bezüglich der Verhältnisse in solchen Privatbetrieben, auf die die Stadtgemeinde als Arbeitgeberin oder aus andern Gründen einflußt, direkt oder indirekt einen Einfluß auszuüben, ist von der sozialdemokratischen Fraktion versucht worden, den Rat zur Ausübung dieses Einflusses zu veranlassen. So hat gelegentlich des Konfliktes im Mansfelder Bergbau - sei es die Fraktion beantragt:

die Anfrage an den Rat zu richten, ob er bereit sei, Auskunft zu geben über die Verhältnisse im Mansfelder Bergbaugebiet, und ob der Rat geneigt sei, seinen Einfluß zur Beliegung des Ausfalls geltend zu machen.

Die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit schüttete sich vor einer Beratung des Antrages und den Rat vor einer Antwort dadurch, daß sie die Zuständigkeit des Kollegiums in dieser Frage ablehnte. Damit war aber die Sache nicht erledigt, denn schon in der nächsten Sitzung benutzten die Sozialdemokraten die Gelegenheit, bei Beratung des Kontos: Reservfonds für die Mansfelder Zeuge, ihrer Meinung über die Vorgänge im Mansfelder Gebiet Ausdruck zu verleihen.

Im Januar dieses Jahres hatte das Kollegium über eine Eingabe betreffend das Koalitionsrecht der Anstellten und Arbeiter bei den Unternehmen, die für die Stadt liefern, zu beraten. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten waren es, die dafür gefordert hatten, daß die Eingabe überhaupt zur Beratung kam, und die sozialdemokratischen Stadtverordneten waren es auch, die ausschließlich und entschieden für die Wahrung des Koalitionsrechts eintraten. Ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag:

dem Rat zu empfehlen, städtische Arbeiten nur an solche Unternehmer zur Ausführung zu vergeben, die sich vertrag-

mäßig verpflichten, das den Arbeitern und Angestellten durch § 152 der Gewerbeordnung gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht gebührend zu beachten, wurde von den bürgerlichen Stadtverordneten einfach niedergestimmt.

Selbstverständlich hat es die sozialdemokratische Fraktion für ihre Aufgabe gehalten, rechtzeitig dem Rate die Angriffsnahme von Notstandsarbeiten nahezulegen, und als im Februar dieses Jahres über die Errichtung eines Gebäudes für Arbeitsbeschaffungswirke beraten wurde — übrigens eine Folge der im Jahre zuvor von den Sozialdemokraten gestellten Anträge betreffend Arbeitslosenversicherung —, da entsprechten die gefassten Beschlüsse mehr oder weniger den Anregungen, die von sozialdemokratischer Seite in den Ausschüssen gegeben worden waren.

Eine lebhafte Auseinandersetzung führten die sozialdemokratischen Stadtverordneten herbei im April dieses Jahres, als über eine Eingabe der Bauarbeiterkraftkommission betreffend den Bauarbeiterkusch und die Anstellung von Bauarbeiterkontrollen verhandelt wurde. Gegen ihre Stimmen wurde aber geschlossen, bei der abwartenden Haltung des Rates, die einer Ablehnung der Bauarbeiterkraft gleichsam, Verhüting zu lassen. Auch bei der Bauarbeiteraussperrung war es die sozialdemokratische Fraktion, die vom Rat Auskunft verlangte, wie er sich in dieser Bewegung zu verhalten gedenke. Die Bürgerlichen aber beachteten auch hierbei die in solchen Fällen von ihnen angewandte Taktik: Sie schwiegen.

Sie haben wiederholt geschwiegen, wenn Zustände, die von der Arbeiterschaft und ihren Vertretern als Unrecht empfunden werden, so offensichtlich zutage treten, daß eine Befreiung nicht gut möglich ist. Ein treffendes Beispiel hierfür sind die Stadtratswahl. Man kann sich nicht daran gewöhnen, die Sozialdemokratie in dieser Beziehung als gleichberechtigt zu betrachten, deshalb läßt man die Vorschläge der Sozialdemokraten unbeachtet und verteilt nach wie vor die Stadtratsstellen auf die erste und zweite Abteilung. Und ähnlich verhält es sich auch bei der Wahl der Stadtverordneten vorstehender. Das Verteilen der Bürgerlichen, Sozialdemokraten auf jeden Fall von der Wahl ausgeschalten, trat auch bei den letzten Vorsteheraufnahmen so deutlich hervor, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten vorzogen, sich unter solchen Umständen überhaupt nicht an der Wahl zu beteiligen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat durch ihre Redner denn auch wiederholt auf die Gegenfälle, die zwischen ihr und den bürgerlichen Gruppen bestehen, deutlich hinweisen lassen. So führte der Redner der Fraktion bei Beratung des Haushaltplanes aus:

„Wenn wir in dieser mißhevollen, zeitraubenden und für die einzelnen Personen opferreichen Mitarbeit das Interesse insbesondere der arbeitenden Volkschichten zu fördern gesucht haben, so ist dabei und soll dabei keineswegs zum Ausdruck gebracht sein, daß nun die Verschiedenheit in der grundsätzlichen Auffassung der Frage, wie eine Kommune zu gestalten ist, schließlich ganz von der Bildfläche verschwindet. Wir haben vielmehr diese Verschiedenheit auf das nachdrücklichste zu betonen. Wir sind Gegner des bestehenden Systems und würden, wenn wir den ausschlaggebenden Einfluß in diesem Kollegium erlangten, ganz zweifellos bestrebt sein, noch größere Vorteile für die arbeitenden Volkschichten zu erringen. Wir stehen Ihnen als ausgesprochene politische Gegner gegenüber.“

Es versteht sich von selbst, daß die Sozialdemokraten im Stadtverordnetenkollegium sich stets für forschrittlische Maßnahmen, für Wohlfahrtseinrichtungen, überhaupt für eine großzügige Kommunalpolitik verwandt haben, daß sie aber ebenso entschieden unnötige Maßnahmen und damit verbundene überflüssige Kosten, die niemals der Gesamtheit, sondern nur einzelnen Sondergruppen zugute kommen, abgelehnt haben. Und die Summen, die auch im letzten Jahre wieder gegen die Stimmen der Sozialdemokraten für allerlei religiöse, patriotische, sportliche und ähnliche Elterntum ausgegeben worden sind, sind wahrlie nicht gering. Um so eifriger hat die sozialdemokratische Fraktion mitgewirkt an dem Zustandekommen der neuen Milchverkehrssordnung, an der Gestaltung des Gebührentariffs für die Feuerbestattung, an der Erhöhung des Almosentariffs, an der Förderung der Hochwasserregulierung im Westen der Stadt und an einer ganzen Anzahl anderer Dinge.

Nun hat die letzte Berichtsperiode nicht nur mit einem Wahlrechtskampf begonnen, sondern auch mit einem solchen geendet. Die Vorfälle vom 6. Juli sind den Leipziger Genossen noch genügend bekannt, sie bedürfen also keiner besonderen Schilderung. Aber der lebhafte Schluss des Berichtsjahres bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als einen guten Anfang für die weitere Bewegung auf kommunalpolitischem Gebiete in Leipzig. Angeschäßt der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl wird die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion einer eingehenderen Betrachtung unterzogen werden als zu andern Zeiten. Wenn die Genossen aus dieser Tätigkeit ihrer Vertreter erkennen, daß gestift auf unser Kommunalwahlprogramm, immer der Wille maßgebend war, eine großzügige und im Interesse der Allgemeinheit liegende Kommunalpolitik zu treiben, und wenn die Wähler ihr möglichst tun, durch Verstärkung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion deren Einfluß im Stadtverordnetenkollegium zu verstetzen, so wäre damit wieder ein beachtenswerter Schritt nach vorwärts getan.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion.

J. A.: A. Lützsch.

Bericht der Kinderschuhkommission.

Der diesjährige Bericht kann den Anschein erwecken, als ob den Mitgliedern der Kommission wegen der verhältnismäßig geringen Anzahl von Fällen nicht das nötige Vertrauen entgegen gebracht worden sei. Die Annahme wäre aber unzutreffend. Das Abreiseverzeichnis ist in der Leipziger Volkszeitung im Herbst 1900 mehrere Monate nicht erschienen, so daß hierin ein Grund der geringen Beschwerdezahl liegen mag.

Au zehn Fällen hat die Kommission eingegriffen, wo Kinder vor Beginn des Schulunterrichts zum Milch- und Zeitungsaufdragen benötigt wurden. In einem Falle, wo die eigenen Kinder eines Bäckermeisters morgens das ganze Frühstück tragen mußten, konnte nicht eingegriffen werden. Dies läßt sich jetzt nur verteidigen, wenn die Schulbehörde Einwendungen macht. Bei einer andern Beschwerde, wo ein Knabe in der Landwirtschaft übermäßig beschäftigt wurde, ließ sich auf Grund des Gesetzes ebenfalls nicht einschreiten. In einem Falle wurden minderjährige Mädchen Sonntags längere beschäftigt als gesetzlich ausführlich ist. Eine Kirmes ließ öfter Überstunden machen, die nicht auf der Tafel im Arbeitsraum verzeichnet wurden. Dies wurde untersucht und Anzeige erstattet. Nachrevison durch die Missionsstellen der Gewerbeinspektion haben dann nichts gesegwidriges mehr ergeben.

Sehr verdächtlich für die Kinder ist das oft schon erwähnte Haushalten. Ein elfjähriger Knabe verwahrte die zu verkaufende Seife in der Hosentasche und vernahm den Erdös. Zweimal wurden zwöljfährige Mädchen, die wiederholt bettelten, veranlaßt, Aufzurichtungen anzunehmen; der Aufsichtsrat wurde auch darüber informiert. In zehn Fällen, wo eigene Eltern und Pflegeeltern ihre Kinder schlecht behandeln, wurde durch unsre Vermittlung und gütige Auseinandersetzung Besserung in der Behandlungsweise erzielt. Eines dieser Kinder brachte der Vater in fremde Pflege; ein anderes wurde zur Großmutter gebracht. In zwei weiteren Fällen schlügen betrunkenen Väter ihre Kinder er-

barmungslos, wir drohten mit Anzeige. Später Nachfragen ergaben, daß die Roheit nicht wieder vorkam. In einem Falle, wo ein Kind besonders schwer mishandelt wurde, wo aber an die Eltern schwer heranzukommen war, bewirkte unser Mitglied Besserung in der Behandlungswweise durch Eingreifen der Lehrer und des Schuldirektors.

Ein zehnjähriger Knabe, der öfter Nächte in Gartenlauben verbrachte, gab an, daß er aus Furcht vor Schlägen sich nicht nach Hause getraute. Die Untersuchung ergab, daß den Eltern, die tagsüber auf Arbeit gehen, nichts nachzuweisen war. Es wurde erklärt, daß das Kind immer Neigung zum Elgen und Stehlen gezeigt habe. Einem fünfjährigen Knaben wurden für die geringsten Vergehen von den Eltern die Händchen in die Couperpresse gelegt. Auf diese barbarische Weise wollte man Beständigkeit erzielen. Unser Mitglied machte die Eltern auf ihre verwerfliche Erziehungsweise aufmerksam. In drei Fällen erhielten unsre Genossinnen Einblick in tief traurige Wohnungshverhältnisse. In einem Zimmer hauste eine schwer lungenkrank Frau mit zwei Kindern; zur Lagerstätte war nur ein Bett vorhanden. Durch Vermittlung des Armenpflegers kam die Frau dann ins Krankenhaus. In einem andern Falle war ein uneheliches Kind bei zwei Frauen, wovon die eine Lungentumor war, in Pflege; für drei Personen war auch nur ein Zimmer vorhanden. Das Kind wurde dann in andre Pflege gegeben. Ein Scherling mußte unter dem Dach in einem Lattenverhüllung schlafen. Wir machten dem Gesundheitsamt Meldung, auch hier wurde sofort Abhilfe geschaffen. In drei Fällen waren Kinder fittlich gefährdet. In zwei Fällen von diesen erzielten unsre Mitglieder durch ihr Eingreifen Rendition. Im letzten Falle wurde das Fürsorgeamt unterrichtet, das dann die Abhilfe sorgte. In zwei weiteren Fällen wurden unsre Genossinnen um Vermittlung in Ehestreitigkeiten angerufen. Sie lehnten eine Einmischung mit Recht ab.

Zwei anonyme Beschwerden konnten nicht berücksichtigt werden.

J. A.: Toni Frenzel.

Bericht über die Tätigkeit des Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstituts für Leipzig

für das

dritte Geschäftsjahr, 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910.

Das dritte Geschäftsjahr war für das Institut eine Periode inneren Ausbaus und steter Fortentwicklung. Der Verwaltungsausschuss des Instituts wurde im zweiten Geschäftsjahr gebildet durch die Genossen G. Hennig, O. Schmidt, Karl Pinkau, Heinrich Lange als Vertreter der Parteiorganisationen und Otto Mylan, Karl Walther und Otto Bödenstein als Vertreter des Gewerkschaftskartells.

Der Haushaltssplan sah Ausgaben in der Höhe von 4800 Mark vor. Für die zweite Hälfte des Geschäftsjahrs wurden noch 750 Mark für Jugendbildungsbemühungen hinzugebilligt. Eigene Einnahmen waren nur mit 600 Mark eingestellt, so daß die Korporationen einen Zuschuß von 4750 Mark leisten sollten. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß diese Summe bei weitem nicht gebraucht wurde.

Zu den bisher schon gepflegten Gebieten kam die Bekämpfung der Schundliteratur durch Vorträge und Ausstellungen hinzu.

Die Tätigkeit im einzelnen sei im Nachstehenden skizzirt:

Bericht über die Unterrichtskurse.

Der Unterricht wurde im vergangenen Jahre 1909/10 von den Genossen Dr. Lentsch und Lipinski erteilt.

Da sich herausgestellt hat, daß die Schüler durch Teilnahme an drei Kursen den Stoff nicht bewältigen können, wurde der Unterricht auf zwei Kurse beschränkt.

Den Unterricht in Sozialökonomie erteilte wie bisher Genosse Lipinski, und zwar vom 6. Oktober 1909 bis 25. Mai 1910 an 20 Mittwochabenden je eine bis anderthalb Stunden = 40 Stunden.

Der Unterricht in Wirtschaftsgeschichte erteilte wieder Genosse Dr. Lentsch, die letzten fünf Sonntage = zehn Stunden sprach er über Nationalökonomie. Angefangen unterrichtete er am 10. Sonntag je 2 Stunden = 8 Stunden, und zwar vom 2. Oktober 1909 bis 19. Juni 1910 vormittags von 11—1 Uhr. Durch eine Erkrankung des Genossen Dr. Lentsch wurde der Unterricht bis Mitte Juni hinausgezögert.

1. Semester 1909/10. Von 48 Schülern bei Beginn des Unterrichts waren am Schlusse noch 37 vorhanden. Von diesen 37 Schülern wurden insgesamt 182 Stunden verbraucht, und zwar 95 Stunden entschuldigt und 87 Stunden unentschuldigt. Sechs Schüler schließen nicht.

Im Geschichte fehlten 23 Schüler 40 Stunden. Davon waren 27 Stunden entschuldigt und 22 Stunden unentschuldigt. 14 Schüler schließen nicht.

In Sozialpolitik fehlten 31 Schüler insgesamt 188 Stunden, und zwar 98 Stunden entschuldigt und 90 Stunden unentschuldigt; 6 Schüler schließen nicht. 31 Schüler 188 Stunden im Durchschnitt ungefähr 4½ Stunden.

2. Semester 1909/10. Von 38 Schülern am Schlusse des Kurses 1909/10 waren am Schlusse noch 33 vorhanden. Diese wurden mit den Schülern vom 1. Semester zusammen unterrichtet. Der Kursus in Sozialpolitik fiel für diese weg.

Berücksichtigt wurden von diesen Schülern insgesamt 105 Stunden; davon 44 Stunden entschuldigt und 61 Stunden unentschuldigt. 7 Schüler schließen nicht. Im Durchschnitt 3 Stunden auf den Schüler; da jedoch nur 26 Schüler geschult haben, wären es ungefähr 4 Stunden.

Insgesamt wurden 287 Stunden verbraucht. Das wären auf alle 70 Schüler im Durchschnitt 4,1 Stunden. Beobachtet habe ich, daß einige Schüler nach Verlesen der Präsentation in der Pause verschwanden.

Die Lehrer haben über den Lehrgang folgende Überblicke gegeben:

Das Bibliothekswesen.

Die Arbeiterbibliotheken haben im Jahre 1909 einen

in Liebertwolkswitz im Januar 1907 nur 8, im Januar 1909 aber 282; in Stötteritz im Januar 1907 nur 10, im Januar 1909 aber 320; in Möckern im Dezember 1907 nur 22, im Dezember 1909 aber 274; in Gohlis im Januar 1907 nur 18, im Januar 1909 aber 353.

Die Ausleihungen der einzelnen Monate ergeben folgendes Bild: Es wurden ausgeliehen im Januar 17 188, im Februar 16 857, im März 15 814, im April 11 716, im Mai 8495, im Juni 7525, im Juli 8772, im August 8856, im September 8924, im Oktober 11 764, im November 13 092 und im Dezember 14 400 Bände.

Als ein sehr erfreuliches Zeichen raschen Nachstums ist zu verzeichnen, daß eine Anzahl Bibliotheken aus den Restaurationskästen heraus und in eigene genietete und zweckentsprechend eingerichtete Räume verlegt wurden, z. B. in Döbeln-Gaußig, Markranstädt, L.-Connewitz-Löbzig und L.-Kleinischroder. Am ersten Jahrzehnt 1910 wurden 83 013 Bände verliehen gegenüber 24 263 im Jahre 1907, 55 702 im Jahre 1908, 78 970 im Jahre 1909.

Aus allgemeinen Mitteln wurden die Zentralbibliothek und eine Anzahl kleinerer Ortsvereinsbibliotheken im Landbezirk unterstützt. Die Aufwendungen der Korporationen im besonderen für das Bibliothekswesen sind im Augenblick nicht ganz genau zu ermitteln, betragen jedoch über 15 000 Mark im Betriebsjahr.

Die Bibliotheksneinrichtungen der Leipziger Arbeiterorganisationen werden allseitig als musterhaft hingestellt und auch vielfach nachgeahmt.

Die gesamte bürgerliche Bibliothek- und Volksbildungsfachpresse berichtet regelmäßig über die Erfolge der Leipziger Arbeiterbibliotheken. Das Volksbildungsbüro, das neue, große, von Dr. von Erdberg herausgegebene Bildungsvorstand schreibt in einem ausführlichen Bericht über das gesamte Leipziger Arbeiterbibliothekswesen:

„... Damit haben die Arbeiterbibliotheken mit einem Schlag die allgemeinen Leipziger Volksbibliotheken des Volksbibliothekvereins (I) und des Vereins Volkswohl (II bis VII) überholt. Diese sieben alten und notorisch veralteten, ungünstig finanzierten Institutionen gaben 1908 nur 72 100 Bände aus. Der Bedeutung dieser Zahlen werden sich auf die Dauer die bürgerlichen Bildungspolitiker nicht entziehen können. Für uns interessant ist der Erfolg, der hier durch organisierte Arbeit erzielt worden ist.“

In einem weiteren Kapitel werden die Jugendbildungsbemühungen behandelt.

Ausstellungen.

In der Weihnachtszeit fand abermals eine Ausstellung von Jugendchriften, Bildern und Kunstdräppeln statt, die leider trotz aller daraus verwandten riesigen Arbeit mangelhaft besucht war. Das gleiche gilt von den mit einem großen Aufwand von Mitteln und vor allem von Arbeit eingerichteten sechs Ausstellungen gegen die Schundliteratur. Der Besuch war so mangelhaft, daß die Veranstalter ein Gefühl der Misserfolglosigkeit unwillkürlich ergriff.

Tätigkeit des Verwaltungsausschusses.

Der Ausschuss hielt 11 Plenarsitzungen ab. Die Zahl der Ausschreibungen war erheblich größer. Die Tätigkeit des Ausschusses, überhaupt die Zeitung des ganzen Instituts wird da-

durch erschwert, daß alle Arbeit nebenbei in den Morgen-, Mittags- und Nachstunden erledigt werden muß. Dazu kommt, daß einzelne Verwaltungsmittelglieder so mit allerhand anderen Posten beladen sind, daß sie monatelang keine Sitzungen besuchen können und auch sonst sich an den Arbeiten nicht beteiligen können. Die übrigen Mitglieder können aber nicht menschlich leisten.

Zum weiteren geistlichen Ausbau des Institutes fehlt nur eine Kleinigkeit: Nur Zeit, nur Zeit! — G. Hennig.

Bericht der Theaterkommission 1909—1910.

Bei dem allgemeinen Ausschwung, der sich im wirtschaftlichen Leben bemerkbar gemacht hat, ist auch die Nachfrage nach Theaterfakten eine regere gewesen. Damit hängt auch der finanzielle Erfolg eng zusammen, der besser ist als im Vorjahr.

An den 40 Vorstellungen haben sich 43 613 Personen beteiligt. Wenn trotzdem das Durchschnittsergebnis nicht wesentlich höher erscheint als früher, so liegt es daran, daß im Alten Stadttheater 50 Plätze in Weißfall gekommen sind. Trotzdem davon neben andern schlechten, die Höhle Stehplätze sind, erregen die noch verbleibenden auch heute noch Unwillen unter den Besuchern, genau wie bei der Einführung der Vorstellungen vor 11 Jahren im Arbeiterverein.

Nun hat es ja an Änderungsvorschlägen nicht gefehlt, die gewiß der besten Meinung entspringen, die aber auch von der Kommission selbst schon oft genug erwogen worden sind. Eine Änderung ist aber nur durchführbar bei einer Erhöhung des Preises für die Stehplätze. Die Steigerung könnte aber nicht unter 10 Pf. betragen, weil durch den Verfall von 50 Plätzen schon ein großer Ausfall zu verzeichnen ist. Es würde ein Platz im Alten Theater für Schauspiel in Zukunft 70 Pf. kosten, weil auch bei einer Herabsetzung des Preises für Stehplätze sich kaum Abnehmer finden werden. Bei Opern müssen auch später die Stehplätze wie bisher beibehalten werden, weil wegen des Preis-aufschlages für die Aufführungen schon die Plakatpreise beträchtlich gesteigert worden sind. Wir hoffen mit dieser Änderung vielfachen Wünschen nachzukommen, trotzdem damit von dem alten Prinzip des Einheitspreises abgewichen wird.

Erfreulicherweise erlebten wir im Alten Theater fast ausschließlich klassische Stücke zur Aufführung, die sich eines starken Zuspruchs erfreuten. Dies zeigte sich namentlich bei Kabale und Liebe von Schiller. Mit diesem Trauerspiel hatte am 16. Dezember 1899 der Arbeiterverein Leipzig seine Aufführungen begonnen, und es war im Laufe der Jahre auch von den andern Korporationen wiederholt aufgeführt worden. Trotzdem war die Nachfrage so stark, daß bei drei Aufführungen der Bedarf noch nicht gedeckt war.

Besondere Erwähnung verdient noch die Aufführung der Kreuzschreiber während des Parteitags, die, sorgfältig vorbereitet, den Delegierten zeigte, mit welchem künstlerischen Ernst in den Arbeitervorstellungen des Stadttheaters gearbeitet wird.

Opern konnten wir zwei, Martha und Der Wildschütz, mit je zwei Aufführungen bringen.

Im Schauspielhaus kamen neben einigen Klassikern moderne Stücke zur Aufführung, während im Thomastrasse-Theater nur die Operette in Betracht kommt. Für uns Aufführungen sind alte, gute oder von der Kritik anerkannte Operetten gewählt worden. Beide sind infolge unvorhergesehener Zwischenfälle auch einige minderwertige Sachen mit unterlaufen.

Die 40 Aufführungen verteilen sich auf die drei Häuser wie folgt:

Die Theaterkommission besteht noch aus denselben Personen wie im Vorjahr. Leider hat sie einen schweren Verlust zu beklagen. Der langjährige Vize der Arbeitervorstellungen, Georg von Bosse sen., der als Sachverständiger zugezogen war und mit seinen reichen Erfahrungen als treuer Berater der Kommission zur Seite stand, ist uns durch den Tod entrissen worden. In seinem Sinne wollen wir die Sache weiterführen; dies mag der Dank sein für seine rostlose Tätigkeit.

Die Theaterkommission:
V. A.: Otto Schmidt.

Kassenbericht 1909—1910.

Über einen Kassenabschluß, der glänzend abschließt, zu berichten ist viel angenehmer und meist auch einfacher, als wenn alle Nachforderungen erklärt und begründet werden müssen. In dieser angenehmen Lage befinden wir uns in den dritten Jahrzehnt unserer Wirklichkeit. Von dem vorgeesehenen Betrag von 47,00 Mark soll der 750 Mark Nachbewilligung haben wir nur 390 Mark erhoben. Durch höhere Einnahmen aus den Theatervorstellungen, einem Betrag des Arbeiterfängerbundes, Bau Leipzig, aus läßlich seines Konzerts in der Universitätsaula und einigen andern Einnahmen findet dies seine Erklärung. Um allgemein sind die Vorausschläge für die einzelnen Renten nicht wesentlich überschritten, so z. B. beim Unterrichts-, Bibliotheks-, Jugend- und Unfallkontos. Nur das Ausstellungskonto ist 350 Mark höher als im Etat vorgesehen.

Die Weihnachtsausstellung kostete 320,50 Mark und die Schundliteratursausstellung erforderte 228,00 Mark. Die letztere Veranstaltung war so aktuell und wichtig, daß diese Ausgabe gerechtfertigt ist. Bei unsrer so hochentwickelten Bibliotheks- und Jugendbewegung fühlen wir uns dazu verpflichtet.

Eine Künstlermatinee zu Ostern im Sanssouci, bei der die Jugendorganisationen ihr ein geringes Entgelt zahlt hatten, brachte 26,70 Mark Überschuss. Die im Vorjahr gedruckten Künstlerkarten für die Konzerte der Frau Volken Rafton sind an andre Korporationen verkauft worden und ergaben 68,00 Mark. Hoffen wir auf ein gleich günstiges Resultat für nächstes Jahr.

Kassenbericht.

	Ginnahme:	Ausgabe:
Beitrag der Körperschaften	3600.— Mr.	Unterrichtskonto 1348,25 Mr.
Gefecht des Arb.-Sängerbundes	250.— "	Weihnachtsausstellung 330,50 "
Symphoniekonzert-Komitee	20.— "	Schundliteratursausstellung 228,00 "
Vollen Lasson, Liebsterie	68,80 "	Theaterkonto 2400,25 "
Theaterkonto	26475,50 "	Bibliothekskonto 1661,70 "
Künstlermatinee	502,95 "	Künstlermatinee 470,25 "
Jugendkonto	18.— "	Jugendausstellung 169,70 "
Zugendausstellung	800.— "	Unfallkonto 323,45 "
Verkauf	800.— "	Saldo vortrag 575,43 "
Kassabestand vom 1. Juli 1909	182.—	Saldo vortrag 74,62 "
		31366,75 Mr.

Otto Schmidt, Kassierer.

Papierlaternen, Kinderfestartikel

Verlosungs-Gegenstände und Feuerwerk sowie alle Artikel für Vereine kauft man billig bei

Rich. Lipinski

Leipzig
Elsterstr. 14
Teleph. 2309

Besichtigen Sie meine erweiterte Ausstellung

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Oston.

Wohnungen von 270—320 m² zu verm., und 1. Scyber, zu verm.

Näheres beim Polier, Möckau, Engelsd. Str., Wilsdr. Neubau.

Weston.

Elisabethallee 41

vornehme, ruhige Lage, z. bezieh.; per sofort, od. 1. 10. Wohnung 4 Zimmer, Stammer, Küche, Bad u. Bärtchen, Preis 750 Mr., per 1. 10. kleine Wohnung, 3 Zimmer, Stammer, Küche u. Bärtchen, Preis 480 Mr.

Näheres Parterre links.

Plagwitz, Naumburger Str. 55,* 1. Etage links, 305,4 m² per sofort, 1. Etage rechts, 375,4 m², p. 1. 10. 3. v. Näh. b. Hausmann v. Löhrs, 19,11, Kleinzsch., Eythraer Str. 2, I. M., schön. Preis weganzäh. soz. z. verm. Kleinzschroder, Siemensstr. 37, L. I. möbl. Stube soz. od. 1. 15. 3. v.

Norden.

Mockau, Nordstraße 16, I. I. leere Stube mit Dien. z. verm.

Verkäufe und Käufe.

Milchkundschaft zu laufen gesucht. Offert sind bei Karl Peter, L. Kleinzschroder, niederaulegen.

Weisses Einschlagpapier

(Druckausschuss)
A Ztr. 10.— Mk., 1/4 Ztr. 2,50 Mk.
zu verkaufen.

Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft
Tauchaer Straße 19/21.

Jeder staunt!

von Studenten, Kavalieren, Doktoren u. nur von besseren Herrsch. wen. getrag. Auszgl. engl. Stoffe, Masch., reine, wolle, Sachen, welche neu 80 bis 100 Mr. gekostet hab., 8, 12, 15, 18, 22, 24, einz. Hos., Jodetts, Palet., eleg. Frad- u. Gesellschaftsanzüge spottbillig, auch leichweise.

Kanner, nur Plauensche Str. II, I. Nähe Brühl.

Günstiger Einkauf bietet sich für Jedermann während meines Saisons-Räumungsverkaufs!

Herren-Anzüge v. 5,00—20,50 Mr. usw. Herren-Sommer-Ueberzieher v. 4,50—19,75 Mr. usw. Herren-Hosen v. 1,00—6,50 Mr. usw. Bürsten-Anzüge v. 4,75—14,50 Mr. usw. Kunden-Anzüge v. 1,25—6,75 Mr. usw. Frad- und Gesellschafts-Anzüge auch leichweise.

Nur in

Glers Monats-Garderobe Ranstädter Steinweg 39, i. kl. Lad.

Elektrische wird vergütet. I*

Einer sagt dem andern! Wenn Sie gut u. bill. Monatsgard.

f. Herr. u. Dam. laufen woll., dann gehen Sie zu Kummer, Ranstädter Steinweg 10, I. Ein Verkauf überzeugt.*

Götzdruhe u. Holzbaut. empf. Karl Trotsch Nachf. Ernst Reff., Gell., Burgner Str. 69, in großer Zahl.

Sommerkleider in all. Farben, Mosttüme, Blus., Mäntel, Röcke etc. verkauft bill. Anna Schröter, Alexanderstr. 17, II., Ideklandstr. *

Monats- ● ● Garderoben

sind v. bess. Rent., Millionären u. Studenten sehr wenig getr. nach Maß gearbeitete Sachen (auch für Startheilebie) *

Mass-Anzüge 12, 16, 22, 28

Mass-Paletots 8, 10, 12, 18

Neue Garderobe sehr billig.

Frad- u. Gesellschaftsanzüge sehr billig, auch leichweise.

Dam.-Gard. zu sehr bill. Preis.

Friedmann Tel. 14 100

Nur Hainstr. 24, 1 Tr.

Sonntags geschlossen.

Ein Gebett Federbetten

nen, 14 Mr., billig. Elisabeth

Heidorn, Dorotheenstraße 2. *

Bettfedern — billig —

G. Funko, Neub., Liebeschstr. 7a. *

Gebr. Möbel als: Sosa, Bettst.

mit Matratzen, Tische, Stühle,

Schlafz., Küchz., Nähmasch.

billig. Lind, Lützner Str. 22, I.

Möbel verl. bill. Teilezahl. gest.

El. Werseburger Str. 62. *

Mod. Flauschsofa billig zu verl.

Schlafz., Seumestr. 61, I. I.

Kleidschr., 2 Bettst. u. 1. Kl. Kl.

Wippe, 2. Kl. Kl. Kl. Kl. Kl.

Bill. Kl. Kl. Kl. Kl. Kl.

Bill. Kl. Kl. Kl. Kl. Kl.

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 176

Sonnensehen.

Sonnenleben! Auch Gottesleben wurden sie genannt, und wie diese Bezeichnungen andeuten, die ihnen schon an und für sich einen gewissen Adel verleihen, handelt es sich dabei um urtliche Einrichtungen wahrlich nicht gemeiner Art.

Als das heilige römische Reich deutscher Nation entstand, und diejenigen, die ihm Reiterdienste leisteten, mit Land, das es ihnen zur Ruhung „zu Lehen“ gab, entschädigte und befreite, wurde doch schließlich der Grundbesitz nicht gleich überall restlos aufgeteilt. In Frankreich allerdings, so daß man dort sagen konnte: kein Stück Erde ohne Herrn. In Deutschland jedoch blieben immerhin bedeutende Landstriche von Diensten und Leistungen frei. Auf die blickten also allein „Gott und die Sonne“ herab, und deshalb nahmen sie diejenigen, die sie pfuskernten — der nun eben einmal allgemein herrschenden Lehnslehre zufolge — „von der Sonne zu Lehen“, von der schon Tacitus die Germanen glauben läßt, daß sie den Menschen das Land ausleile und Unbewohntes nicht gern belasse.

Nach dem fröhlichsten altägyptischen Brauche, der aber im Boden noch lange fortlebte, gehabt eine solche Besitzverteilung, indem man auf den herrenlosen Gebieten im Angesicht der Sonne Feuer anzündete oder sie, einen lodernden Brand in der Hand, umriß. Im deutschen Mittelalter aber ritt auf dem Sonnenleben Wartberg bei Wolfenbüttel jeder, der die Herrschaft antrat, nachtschwarze geharnischte gen Morgen und tat, sobald die Sonne aufging, mit seinem blanken Degen drei Streiche kreuzweis in die Luft, ähnlich wie die ungarischen Könige bei ihrer Krönung ihre Schwert nach den vier Weltgegenden hin schwangen.

Man huldigte also auf solche Art der Sonne, die das Land beschient und befruchtet, symbolisch als himmlischer Oberherrn, hatte dabei vor allen sonstigen Lehnslehnern den großen Vorteil voran, daß sie keinerlei Verpflichtungen auferlegte, und „fühlte sich“ dementsprechend auch in besonderem Maße. Allerdings versteigten sich dabei wohl nicht alle so weit, wie jener Lüdolf v. Aachen, der dem „oppidum Tuning“ um 1222, der, als der Kaiser Friedrich I. vorbeiging, zu dessen großer — und lauter! — Verwunderung „sagen blieb und kaum den Hut rückte“, weil er eben sein Lehen nicht von ihm, noch von irgendwem sonst empfand.

Mit der Zeit bequemten sich auch diese kleinen „freien Herren“ aus allen möglichen Mühseligkeitsgründen dazu, den immer mehr erforschenden Landesherren auch von ihren Sonnenleben zu jagen. Allerdings hielten sich ihre Abgaben immer in sehr mäßigen Grenzen; es war im Grunde nur ein Bezeugungs-Zins; das chrysändige und eigentlichste Verkommen dieser festlichen Institutionen schlägt sie gleichsam möglich vor allen Anwendungen, sie auf das Niveau gewöhnlicher Lehen herabzudrücken und in alltäglicher Weise mit Abgaben und Fronden zu beladen.

Dafür wurde aber der Alt der Präsentation der an sich ge ringfügigen Leistungen auf die allerwertvollste Art verstaufiert; die seltsame, unfertigste eigenständliche Regelung „Ulmstände“ zu machen, Bedingungen über Bedingungen zu stellen, trieb hierbei die üppigsten Blüten.

Mit einer gewissen Lattheit machte man die Sache im Grifftischen ab. Dort wurde der Zins — man nannte ihn „Sonnenleben“ — „zwischen stehender und klimmender Sonne in der Johannissnacht“ oder, wie es ein andermal heißt, „zwischen den zweien Hornbläsern“ während das Bich im Stalle war) ge zahlt. Wenn das nun auch just die kürzeste Nacht des ganzen Jahres war, hatten die Bauern dabei doch immerhin gemäßigten Zeit. Ausgleichen auf einem Sonnenleben bei Helmstedt, wo am Martinssabend zu jagen war, „da man die Stern an dem Himmel nicht sah“. Dort durfte man anscheinlich so zeitig, als man wollte, kommen. In dem Reichsdorfe Dorsten dagegen mußte man die schuldigen „Müschen“ seine winzige fischschuppenähnliche Münze plumpst auf die Minute anbringen, „nicht früher und nicht später“; den plumpsten Zinsen wurde dann durch den Speichermeister des Kapitels zu Xanten ein Glas Wein verabreicht, für die unplumpe aber verdoppelte sich die Zahlung mit jeder Stunde.

Auch in Scherndorf, wo am Tage Philipp und Jacobi vor Sonnenaufgang auf einem breiten Stein unter freiem Himmel ein Sümmchen auszuzählen war, „daß es klug“, rutschte die Strafsumme in gleicher Weise fort; daher die Bezeichnung „Autscheraus“.

Im Braunschweigischen war an jedem Weihnachtsheiligabend ein sogenannter Maigassenfest statt, und ob er schon nur wenig betrug, hatte ihn ein Reiter „auf einem gewissen Pferd“ zu überbringen. Aus anderweitigen Bestimmungen erfahren wir, daß die Rosinante einäugig war, ja von einem thüringischen Dorfe mußte sogar ein einäugiger Bote auf einäugigem Gaule dem zwölften Meilen weit entfernt wohnenden Herren drei Drechler Pfennige zustellen.

In Kempen kam alljährlich am Martinstage Punkt zwölfe Uhr mittags der Spitalbote aus Kaufbeuren ebenfalls angeritten, doch durften erstenleiweise Koch und Meister auf beiden Augen sehen. Er brachte zwei silberne Händleinpfennige. Den einen warf er in die Höhe, den andern übergab er dem Stadtmeister, „der schon darauf wartete“. Außer dem Gelde mußte er sich aber noch mit zwei — Martinusgänse schleppe, und wenn er über die Brücke ritt, wo sie das schöne Wasser sahen, durften sie beide nicht schreien, sonst war die Gabe ungültig.

Befonders lawinenmäßig wuchs der Autscheraus in Buchenau (Hessen) an. Dort schuldete das Dorf Salzberg am Weihnachtstage sechs Knaken. Der Bequemlichkeit wegen — oder eigentlich der Unbequemlichkeit wegen — braute man auch hier einen Bogen mit der Auffrischung, „das Walpertönnchen“ genannt, denn es hatte, wie die Wittrung auch war, frisch sechs Uhr am genannten Tage (1. Mai) auf einem bestimmten Stein der Brücke vor dem Schloß zu liegen. Verpäte es sich, dann schwoll der Zins progreßivisch, und am Abend wäre die Gemeinde zahlungsunfähig gewesen; deshalb gab man ihm stets zwei Begleiter mit, um an seiner Statt die Zahlung zu leisten, falls ihm unterwegs ein Unfall widerfiele. Sah es aber zu rechter Zeit auf dem Stein, dann empfingen es die Freiherren von Buchenau, lassierten die Knaken ein und traktierten es hinterher mit Speise und Trank. Ja, wenn es dabei drei Tage lang munter blieb, mußten sie es sogar bis an sein Lebensende verpflegen, schließt es aber ein, dann entfernen sie es so rasch als möglich wieder aus dem Schlaraffenlande. — Dieser Brauch hat sich dreihundert Jahre lang erhalten, ja er soll sogar heute noch gelten. (Jacob Grimm, Deutsche Rechtsaltertümer, vierte Auflage 1890.)

Wieder anders, doch nicht minder eigenartig, zinsten (bis 1785) auf Thomasstag (21. Dezember) dreizehn Häuser des mansfeldischen Dorfes Stangerode. Am Abend vorher rief der dorrtige Bauermeister seine Männer zusammen: „Geht umher Herrn den Thomaspfennig, den Kuttenginz! Die dreizehn Haushälter,

denen dies galt, standen dann immer schon unter der Tür, schlossen sich ihm an und zogen schließlich, wenn sie vollzählig be sammen waren, mit ihm nach Endorf, unter mausähnlichem Rufen: „Wir bringen den Thomaspfennig, den Kuttenginz.“ Um elf Uhr nachts kamen sie dort im Amthaus an, entrichteten eiseln ihre dreizehn Silberlinge, über die der Amtmann mit gleicher Fixigkeit quittierte; denn die Hauptsaite war: noch bevor es zwölfe schlug, mühten sie alle wieder aus dem Orte weg, der Beamte aber mit seinem Gelde auf der Post sein, um es weiter zu expedieren. Heute Minute Verspätung kostete dem schuldigen Teil eine Tonne frischer Heringe, wenn aber die Binsen bei ihrer Ankunft die Amtsruhe noch nicht offen standen, stand ihnen überdies noch eine weiße Glucke mit zwölfe weißen Küchlein von dem Amt zu.

Ahnlich geschieht es hier und da heute noch. Noch jetzt markiert alljährlich früh am Michaelsmorgen eine Vorordnung aus dem Erzgebirgsstädtchen Löbnitz nach dem Schlosse Wildensels, um sich da vor Sonnenaufgang die Lehen über den „Gotteswald“ — die jetzt gerade tausend Jahre weit zurück datieren — erneut zu lassen. Dies geschieht, indem die „Zinsen“ dem Grafen, der sie, umgeben von seinen Beamten nach einem althergebrachten Ceremonial empfängt, einige Pfennige einer natürlich längst „ausgegangenen“ Münzsorte zahlen, wodurch er ihnen diese hinterher auch jedesmal zurückgibt, um ihnen das wertvolle Benefizium zu erhalten. Außerdem stärkt er die nächtlichen, übernächtigen Wanderer auch jedesmal durch ein Frühstück, und wenn sie dann später in ihr Städtchen zurückkehren, nimmt dort die ganze Bürgerstadt allgemeinen, lebhaften Anteil an dem Ausgang ihrer Sendung.

Am Lichtenstag, ebenfalls vor Sonnenaufgang, erscheint auch alljährlich eine ähnliche Deputation vor Godolphin House in Wales, die aber — im Gegensatz zu allen vorerwähnten den Zins fordert („Gatterzins“), gefüllt von dem Vogt des Schlosses von Lambourne. Dieser Vogt zog zuerst dreimal hart an die äußere Tür: „O ja! O ja! O ja! Hier kommt der Vogt des Schlosses von Lambourne, um seines Lords gerechten Tribut zu fordern: acht Heller und einen Pfennig, ein Brot, einen Käse, ein Stück Fäkelsteck und ein Viertel vom besten Bier im Hause. Gott segne den König und den Vogt des Schlosses!“ Dann wiederholte er das Klopfen und seinen Segen auch vor der inneren Tür. Hierauf wird er eingelassen, er empfängt das Geld, die — Naturalien verzerrt er mit seinen Witzen und mit seinen Begleitern an Ort und Stelle.

Es ist gewiß kein Wunder — eher wäre das Gegenteil ein Wunder —, daß man vielfach vergessen hat, wie diese Bräuche eigentlich entstanden sind, und sie insgesamt anders deutet. So geht von dem Endorfer „Kuttenginz“ die Sage, die Stangeröder hätten einst Mönche nächtlicherweise bei ihren Frauen und Töchtern überrascht und allsofort erschlagen, oder, wie es meine Quelle annimmt umschreibt, „im sanften Raume der Lust“ ab beatorium convivia (zu den Gelagen der Seligen) gesendet. Dieser Frevel würde nun durch den nächtlichen Gang geführt.

Das Sonnenleben in Wales wiederum soll nach dem Volksglauben die Folge einer selbstsamen Weite sein. Vor dreihundert Jahren, so wird erzählt, sahen die Häupter der Familien St. Aubyn und Godolphin zusammen, als der eine ein Paar Schnecken vom Boden aufhob, sie auf den Tisch legte und vorzog, sie wettkämpfen zu lassen. Godolphins Schneide war die langsamere, deshalb stieß er sie mit einer Nadel, um sie anzuspuren. Sie nahm das aber über, zog sich in ihr Haus zurück und lief nun überhaupt nicht mehr, so daß er die Weite verlor. Daher in diesem Hause der Zins.

Auf solche Art mögen noch hinter manchen andern alten, un durchsichtigen Bräuchen Sonnenleben oder Sonnenleben versteckt sein. So waren die Bürger des „in Freiheit lebenden Schönens“ (im Vogtland) bis zur Einführung der Verfassung in Sachsen (1831) gehalten, dem Landesherrn alljährlich (oder so oft er das Städtchen besuchte) „einen hölzernen Becher, gefüllt mit einer bestimmten kleinen Münze“ zu präsentieren. Wahrscheinlich handelte es sich auch hierbei um etwas Ähnliches, ja möglicherweise sogar gar dem „selbstgebastelten Kuchen“, den die Frau des damaligen Staatsministers v. Weiß — in ihrer Eigenschaft als Herrin der Güter Frieden usw. — dem König Georg von Sachsen im Jahr 1805 ähnlich seines ersten Besuchs in der Stadt Neuenburg i. B. „nach alter Gebräuchheit auf dem Rathause“ überreichte. Nach damaligen Zeitungsberichten war das ihr Recht, höchstwahrscheinlich war dieses „Recht“ aber früher eine — Pflicht.

Johannes Kleinpaul.

Astrologie und Aberglaube im Altertum.

Wer sich einmal dem machtvollen Eindruck des bestirnten Himmels hingeben hat, dem wird leicht begreiflich sein, daß der einfache Mensch in früherer Zeit die Sterne zu seinen Göttern mochte. Er sah die Sterne in rätselhafter Bewegung, also mochte in ihnen etwas Ähnliches wie ein Wille wohnen, der das Wohin bestimmt. Und warum bewegen sie sich? Natürlich, so schloß der naive Mensch, der sich und sein Schicksal in das Zentrum der ganzen Weltordnung stellte, zu seinem Nutzen oder Schaden. Er versetzte den Lauf der Himmelskörper und glaubte aus ihm sein Schicksal lesen zu können. So mag, physiologisch erklärt, die Sternbedeutung oder die Astrologie, entstanden sein.

Wenn ich im folgenden einen Überblick über die äußere Geschichte der Astrologie zu geben versuche, so wird das dadurch möglich, daß die Astrologie, wenn auch ein Aberglaube, so doch nach strenger Methode geübt wurde, die im Laufe der Zeit Veränderungen erfuhr.

Die ältesten Denkmäler dieser Kunst finden wir in Mesopotamien, ihre Anfänge gehen wahrscheinlich auf die Akkader, das im Norden Babyloniens wohnende uralte Kulturstamm, zurück, die sich die Ureinwohner des Zweistromlands unterwarfen und die Astrologie hierher brachten. Bei diesen Groberten finden wir viele Anzeichen, die auf einen Sternenkultus hindeuten; so bezeichneten sie in ihrer Keilschrift, die später die Assyrier übernahmen, das Wort „Gott“ (akkad. dīnār, babylon. ilu) durch einen achtstrahligen Stern. Außerdem weist die Sprachwissenschaft nach, daß die Terminologie für Astrologie und Astronomie akkadischen Ursprungs ist. Nach diesen Anzeichen soll man in den Akkader die Schöpfer der Astrologie, soweit wir bisher rückwärts sehen, auch mit Recht.

Das älteste erhaltene Denkmal der Sternbedeutung ist ein Werk, das zur Zeit des Königs Sargon I. von Agade um 2000 v. Chr. entstand. Dieser Herrscher wirkte unter seinem Sieger neben den kleinen Königreichen, die in jener Gegend lagen, auch fast ganz Babylonien und Syrien zu vereinen. Zugleich war er ein Freund der Wissenschaft. Er ließ in Erech, einer uraltstadt im südlichen Babylonien, eine Bibliothek anlegen, die 1200 Jahre später, im 7. vorchristlichen Jahrhundert, König

Assurbanipal IV. von seinen Schreibern abschreiben und in Nineve niederlegen ließ. Diese Sammlung wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts aufgedeckt. Unter den Tontafeln fand sich ein aus 72 Tafeln bestehendes astrologisches Werk, genannt „die Beobachtungen der Welt“. Wie wir daraus erschließen, haben die ältesten Astrologen auf den Mond, die Venus und den Mars einzeln sowie auf deren Stellung zu den Gestirnen ihr Ausmerkmal gerichtet. Wir finden Prophezeiungen folgender Art: „Ist der Mond am 1. des Monats sichtbar, so wird das Land gebunden und das Herz desselben frohlocken“, oder: „Er scheint der Mond auffällig groß, so wird eine Flutkatastrophe eintreten“, oder: „Steht Venus und Mars in Opposition zum Merkur, so wird der König von Akkad lange leben und die Achsen des Landes werden blühen“.

Aus diesen Aussprüchen ist ersichtlich, daß die damaligen Astrologen ihre Kunst zugunsten des Herrschers und des Landes anwandten. Wie uns jedoch der Griech Diidor berichtet, schenkte man sich später in Mesopotamien leidenschaftlich, auch Privatleute ihr Schicksal voranzutragen, und man kann annehmen, daß die Astrologen ziemlich häufig ausgeschaut wurden. Wie uns Diidor erzählt, behaupteten sie, die Schönheit und Ordnung des Weltalls habe eine göttliche Vorsehung geschaffen, danach könne aus Erdem kein Vergang anfällig sein, alles müsse im voraus durch die Götter bestimmt sein. Das ist in der Tat die Grundlage einer priesterlichen Weltanschauung im alten Babylonien geworden. Der Jude Philo berichtet über die babylonischen Astrologen, nach ihrem Glauben hätten alle Naturerscheinungen eine sichtbare Ursache, Glück und Unglück eines Leben hinge ab von Sonne, Mond und den andern Gestirnen. Gemeint sind damit die Planeten. Auch späterhin bewahrte die Astrologie diesen planetarischen Charakter. Man nenne sie recht bezeichnend „Dolmetscher“ nämlich des Schicksals. Nach der Ansicht der Akkader und der Völker jener Gegend gab es 7 Planeten, die in der Reihenfolge Sonne, Mond, Mars, Merkur, Jupiter, Saturn ordneten. Sehr interessant nun ist die Tatsache, daß die Bezeichnung der Wochentage bei den Auturovölkern auf diese Reihenfolge zurückging, wobei die germanischen Sprachen für Mars, Merkur, Jupiter, Venus die Namen der Nationalgötter Juno, Wotan, Donar, Freja einsetzen.

Auch in Ägypten herrschte schon in alten Zeiten ein Sternenkultus, der trotz seines hohen Alters nicht der erste gewesen zu sein scheint. Nach ägyptischer Ansicht standen Monate, Tage, Stunden unter der besondern Macht von Gottheiten. Es gibt Kalender, nach denen einem jeden sein Schicksal vorausgesagt wird, je nachdem an welchem Tage er geboren wurde. So finden wir z. B.: Wer am 14. Ulthyr (an diesem Tage erschlußt Apophis, der Gott des Ödes, den Osiris) geboren wäre, sollte eines gewaltigen Todes sterben. Wer am 13. Maopis (geborene sollte durch eine Schlange, der am 27. durch ein Krokodil umkommen.

Das interessanteste Denkmal der ägyptischen Astrologie sind zwei Kalender, die in den Grabmälern des 6. und 9. Ramses in dem ägyptischen Theben gefunden sind. Jedes Gestirn hat darüber zu einer bestimmten Stunde Einfluß auf irgendein Glied des Körpers. Es heißt dort: 1. Stunde, Orion Schicksal des linken Ellenbogens. 2. Stunde, Zwillingsschicksal hat Einfluß auf das linke Ohr. 10. Stunde, die Älje des Schwellenbeherrschenden das linke Auge usw. Hierin hat man zweifellos den ersten Anfang der Verknüpfung der Heilkunst mit der Astrologie zu sehen. Späterhin standen beide Alten in engerer Verbindung miteinander. Von besonderer Bedeutung in der ägyptischen Astrologie waren die sogenannten Delane, das ist der Tag der ägyptischen Woche. (Man rechnete das Jahr zu 30 Wochen von je 10 Tagen.) Diese Lehre von den Delanen bildete besonders ein gewisser Recepys aus, ein Name der in astrologischen Literatur häufig zu finden ist.

Bei den Griechen tritt diese orientalische Kunst verhältnismäßig spät auf, und zwar in kleinen Anfängen erst nach den Perserkriegen, dann aber besonders im 4. Jahrhundert, zur Zeit Alexanders des Großen, als Orient und Okzident in nähere Beziehung traten. Zwar versuchte man schon den Homer zum ersten Astrologen an Tempeln, wie man ihn ja schon zum ersten Geographen gestempelt hatte. Doch war dies nur gelehrt Ansicht. Auch Herodot berichtet uns von Dichtern der Vorzeit, die astrologische Prophezeiungen in ihren Gedichten verwandt hätten. Vielleicht meinte er damit die zur Mystik neigenden orphischen Dichter, jedoch ist uns kein Gedicht dieser Art erhalten. Ganz eigenartig aber ist es, daß man die Philosophen mit dem Namen „Astrologen“ belegte und ihnen verschiedene Weissagungen in den Mund legte. Von Thales wird erzählt, er habe einst zur Wintersaison eine günstige Olivenernte vorausgesagt, und deshalb habe er alle Kelter, deren er habhaft werden konnte, gemietet, und wirklich habe er dann ein recht gutes Geschäft gemacht. Von der Beschäftigung des Pythagoras mit Astrologie geben uns die Quellen sichereres Zeugnis. Bei ihm sind Einflüsse der altorientalischen Kultur sicher nachweisbar. Einige Jahrzehnte später, zur Zeit der Perserkriege um 480, verfügte ein Magier Othanes die haldäische Kunst in Griechenland einfließen. Aus atmosphärischen und überirdischen Erscheinungen verständigte er dem Vater des Eurypides bei der Geburt seines Sohnes, sein Sohn würde einst als Sieger aus einem Wettkampf einhergehen. Ganz eigenartig aber ist es, daß man die Philosophen mit dem Namen „Astrologen“ belegte und ihnen verschiedene Weissagungen in den Mund legte. Von Thales wird erzählt, er habe einst zur Wintersaison eine günstige Olivenernte vorausgesagt, und deshalb habe er alle Kelter, deren er habhaft werden konnte, gemietet, und wirklich habe er dann ein recht gutes Geschäft gemacht. Von der Beschäftigung des Pythagoras mit Astrologie geben uns die Quellen sichereres Zeugnis. Bei ihm sind Einflüsse der altorientalischen Kultur sicher nachweisbar. Einige Jahrzehnte später, zur Zeit der Perserkriege um 480, verfügte ein Magier Othanes die haldäische Kunst in Griechenland einfließen. Aus atmosphärischen und überirdischen Erscheinungen verständigte er dem Vater des Eurypides bei der Geburt seines Sohnes, sein Sohn würde einst als Sieger aus einem Wettkampf einhergehen. Ganz eigenartig aber ist es, daß man die Philosophen mit dem Namen „Astrologen“ belegte und ihnen verschiedene Weissagungen in den Mund legte. Von Thales wird erzählt, er habe einst zur Wintersaison eine günstige Olivenernte vorausgesagt, und deshalb habe er alle Kelter, deren er habhaft werden konnte, gemietet, und wirklich habe er dann ein recht gutes Geschäft gemacht. Von der Beschäftigung des Pythagoras mit Astrologie geben uns die Quellen sichereres Zeugnis. Bei ihm sind Einflüsse der altorientalischen Kultur sicher nachweisbar. Einige Jahrzehnte später, zur Zeit der Perserkriege um 480, verfügte ein Magier Othanes die haldäische Kunst in Griechenland einfließen. Aus atmosphärischen und überirdischen Erscheinungen verständigte er dem Vater des Eurypides bei der Geburt seines Sohnes, sein Sohn würde einst als Sieger aus einem Wettkampf einhergehen. Ganz eigenartig aber ist es, daß man die Philosophen mit dem Namen „Astrologen“ belegte und ihnen verschiedene Weissagungen in den Mund legte. Von Thales wird erzählt, er habe einst zur Wintersaison eine günstige Olivenernte vorausgesagt, und deshalb habe er alle Kelter, deren er habhaft werden konnte, gemietet, und wirklich habe er dann ein recht gutes Geschäft gemacht. Von der Beschäftigung des Pythagoras mit Astrologie geben uns die Quellen sichereres Zeugnis. Bei ihm sind Einflüsse der altorientalischen Kultur sicher nachweisbar. Einige Jahrzehnte später, zur Zeit der Perserkriege um 480, verfügte ein Magier Othanes die haldäische Kunst in Griechenland einfließen. Aus atmosphärischen und überirdischen Erscheinungen verständigte er dem Vater des Eurypides bei der Geburt seines Sohnes, sein Sohn würde einst als Sieger aus einem Wettkampf einhergehen. Ganz eigenartig aber ist es, daß man die Philosophen mit dem Namen „Astrologen“ belegte und ihnen verschiedene Weissagungen in den Mund legte. Von Thales wird erzählt, er habe einst zur Wintersaison eine günstige Olivenernte vorausgesagt, und deshalb habe er alle Kelter, deren er habhaft werden konnte, gemietet, und wirklich habe er dann ein recht gutes Geschäft gemacht. Von der Beschäftigung des Pythagoras mit Astrologie geben uns die Quellen sichereres Zeugnis. Bei ihm sind Einflüsse der altorientalischen Kultur sicher nachweisbar. Einige Jahrzehnte später, zur Zeit der Perserkriege um 480, verfügte ein Magier Othanes die haldäische Kunst in Griechenland einfließen. Aus atmosphärischen und überirdischen Erscheinungen verständigte er dem Vater des Eurypides bei der Geburt seines Sohnes, sein Sohn würde einst als Sieger aus einem Wettkampf einhergehen. Ganz eigenartig aber ist es, daß man die Philosophen mit dem Namen „Astrologen“ belegte und ihnen verschiedenen Weissagungen in den Mund legte. Von Thales wird erzählt, er habe einst zur Wintersaison eine günstige Olivenernte vorausgesagt, und deshalb habe er alle Kelter, deren er habhaft werden konnte, gemietet, und wirklich habe er dann ein recht gutes Geschäft gemacht. Von der Beschäftigung des Pythagoras mit Astrologie geben uns die Quellen sichereres Zeugnis. Bei ihm sind Einflüsse der altorientalischen Kultur sicher nachweisbar. Einige Jahrzehnte später, zur Zeit der Perserkriege um 480, verfügte ein Magier Othanes die haldäische Kunst in Griechenland einfließen. Aus atmosphärischen und überirdischen Erscheinungen verständigte er dem Vater des Eurypides bei der Geburt seines Sohnes, sein Sohn würde einst als Sieger aus einem Wettkampf einhergehen. Ganz eigenartig aber ist es, daß man die Philosophen mit dem Namen „Astrologen“ belegte und ihnen verschiedenen Weissagungen in den Mund legte. Von Thales wird erzählt, er habe einst zur Wintersaison eine günstige Olivenernte vorausgesagt, und deshalb habe er alle Kelter, deren er habhaft werden konnte, gemietet, und wirklich habe er dann ein recht gutes Geschäft gemacht. Von der Beschäftigung des Pythagoras mit

nicht verstanden. Allein ihr Fatalismus macht diese Stellung erklärbare.

Um sich einen Begriff zu machen, in wie krasser Form dieser Übergläubische auftrat, ist die Lettre eines Gedichts von einem alexandrinischen Dichter Maximus zu empfehlen. Nach diesem Gedicht ist der Mond ein äußerst dienstbereiter, nützlicher Gesell. Der heitatslustige erfährt nämlich aus der Stellung des Mondes zu den andern Gestirnen, ob sein Liebchen ein sanftes Weib werden oder ob sie zur Kanthippa ausdauen werde. Weiter erfährt man daran alles Wünschenswerte über etwa vorgenommene Reisen, Operationen, über Landbau, Unterricht usw.

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß die Römer, ein so praktischer Menschenschlag, schon seit alter Zeit dem Übergläubischen huldigten, der sogar im staatlichen Kultus durch das Priesterseminar des Augustus vertreten war. Man schreibt dies mit Recht der Nachbarschaft der Etrusker zu. Und da die Römer eine fast ausgebildete Götterlehre nicht besaßen wie die Griechen, so führten sich bei ihnen verhältnismäßig rasch fremde Kulte ein. So finden wir schon im Jahre 204 v. Chr. den Kultus der phrygischen Göttermutter in Rom. Um dieselbe Zeit lebte der Dichter Ennius, der der griechischen Literatur in Rom Einzug verschaffte. Unter den griechischen Autoren wählte er besonders die Lehre des Euhemeros und des Epicharmos aus, die beide die Volksreligion in Allegorien aufzulösen bemüht waren. Damals kam Rom zuerst in politische Verwicklungen mit Hellas und dem Orient. Römische Legionen setzten zum erstenmal ihren Fuß auf asiatischen Boden. Fremde Götter und Gebräuche bekamen sie an Schonen, und was ihnen zusagte, das verwandelten sie in die Heimat. Noch ein drittes Ereignis hat damals das römische Gelehrte beeinflusst. Im Jahre 155 v. Chr. kam eine politische Gefangenschaft aus Athen nach Rom, bestehend aus dem Akademiker Xanthippus, dem Stoiker Diogenes und dem Peripatetiker Aristo. Wenn diese auch bald ausgewiesen wurden, so genügte doch ihr kurzer Einfluß, um besonders in der römischen Jugend das Interesse an der Philosophie zu erwecken. Bereits Panactus verpflanzte den Stoikismus nach Rom, und bald darauf, 130 v. Chr., hören wir von einer ersten Ausweitung der Astrologen durch den Predtor C. Scipio Hispanus. Jedoch waren diese Vermischungen vergebens. Mitglieder der römischen Aristokratie und hohe Beamte finden wir in dem Übergläubischen ergeben. Als Sulla, der sich der Macht im Staate bemächtigt hatte, im Jahre 87 nach Griechenland ging, waren ein gewisser Octavius, ein Bekennungsgegne des Sulla, und Cinna, ein ehrlicher Demokrat, Konsuln. Der letztere brachte sogleich Gefegedestörlinge ein, die Reformen Sullas befürworteten sollten. In dem sich entspinnenden Kampfe zwischen Optimaten und Plebsern blieb Octavius Sieger. Cinna verlor die Stadt, kammeite in Sizilien als Unzufriedener, verband sich mit dem Todfeind des Sulla, dem Marius, und rückte gegen Rom. Alle Optimate verliehen die Stadt beim Angriffen der übermächtigen Feuer. Nur Octavius blieb infolge eines Auspruches eines Astrologen, es werde sich für ihn alles zu Besten wenden. Er sandt seinen Tod. Sulla erzählte selbst von sich, daß ihm der Tod aus der Höhe seiner Macht erreichen würde, wie ihm die Sterndeuter verkündet hätten.

Der erste Römer, der die Astrologie betrieb, war ein gewisser Agidius Agustus. Er soll dem Octavius, dem Vater des Kaisers Augustus, bei der Geburt seines Sohnes verhindert haben, sein Sohn werde einst den ganzen Erdkreis beherrschen. Ein anderer angesehener Astrologe dieser Zeit war P. Tarutius Firmianus, der es unternahm, auf astrologischen Wege die Gründung Rom's genau zu ermitteln. Doch gab es um diese Zeit auch viele Römer, die von dieser mystischen Kunst nichts wissen wollten. Unter diesen wendet sich vor allem Ciceron in seiner Schrift über die Wahrhaftigkeit gegen die Astrologie. Vor allen Dingen ist er Gegner der fatalistischen Weltanschauung, die die Astrologie mit sich bringen müsse. Sie behauptete ja, jedem Menschen sei sein Geschick vorausbestimmt. Wenn das Schicksal es will, ist ja allesstreben vergeblich. Mit dieser Auffassung mußte sich eine allgemeine Stumpfheit und Gleichgültigkeit einbürgern. Da man diese Gefahr sah, wurden die Astrologen 33 v. Chr. zum zweiten Male ausgewiesen, jedoch ohne Erfolg. Denn in der nun beginnenden Kaiserzeit gewann der Übergläubische seine größte Macht. Die Kaiser, die ja vielfach Despoten waren, hatten viele Feinde, die sich aus Republikanern und persönlichen Feinden zusammensetzten. Sie lebten in beständiger Todesgefahr. Aus diesem Grunde ist es ganz natürlich, daß sie ihre Zukunft von den Sterndeutern erfragten, die großen Vertrauen genossen. Der Kaiser Augustus, der in sächlicher Furcht vor Donner und Blitz erlebte, war der Magie gänzlich verfallen. Er und sein Begleiter Agrippa ließen sich zu Apollonia von dem Astrologen Theogenes ihre Zukunft verhüten, und der Dichter Manilius, der des Kaisers Vorliebe für solche Dinge kannte, widmete ihm ein aus fünf Bänden bestehendes Werk, Astronomica genannt. Deutlich tritt die fatalistische Weltanschauung des Dichters hervor. Besonders charakteristisch ist ihm, daß er den Sternbildern des Tierkreises bestimmenden Einfluß auf das Menschenleben aufschreibt. Auch Kaiser Tiberius war Anhänger der Astrologie. Sein Lehrer war der berühmte Thrasylus aus Abobis. Der Kaiser selbst soll dem späteren Kaiser Galba, der im Jahre 67 zum Kaiser ausgerufen wurde, schon im Jahre 38 die außlängige Kaiserherrschaft aus den Sternen vorhergesagt haben. Ganz bezeichnend für den mithiranischen Charakter des Tiberius ist es, daß er sich oft einschloß, um seine astrologischen Studien zu treiben. Nur einen kräftigen ungebildeten Menschen, der von der Kunst nichts verstand, nahm er mit sich, mitunter auch Astrologen, um ihre Aussagen auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Einst nahm er, so erzählt man, auch den Thrasylus mit sich in sein auf hohen, steilen Hessen liegenden Observatorium. Thrasylus nun verhinderte ihm, er werde einst den Kaiserthron bestiegen. Um nun gleich die Nichtigkeit dieses Ausprüches zu prüfen, stellte er an ihn die zweite Frage, ob er wähle, wann er selbst sterben würde. Dabei hatte er sich eben vorgenommen, den Thrasylus ins Meer stürzen zu lassen. Thrasylus, ein seiner Menschenkenner, mochte die Absicht des Tiberius erkannt haben. Er machte sich an die Arbeit. Unter großer Erregung wendete er sich von den Apparaten hinweg. Sein nahes Ende stand ihm bevor, so meldete er dem Tiberius. Dieser, durch diese gelungene Probe seiner Kunst hocherfreut, machte den Thrasylus zu seinem Wohlstätt und vertrauten Freund. Gegen die andern Magier jedoch ging er mit großer Härte vor. Er strafte sie, könnten den großen Einfluß, den sie auf das Volk hätten, zu politischen Zwecken verwenden. Er ließ sie ausweisen. Einem gewissen P. Vitianus ließ er sogar vom tazischen Hessen flüchten, einen andern Magier, einen gewissen P. Magetus, erst mit Ruten peitschen und dann enthaften. Bei den Kaisern Caligula und Claudius war der Einfluß der Astrologen nicht geringer, geschweige denn bei Nero. Als einst ein Komet am Himmel erschien, der von dem Astrologen Balbillus als ein Zeichen kommenden Unheils angesehen wurde, ließ der Kaiser auf Anraten desselben Mannes, um das Unglück abzuwenden, eine ganze Anzahl vornehmer Bürger hinrichten. Otho, einer der drei Kaiser des Jahres 69, war im nicht geringsten Weise wie seine Vorgänger dem astrologischen Beirat angetan, und Vespanian ließ sich einesfalls durch den Prokonsul Mucian, anderseits durch günstige Konstellation zum Kampfe um den Kaiserthron bewegen. Als Kaiser wies er die Astrologen mit Ausnahme seines Hofastrologen aus. Auch Titus und besonders Domitian ließen sich stark durch Astrologie beeinflussen. Unter ihm wurden alle bietenden, denen Nachfolge auf den Kaiserthron durch astrologischen Beirat verheißen war, grausam verfolgt. Unter Hadrian tritt in einem gewissen Favorinus ein Gegner der Astrologie auf, der die Jugend durch Neben davon abzubringen sucht. Jedoch unter Antoninus Pius beschreibt der berühmte Claudio Ptolemäus sein astronomisches Hauptwerk, das bis auf die Zeit des Copernicus zurückgeht.

wurde. Außerdem ist uns von demselben Gelehrten ein rein astrologisches Werk, bestehend aus vier Büchern, erhalten. Unter dem späteren Kaiser war mancher für, mancher gegen die Astrologie. Ihren Höhepunkt erlebte sie unter Alexander Severus (222–235). Die Astrologen erbauten die Freundschaftliche Schulen zu errichten, und bezogen einen festen Jahresgehalt. Sie waren also in aller Form staatlich anerkannt. Unter Diocletian beginnt aber ein Kampf gegen die Astrologie. Er droht mit Deportation und Verbewigung in Bergwerke zur Zwangsarbeit. Die christlichen Kirchenväter, Tertullian und Origines, schließen sich diesem Kampfe an, während der entsprechende Neuplatonisten diesen Übergläubischen beherbergten. Im 4. Jahrhundert sah sich der Kaiser Konstantin nochmals zu einer Ausweitung der Astrologen genötigt. Sie hilft aber ebenso wenig wie die Edikte seiner Vorgänger. Und den Befreiunissen Augustins erschien wir, daß die gesamte Welt an diesem Übergläubischen festgehalten habe. Die Christen waren gegen die Astrologie; jedoch gab es auch christliche Sekten, die Christentum und Astrologie zu vereinen suchten. Auf verschiedenen Kirchenversammlungen mußte man dies ausdrücklich untersagen.

Späterhin ging nun die Astrologie auf die Araber über, um von dort wieder nach dem Orient zurückzukehren, wo sie in hohem Aufsehen gelangte. Im 14. und 15. Jahrhundert erlebte die Astrologie ihre stärkste Verbreitung und Wirkung in Europa, die selbst durch das opernässische System nicht völlig befehligt wurde. Im 16. Jahrhundert war selbst ein so kluger Geist wie Melanchthon der Astrologie geneigt, deren Einfluss bis ins 18. Jahrhundert zu verfolgen ist. Als den letzten Astrologen bezeichnet man den Hofrat J. W. Pfaff, der noch 1816 und 1821 astrologische Jahrbücher herausgab.

Die Cholera in Russland.

Mit grimmiger Ironie kostettete Kostlett ein russischer Arzt, man könne nicht mehr von der asiatischen Cholera sprechen, sondern die Wissenschaft sieht vor der Cholera russifica. In der Tat muß man, so will es scheinen, wortlos jede Hoffnung auf das baldige Verschwinden der Cholera aus Russland lassen. Sie verläßt mit Eintritt der kalten Jahreszeit und kehrt beim Beginn des Sommers wieder auf. Ihre Kraft ist seit drei Jahren kaum geschwächt, sondern sie hält sich so ziemlich auf der gleichen Höhe. Wenn die amtlichen Bissern auch das Gegeute zu erwischen scheinen, so darf man nicht vergessen, daß diese amtlichen Bissern durchgestutzt sind und die russischen Blätter den gemessenen Befehl erhalten haben, nur amtliche Bissern zu veröffentlichen, oder am besten ganz zu schweigen, um das Publikum nicht zu „beunruhigen“, wie es in der ministeriellen Geheimvorwortschrift heißt.

Russland scheint also in bezug auf Cholera Indien den Fang ablaufen zu wollen. In der Tat sind gewisse Vorbereidungen die gleichen. Auch in Russland ist das Volk durch Unterernährung ganz besonders disponiert. Armut, Schmutz, absolute Unfertigkeit und zeitweiliger, unmöglichiger Brantweingenuß sind fernere Faktoren, die der Ausbreitung der Seuche Vorhabe leisten. Die sanitären Bedingungen sind nicht nur auf dem flachen Lande, sondern auch in den Städten die allertraurigsten. Kulturmenschen können sich überhaupt keinen Begriff davon machen, wie schlimm die Verwaltung und die Verkommenheit in russischen Provinzstädten ist.

In dieser Hinsicht marschiert die glanzvolle Hauptstadt des Reichs an der Spitze. Der eigentliche Choleraherd ist Petersburg, das das ganze Reich versucht. Die Stadtverwaltung von Petersburg hat bisher schon etliche Millionen verausgabt, doch ist das Geld einfach weggeworfen, denn es wird einesteils unverständlich verwendet — einiges verschwindet auch —, anderenteils aber sind die grundlegenden Bedingungen für die Sanierung der Stadt nicht vorhanden. Man wird es kaum glauben wollen, daß Petersburg nur in der älterprimitivsten Weise kanalisiert ist. Die Abwasser und der Inhalt der Spülklosetts sogar der Hopitaläder wird in die Kanäle und andre Wasserläufe geleitet, die alle in die Neva münden. Aus der Neva, auf der zudem Tausende von Schiffen und Schutzbahnen von Barken verkehren, wird das Trinkwasser genommen, und zwar im Weichbild der Stadt, beinahe im Zentrum. Nur besteht Petersburg wohl eine Filteranlage, die an 5 Millionen geflossen ist, doch genügt diese Filter nicht. Man liefert daher zwei Drittel des Wassers unfiltriert, dabei haben ausgebaute Stadtteile überhaupt keine Wasserleitung, sie benutzen flache Brunnen, die schon auf 2 Meter Wasser geben.

Die Märkte, die Straßen, Häuser und Höfe sind überaus unsauber, das Volk indolent und durchaus fatalistisch veranlagt und läßt jede Vorhabe außer acht. So kann man also leicht verstehen, daß die Cholera in Peterburg ein festes Standlager aufgeschlagen hat. Es ist wohl möglich, daß man trotz aller dieser nicht im Handumdrehen zu beseitigenden Mängeln in einer europäischen Stadt die Seuche herabdrücken und schließlich austrotten könnte. In Petersburg ist daran nicht zu denken, denn die Petersburger Stadtverwaltung denkt nicht an das öffentliche Wohl, sondern ausschließlich an die Vorteile der eigenen Tasche. Dinge, die Energie, große Konsequenz, Umsicht und Sorgfalt verlangen, sind nicht ihre Sache. So läßt sie die Dinge gehen, wie sie mögen, und sie beschreibt sich auf Mahnungen rein äußerlicher Art. Flammendrote Plakate warnen an allen Straßenecken vor dem Gemüth rohen Wassers, des selben Wassers, das diese illustre Verwaltung für teures Geld liefert. Dabei gibt es für den unfähigen armen und bedürfnislosen russischen Arbeiter keine Gelegenheit, gekostetes Wasser kostenfrei zu erhalten. Die Dönnchen mit Trinkwasser, die die Handelsbürger liefern müssen, verabreden nur auf den Hauptstraßen. Es gibt nicht einmal Botschafts- und Polizei-Speisehallen für die Arbeiter des Armen. Es gibt nichts als nur etiel Spiegelscheiter, aufgeschlossene Unschönheit, Unreinlichkeit und eine ans Fabelhafte grenzende saloppe Unkultur. Dabei tagen unablässig allerlei Kommissionen, die „Maßnahmen“ beraten und zu keinem andern Resultat gelangen als zu schönen Tagelöhnen, und es werden allerlei strenge Vorschriften erlassen, nach denen kein Mensch sich richtet. Die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle nimmt langsam, aber höher zu, und der Probrachitis-Zriedhof läßt sich mit den armen Menschen, die in die Residenz gekommen sind, um dem erschitternden Elend des russischen Dorfs zu entgehen.

In der Provinz macht man von der Cholera weniger Aufhebens. Die örtlichen Machthaber sind redlich bemüht, jede Nachricht über Cholerasfälle zu unterdrücken, oder aber doch, wenn es schon gar nicht anders geht, die Bissern herabzumindern. Die russischen Gouverneure schützen nichts so sehr wie die Deffentlichkeit; es ist ihr Glück, daß sie unbeschränkte Herrren über die Presse sind, deren Vertreter sie ohne weiteres vernichten können. Aber es steht nicht gut um die Provinz. In der Wolgagegend wütet die Seuche und rafft die Menschen zu Hunderten fort. In verschiedenen Orten sind schon die sogenannten Cholera-Ürruren entstanden, die ein Dokument der Unkultur des russischen Volks sind. Die Menschen erkranken und sterben. Man bringt sie in die Hopitaläder. Das mit einemfaßt taucht eines der unfinnigen Gerüchte auf, die den gutmütigen russischen Bauern im Handumdrehen in eine Bestie verwandeln können: „Die Ärzte verpesten die Brunnen; sie martern die Kranken zu Tode. Nieder mit den Ärzten, schlägt sie tot!“ Eine johlenbare Volksmasse erscheint. Das Hospital wird zerstört; die Ärzte und Heilgehilfen können froh sein, wenn sie mit dem Leben davontreffen. Oft fallen sie der unzähligen Wut des Volks zum Opfer. Furchterliche Szenen spielen sich ab, die Kofaten erscheinen, um um den Preis neuer Menschenleben Ruhe zu schaffen...

Die Seuche nimmt jedenfalls in erschreckender Weise zu, während an ihrer Unterdrückung von der Regierung so gut wie nichts getan wird.

Kunstchronik.

Zwei nordische Dramen. Im Verlag von Albert Langen in München sind soeben zwei nordische Dramen erschienen, die sicher ihre Freunde finden werden. Das eine, ein vieraktiges Schauspiel: *Das Spiel des Lebens*, ist von Knut Ham-sun, dem Flinsigländer, den sie jetzt in Norwegen als den Erben Björnsöns ansprechen. Es wird schon beachtet werden, well es von Ham-sun ist und die Art seiner Art hat. Die Nordlandnatür spielt in die bunte Handlung hinein, und die Menschen, die über die Bühne wanken und gleiten, stehen unter der Herrschaft eines väterlichen Schiffs, gegen das es keine Auseinandersetzung gibt. Fragt sich nur, ob die Bühnenkunst dieje Menschen, die wie Marionetten und Karikaturen in einer geheimnisvollen Welt auftauchen und untergehen, und ihre Schicksale zu einem Gebilde von künstlerischer Einheit zusammenfassen werden wird, oder ob das alles wie eine ethnographisch interessante Maskerade vorüberziehen wird, der nur der Name des Verfassers vorübergehende Bedeutung verleiht.

Anderer sieht es mit der dreilaufigen Tragikomödie: *Simson und Delila* des Dänen Sven Lange. Dies Stück ist die Schauspieler zeilen. Der Dichter Peter Krumbach, die Hauptfigur des Stücks, muß ein Fest für einen scharfen Charakteristiker sein, der ein kompliziertes Seelengemälde mit Glanz hinzulegen versteht. Hier ist beides beieinander, was so selten zusammen zu treffen ist, literarisches Raffinement und Theatralismus. Der Dichter Krumbach, der in ein kleines Drama Simson und Delila sein Verhältnis zum Publikum und zu seiner Frau, einer liebhaberischen Dirne, hinstellungsreich hat, ist ebenso hoffst, gezeichnet, wie er in seiner Dichter- und Cheemannsart, innerlich schwer verwundet und dem Untergang nahe, hoffst mit der Umwelt spielt, geistig überlegen und im Grunde wehrlos, ein Bild zum Deuteln und zum Lachen, bis die geplastische Kreatur, ein ebenso bemitleidenswerter wie lächerlicher Simson, sich zur Tat aufruft und überwunden Abschied nimmt. Ironie und Mitleid, greller Spott und Liebe umfassen die Gestalt und durchdringen das ganze Stück, das in seiner schillernden Art einigermaßen an Wedekind erinnert, aber technisch weit raffinierter gearbeitet ist als dessen Dramen. Dem Stück ist zu wünschen, daß sich eine erste schauspielerische Kraft seiner annimmt, die es in seiner Eigenart zur Geltung zu bringen vermag.

Aus Natur und Geisteswelt. In dieser bekannten Sammlung (Leipzig, Verlag von B. G. Teubner) erschien in dritter Auflage Nr. 40: Prof. Dr. Felix Auerbach. Die Grundbegriffe der modernen Naturlehre. Das Buch gibt eine Entwicklung der Begriffe, die in der modernen Naturlehre eine allgemeine Rolle spielen: die Begriffe Raum und Zeit, Kraft und Masse, der allgemeine Eigenheiten der Materie, der Begriffe Arbeit und Energie, endlich der modernen Begriffe Entropie und Ektropie. Ihren eigentlichen Inhalt gewinnen diese Begriffe erst durch die allgemeinen Sätze, die sich von ihnen auszogen lassen und die man Prinzipien nennt. So sind denn diese ebenfalls entwidelt, besonders ausführlich natürlich die Erhaltung der Energie und die Vermehrung der Entropie, da diese beiden Prinzipien allem Naturgeschehen die allgemeine Grundlage und Direktive geben. Die Auseinandersetzung ist durch zahlreiche Figuren erleichtert, auch sind vielfach Beispiele und Tafelstabellen der wichtigsten Größen beigegeben. Die neue Auflage hat einige höhere Insätze erhalten, die die neusten Vorstellungen über Elektronen, Uranium, scheinbare Masse, Umwandlung der Elemente usw. betreffen.

Weiterhin sind drei neue Nummern erschienen: Nr. 311: Dr. Heinrich Alt, Die Käthe, ihr Wesen, ihre Erzeugung und Herstellung. Mit 45 Abbildungen und 2 Tafeln. Nr. 312: Privatdozent Dr. Heinrich Rosin, Herz, Blutgefäße und Blut und deren Erkrankungen. Nr. 320: Heinrich Gerdes, Geschichte des deutschen Bauernstandes. Mit 21 Abbildungen im Text.

Neues Theater. Mittwoch: Der sibele Bauer. Donnerstag: Rosenmontag. Freitag: Lustspiel in 3 Akten von Victorien Sardou (neu eingestudiert). Sonntag: Der Graf von Luxemburg. Montag: Zapfenstreich. — Altes Theater. Mittwoch geschlossen. Donnerstag: Der Graf von Luxemburg. Freitag geschlossen. Sonnabend: Die Dolarzyne (halbe Preise). Sonntag: Wenn der junge Wein blüht. Montag geschlossen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Mittwoch: Theodore u. Co. Donnerstag, Freitag: Die Logenbrüder. Sonnabend: Der Raub der Sabinerinnen (Sriele: Anton Frank). Sonntag, Montag: Die Logenbrüder. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomastr.). Mittwoch, Donnerstag: Das gewisse Etwas. Freitag: Hedda Gabler. Sonnabend: Allerseelen. Sonntag, Montag: Das gewisse Etwas. Montag: Die wilde Rose. Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag: Die leichten sechs Wochen.

Battenberg-Theater. Mittwoch: Auf der Sonnenseite. Donnerstag: Die wilde Rose. Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag: Die leichten sechs Wochen.

Kristallpalast (Theatersaal; Vaudeville-Saison). Allabendlich 1/2 Uhr: Der Mann einer Künstlerin; Die Schamige; Mano-leben, der Fürst der Diebe; Disziplinararrest.

In Dresden starb nach jahrelangem Siechtum der Isl. Musikdirektor August Tenner, der sich als Gründer und Leiter der Gewerbeausstellung bedeutende Verdienste um die populäre Kunstsiedlung in Dresden erworben hat. — In Salzburg ist während des Musikfests ein neues Mozartbild ausgestellt, das im Februar dieses Jahres entdeckt wurde. Es stammt von Jean Baptiste Greuze und entstand entweder 1784 oder 1788, als sich die Familie Mozart in Paris aufhielt. —

Notizen.

Eine neue Metallisierung. Für unzählige Zwecke ist es nötig oder wünschenswert, Stoffe mit einem seinen metallischen Überzug zu versehen. Den bisher zur Erfüllung dieses Zwecks gebrauchlichen Mitteln hat der Schweizer Ingenieur Schoo ein neues Verfahren hinzugefügt, das in der Schweizer Bauzeitung auf Grund eines Vertrags des Erfinders beprobt wird. Die Beschreibung ist zwar nicht so eingehend, daß alle Einzelheiten, der Neuheit daraus entnommen werden können, gibt aber doch eine Vorstellung von den wesentlichen Punkten des Verfahrens. Es handelt sich darum, das Metall in flüssigem Zustande durch eine kleine Ofenkammer zu pressen und so zu verfestigen. Dazu wird Dampfsluft oder Gas benutzt. Da das Metall dabei flüssig sein muss, so ist natürlich eine entsprechende Erhitzung nötig, und man könnte meinen, daß sich aus diesem Grunde die Anwendung des Verfahrens bei Stoffen, die schon bei verhältnismäßig geringer Erwärmung sich entzünden, verbietet. Das ist aber nicht der Fall, weil bei der Verfestigung die Temperatur des Metalls so weit herabgesetzt wird, daß sie nicht mehr als 70 und in andern Fällen sogar nicht mehr als 30 Grad beträgt. Es besteht also kein Hindernis, eine solche Metallisierung auch für Stoffe wie Papier und Holz auszuführen. Als ein besonderer Vorteil des neuen Verfahrens wird hervorgehoben, daß die behandelten Stoffe keine besondere Zubereitung erfordern. Außerdem ist Größe und Form durchaus gleichgültig. Hauptstücklich aber wird es bei der Prüfung der Neuheit darauf ankommen, wie haltbar der auf diesem Wege bewirkte Metallüberzug ist. Weiters daß das Verfahren in dieser Beziehung Genügendes, so wird es viele Möglichkeiten der Verwendung finden, z. B. zum Metallisieren von hölzernen Schrauben für Aeroplane, für Metallriegel, für nählose Röhren und viele andre Gegenstände, weniger zum täglichen Gebrauch gehörig.